

DIE AUSSIEDLUNGEN IN BAYERN
VON 1953 BIS 1966

Probleme ihrer Gestaltung aus sozialgeo-
graphischer Sicht unter besonderer
Berücksichtigung der Betriebsgrößen
und des Bodenmarktes

Hans Speiser

1970

Dissertationsdruck- und Verlagsanstalt

Werner Blasaditsch · 89 Augsburg · Theodor-Heuß-Platz 3 · Tel. (08 21) 255 63

DIE AUSSIEDLUNGEN IN BAYERN

VON 1953 BIS 1966

**Probleme ihrer Gestaltung aus sozialgeo-
graphischer Sicht unter besonderer
Berücksichtigung der Betriebsgrößen
und des Bodenmarktes**

**Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Staatswirtschaftlichen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München**

**vorgelegt von
Hans Speiser**

1970



Referent: Prof.Dr. K. RUPPERT

Korreferent: Prof.Dr. E. THIEL

Tag der mündlichen Prüfung: 9. Februar 1970

VORWORT

Für die Überlassung des Themas, die Betreuung der Arbeit und die zahlreichen Anregungen, sowie für die Bereitstellung der Arbeitseinrichtungen des Instituts, möchte ich Herrn Prof.Dr. Karl RUPPERT, Vorstand des Instituts für Wirtschaftsgeographie der Universität München, sehr herzlich danken.

Ein weiterer tiefer Dank gilt auch den Herren der Abteilung Siedlung im Bayer. Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Sie haben durch viele Ratschläge und durch die gegebene Einsichtnahme in statistische Daten die Arbeit sehr gefördert. So sei an dieser Stelle für die Genehmigung zur Auswertung von Daten aus der Agrarstrukturellen Rahmenplanung des Bayer. Staatsministeriums für ELF aus dem Jahre 1966 noch einmal sehr herzlich gedankt.

Meinen Eltern möchte ich für ihre wertvolle Mitarbeit und Unterstützung besonderen Dank aussprechen.

Die Originalkarten dieser Arbeit liegen zur Einsichtnahme im Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität München auf, so auch die Farbkarten über den Problemkreis der Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen in Bayern.

München, Februar 1970

H.S.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<u>Einführung in die Problematik</u>	1
I. Der Aussiedlungsvorgang aus sozial- geographischer Sicht	1
II. Umfang und Richtlinien der von 1953 bis 1966 in Bayern vollzogenen Aus- siedlungen	12
 A. <u>Träger, Verteilung und Gründe der</u> <u>Aussiedlungen in Bayern von 1953 bis 1966</u>	 19
I. Träger und Ziele der Aussiedlungen	19
1. Der Aussiedler und seine Familie	19
2. Staatliche Institutionen (einschl. Siedlungsgesellschaften)	27
3. Die Aussiedlung im Bereich der Gemeinde .	33
II. Anzahl, Verteilung und Gründe der Aus- siedlungen in Bayern von 1953 bis 1966	37
1. Anzahl und Verteilung der Aussied- lungen bis Ende 1966 und die Gehöft- verhältnisse der landwirtschaftli- chen Betriebe Bayerns im Jahre 1966	37
2. Konkretisierung der Gründe der Aussiedlungen	54
 B. <u>Betriebsgrößen, Besitzstruktur und</u> <u>Bodenmobilität der Aussiedlungen</u> <u>Bayerns von 1953 bis 1966</u>	 57
I. Betriebsgrößen und Besitzstrukturen der Aussiedlungen im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns im Jahre 1966	57
II. Probleme der Bodenmobilität	72

C. <u>Die Kauf- und Pachtpreise landwirtschaftlicher Nutzflächen in Bayern 1965/66 und ihr Einfluß auf die Betriebsgrößen und die Besitzstruktur der Aussiedlungen</u>	75
I. Die Bestimmungsgründe der Kauf- und Pachtpreise	75
II. Die Kauf- und Pachtpreise der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Gemeinden Bayerns 1965/66	80
III. Der Einfluß der Kauf- und Pachtpreise auf die Aufstockungsmöglichkeiten der Aussiedlungen	88
D. <u>Die wirtschaftlichen Aspekte</u>	95
I. Kosten, Finanzierung und betriebswirtschaftlicher Erfolg der Aussiedlungen in Bayern	95
II. Der sozialökonomische Status der Aussiedlerbetriebe in den Jahren 1966 und 1967 im Vergleich mit allen Betrieben Bayerns	111
E. <u>Probleme bei der Standortwahl</u>	123
I. Problematik und Überblick über die Verteilung der Standorte der Aussiedlungen in Bayern	123
II. Standortwahl und betriebliche Aspekte	127
III. Standortwahl und Aspekte der Gemeinde	136
F. <u>Erfolg der Aussiedlungen - Positive und negative Perspektiven</u>	139
Literaturverzeichnis	147
Verzeichnis der Karten, Schaubilder, Tabellen	154 ff.

EINFÜHRUNG IN DIE PROBLEMATIK

I. Der Aussiedlungsvorgang aus sozialgeographischer Sicht

Die Aussiedlung als Verlegung bestehender bäuerlicher Betriebe aus dem Dorf heraus in die Gemeindeflur hat historische Beispiele, von denen zwei aufgeführt seien. Die Kemptener Vereinödungen, etwa seit 1550, gehören sowohl der historischen Form der Flurbereinigung, als auch derjenigen der Aussiedlung an, sofern die Vereinödung den sogenannten Ausbau mit einbezog. "Man verstand darunter die Versetzung der Hofstätte einzelner oder sämtlicher an der Vereinödung teilnehmenden Gemeindsleute aus dem Dorfe oder Weiler hinaus auf den neu zugeteilten Besitz."¹⁾

Die Vereinödung selbst wurde von einer Maßnahme der Befreiung von Grundstücken aus dem Flurzwang und der Weidedienstbarkeit zur Maßnahme der Grundstückszusammenlegung mit Aufhebung des Flurzwanges erweitert. Von den umfangreichen Vereinödungen im Gebiet westlich des Lech, südlich der Linie Kaufbeuren, Memmingen, Ravensburg und Friedrichshafen und nördlich der Allgäuer Alpen, erfolgte ungefähr ein Drittel in Verbindung mit dem Ausbau, bzw. der Aussiedlung.²⁾ Die erste rechtliche Regelung entstand 1791 in der bekannten Fürstlich Kemptischen Vereinödungsverordnung. Übrigens wurden die für die Dorfgemeinschaft wichtigen Betriebe, bzw. Gehöfte wie Pfarrhof, Schule, Wirtshaus, oder Mühle, Bäckerei und Schmiede nie ausgesiedelt.³⁾

Die eigentlichen Ursachen lagen im wirtschaftlichen Bereich und in der Sozialstruktur. Sie sind zurückzuführen auf

1) o.V., Die Flurbereinigung in Bayern, Bayerischer Landwirtschaftsverlag, München 1951, S. 15.

2) Ebd., S. 16.

3) Ebd., S. 51.

"die Gemenglage und die durch die gemeinsame Benutzung der Viehweide mittelbar oder unmittelbar bedingten Mißstände, verbunden mit der besonders in der späten Zeit kräftig wirkenden Art des Beispiels."¹⁾ Als Anlaß diente auch die **Feuergefahr** in eng verbauten Dörfern mit den damals üblichen Holzgebäuden. Durch Auflösen der Weidedienstbarkeiten mit ihren Nachteilen, durch Aufteilen des Gemeindelandes, durch intensivere Nutzung von entfernteren Lagen und durch besseren Wegebau sollten sowohl für den "Ausbauer" (insbesondere durch die erstrebte Totalarrondierung), als auch für die übrigen Dorfbewohner eine individuelle Bewirtschaftung und ein größerer wirtschaftlicher Erfolg ermöglicht werden. Die Kosten des Ausbaus trugen die Aussiedler ebenso wie die im Dorf Verbliebenen, indem einmal der Bauschilling, d.h. eine Entschädigung in Geld entrichtet wurde, zum zweiten Hand- und Spanndienste von den Dorfbewohnern geleistet wurden.²⁾

In Schweden, überwiegend in Schonen, wurden ab 1750 vereinzelt und ab 1827 im größeren Ausmaß Aussiedlungen durchgeführt.³⁾ Bauern mit schlechten Gebäudeverhältnissen, d.h. mit zu kleinen und engen Gebäuden, mit entfernten Grundstücken, mit großen Familien und dem Drang nach Expansion konnten die Aussiedlung beantragen. Interessant ist die Tatsache, daß sehr oft daraus eine Art generelle Flurbereinigung wurde, in der sowohl die Flur neu eingeteilt wurde, als auch die räumliche Verteilung der Sozialstruktur umgeschichtet, sozusagen polarisiert wurde.⁴⁾

1) Die Flurbereinigung in Bayern, a.a.O., S. 39.

2) Ebd., S. 56.

3) Vgl. Bergmann, Th., Wandlungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Schweden - Tendenzen und agrarpolitische Maßnahmen, Dissertation, Stuttgart-Hohenheim 1955, S. 45 ff.

4) Ebd., S. 22 und 23.

Während die großen Bauern, die alteingesessenen Familien und Handwerker im Dorfe verblieben und am Ortsrand die Felder bekamen, wurden Lohnarbeitern, Pächtern, Häuslern und Heuerlingen und kleineren Handwerkern ein neuer Wirtschaftsraum am Rande der Gemeindefläche zugewiesen. Je nach Leistungsfähigkeit konnten insbesondere die Unzufriedenen selbständige Existenzen aufbauen und expandieren. Der Vorgang wurde in Gemeinschaftsarbeit sowohl beim Gehöftebau, als auch bei der Getreidesaatverteilung und Überbrückung der ersten Jahre vollzogen.

In diesen beiden Beispielen wird deutlich, daß die Aussiedlung, im Sinne der Verlegung bestehender Betriebe in die Flur, die Agrarlandschaft in ihrem ständigen Wandel mitprägt. In einem weiteren Sinne kann an für sich die landwirtschaftliche Neusiedlung besonders im Zuge einer expandierenden Bevölkerung auch als "Aussiedlungsvorgang" bezeichnet werden, und aus geographischer Sicht kann festgestellt werden, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen den verschiedenen Formen der ländlichen Neusiedlung nicht besteht.¹⁾

Der im folgenden zu untersuchende Prozeß der Aussiedlung, der im großen Umfang 1956 in der BRD im Rahmen eines gelenkten und geförderten Programms zur Verbesserung der Agrarstruktur begann, umfaßt die Aussiedlung bestehender Betriebe aus dem Dorf heraus.²⁾ Die Ursachen liegen ebenfalls im sozialökonomischen Bereich, und der Vorgang bedeutet hier wie dort eine von Gruppen und Einzelpersonen vorgenommene Änderung in der Siedlungs- und Agrarstruktur. Die Ziele liegen in der Verbesserung der Lebensbereiche der landwirtschaftlichen Bevölkerung, bzw. in der Sprache der Sozialgeographie ausgedrückt, in der Gestaltung der menschlichen Daseinsfunktionen arbeiten - wohnen - in der Gemeinschaft leben und sich fortpflanzen.

1) Vgl. Hartke, W., Ländliche Neusiedlung als geographisches Problem, in: Erdkunde, Bd. I, Bonn 1947, S. 90-106, insbesondere S. 90.

2) Das Bundesland Hessen hat als einziges Land den Standpunkt vertreten, daß die Aussiedlung nur eine abgewandelte Form des alten Siedlungsverfahrens (nach dem Reichssiedlungsgesetz) darstellt und hat den Aussiedlungsvorgang dementsprechend organisatorisch eingeordnet.

Nach PARTZSCH¹⁾ sind diesen drei kategorialen Grunddaseinsfunktionen (Funktion im Sinne von Aufgabe und Aktivität des Menschen und der menschlichen Gesellschaft) noch die vier Funktionen sich versorgen und konsumieren - sich bilden - sich erholen und Anteilnahme am Verkehr hinzuzufügen. Die sozialgeographische Betrachtungsweise, welche als methodischer Ausgangspunkt hier zugrundeliegt, erklärt nun "die räumlichen Erscheinungen der Gesellschaft aus dem Zusammenspiel der Gruppen und ihrer Grundfunktionen."²⁾ Die Sozialgeographie ist die Wissenschaft "von den räumlichen Organisationsformen und raumbildenden Prozessen der Grunddaseinsfunktionen menschlicher Gruppen und Gesellschaften."³⁾ Diese Funktionen stellen jeweils spezifische Flächen- und Raumansprüche.

Neben der strukturellen Komponente, welche auch unmittelbar auf das Prinzip der Konsistenz der Strukturen und räumlichen Grundmuster hinweist, beinhaltet diese Definition akzentuiert den prozeßhaften Aspekt mit der Blickrichtung "auf die Entstehung neuer bzw. auf die Abwandlung bestehender Raumstrukturen."⁴⁾ Aus dieser Sicht wird die Landschaft als Prozeßfeld gedeutet, als Registrierplatte sozialgeographischer Vorgänge und ihre Strukturmuster sind "gleichsam 'geronnene Strukturmuster' früher abgelaufener Prozesse."⁵⁾

1) Partzsch, D., Zum Begriff der Funktionsgesellschaft, in: Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, 1964, H. IV, S. 3-10. -

In der "Charta von Athen" wurden 1933 im IV. CIAM-Kongreß in Athen die funktionalen Prinzipien in dieser Form zum erstenmal niedergelegt.

2) Ruppert, K. und Schaffer, F., Zur Konzeption der Sozialgeographie, in: Geographische Rundschau, 21. Jg., H. 6, Juni 1969, S. 205-214, Zitat S. 210.

3) Ebd., S. 210.

4) Ebd., S. 210.

5) Ebd., S. 210.

Die Träger der Funktionen sind die menschlichen Gruppen. Diese führen auch die Änderungen der räumlichen Strukturen und Muster herbei, indem im System Gruppe - Umwelt - Bewertung - Verhalten - Prozeß - Raumsituation¹⁾ eine Änderung der Wertvorstellungen, bzw. der Ziele eine entsprechende Änderung der Handlungs- und Verhaltensweisen herbeiführt, verbunden mit der Auslösung neuer räumlicher Prozesse. Bezüglich der landschafts- und raumgestaltenden Wirkung gebührt also "der Verfolgung menschlicher Handlungsweisen ein hervorragender, wenn nicht der entscheidende Platz innerhalb geographischer Betrachtung."²⁾ Auch die Gruppen ihrerseits sind wieder Änderungen unterworfen.

Die Aussiedlungen sind nun eindeutig als Prozeß in diesem Sinne charakterisiert, der Änderungen in der Agrarstruktur herbeiführt und von menschlichen Gruppen mit bestimmten Zielen bzw. Wertvorstellungen und Handlungsweisen ausgeführt wird. Somit ist die Entwicklung und der Umfang der Aussiedlungen dem entsprechenden strukturellen Tatbestand gegenüberzustellen. Dieser wird an Hand von Kriterien über die Gehöftverhältnisse (z.B. Bauauffälligkeit, Zweckmäßigkeit, nötiger Ausbau) bei den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden aller landwirtschaftlicher Betriebe Bayerns bezüglich des Umfangs und der regionalen Verteilung festgestellt. (Die Althofsanierung, ebenfalls ein Programm zur Verbesserung der Agrarstruktur muß hier fast ganz außer Betracht bleiben.)

In der Agrarlandschaft stellen die Aussiedlungen ein weit-
hin sichtbares Merkmal eines Wandels dar, der auf den ersten Blick durch die neuen Bauformen in Erscheinung tritt. Gerade die sozialgeographische Auffassung des Landschaftsbegriffes führt zu der für das Verständnis unserer Kultur-

1) Ruppert, K. und Schaffer, F., a.a.O., S. 210.

2) Ruppert, K., Die Bedeutung des Weinbaues und seiner Nachfolgekulturen für die sozialgeographische Differenzierung der Agrarlandschaft in Bayern, Münchner Geographische Hefte, H. 19, Kallmünz-Regensburg 1960, S. 7.

landschaft notwendigen prozeßhaften und komplexen Betrachtungsweise. So lenkt z.B. der Begriff: "Form gewordener Teilniederschlag der geglückten und mißglückten Spekulationen der Menschen"¹⁾ die Betrachtung auf die Frage, inwieweit der Wunsch, die gebäudemäßige schlechte Situation zu verbessern und die Erwartung des wirtschaftlichen Erfolges, Bauern zur Aussiedlung veranlaßte. Diese Frage steht im engen Zusammenhang mit der eben erwähnten "Bestandsaufnahme" des Zustandes der Gehöfte. Daneben sind auch noch andere Ursachen der Aussiedlung festzustellen.

Weiterhin ist die Frage nach dem tatsächlich durch die Aussiedlung erreichten Erfolg zu stellen und ein Vergleich mit den gesetzten Zielen zu ziehen. Die "Differenz" zwischen Erreichtem und Gewünschtem bzw. Erwartetem ist einmal hinsichtlich ihrer Ursachen zu untersuchen, die in der Konsistenz der Strukturen und Verhaltensmuster liegen können. Zum zweiten ist eine Neubewertung der Ziele und damit der Änderung der Handlungsweisen insofern herauszustellen, als dieser Aussiedlungsvorgang zum großen Teil als auslaufend auf Grund des bisherigen "Erfolges" bezeichnet werden kann. Der Einfluß der bestehenden agrarstrukturellen Änderungen lenkt zwangsläufig die Betrachtung auf die Probleme in naher Zukunft und auf die Frage nach dem Sinn und Umfang künftiger Aussiedlungen.

Die Diskussion um die zweckmäßigste Bildung der raumrelevanten Gruppen ist noch im Fluß. Aber je **nachdem "welches"** geographische Funktionsfeld man untersucht, sollte man dem-

1) Ruppert, K., Die Bedeutung des Weinbaues, a.a.O., S. 6: nach Hartke, W., welcher u.a. folgendermaßen formuliert: "Jeder durch eine derartige Spekulation ausgelöste Arbeits- und damit landschaftliche Prägeprozeß - mag die Spekulation nun glücken oder mißglücken - ist durch die Bindung an eine bestimmte Sozialgruppe auch regional begrenzt." Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens, in: Erdkunde, Bd. XIII, 1959, S. 426-436, Zitat S. 427.

entsprechend auch eine problembezogene Gruppenbestimmung durchführen."¹⁾ So sind die Aussiedler einschließlich ihrer Familie sicher als eine die Aussiedlung gestaltende Gruppe und als ein Träger des Prozesses zu sehen. Zum zweiten Träger (der Begriff Träger erscheint hier und im folgenden zweckmäßiger und weniger verfänglich) werden der Staat, staatliche Institutionen wie die Flurbereinigung und die Landwirtschaftsämter, sowie die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften zusammengefaßt. Da die Aussiedlungen im **Wirkungsbereich** der Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft des Dorfes und der Kommune als selbständige Verwaltungseinheit ausgeführt und von diesen mitgestaltet werden, soll das Dorf bzw. die Gemeinde als dritter Träger bezeichnet werden.

Die Wertvorstellungen (Ziele) und Handlungsweisen (Verhaltensweisen) dieser drei Träger der Aussiedlungen sind als ein Hauptanliegen dieser Studie in ihrer geäußerten Form und Konkretisierung (z.B. in Form der Richtlinien für die Standortwahl oder für die Bestimmung der Mindestbetriebsgrößen), sowie bezüglich ihrer Verwirklichung (z.B. Aufstockungsmöglichkeiten der bäuerlichen Betriebe) zu untersuchen. Hiermit ist unmittelbar der räumliche Aspekt verbunden, d.h. die räumlichen Wirkungen der Ziele und Handlungsweisen und die regionale Verteilung der entsprechenden Merkmale stehen im Mittelpunkt der Betrachtung.

Die Ziele der Aussiedlerfamilie bestehen einmal in der Verbesserung der Arbeits- und Wohnverhältnisse. Die weiteren Ziele Existenzsicherung, ausreichendes Einkommen und Erhöhung des wirtschaftlichen Erfolges finden sowohl in der umsatzmäßigen Steigerung der Produktion, der monetären Steigerung des Einkommens und des Ertrages und in der Vermögensstruktur ihren Ausdruck, als auch besonders darin, inwieweit Erfolg und Dynamik sich im Betriebsgrößenwachstum

1) Ruppert, K. und Schaffer, F., Zur Konzeption der Sozialgeographie, a.a.O., S. 211.

niedergeschlagen haben. Die Beziehung Betriebsgröße und Einkommen ist zwar nicht immer gegeben (z.B. bei Sonderkulturbetrieben), aber als ausreichend eng und bestätigt zu bezeichnen. Als dritter Faktor sind hier die Führungsqualitäten der Betriebsinhaber mit einzubeziehen, und aus der Sicht einer mit der Aussiedlung angestrebten Betriebsvergrößerung stellen dann die tatsächlich erreichten Betriebsgrößen auch ein Kennzeichen für diese Führungsqualitäten dar.

Die Ziele des zweiten Trägers der Aussiedlungen können hinsichtlich der Betriebsgrößenfrage den oben genannten gleichgesetzt werden. Die Diskussion erhält aber unter dem Aspekt der Verantwortung und Lenkung der eingesetzten öffentlichen Gelder einen besonderen Akzent, der auf der Mindestbetriebsgrößenfrage für Aussiedlerbetriebe liegt. Damit ist unmittelbar die Diskussion des sozialökonomischen Leitbildes des bäuerlichen Familienbetriebes verbunden.

Die Änderungen der Betriebsgrößen und der Besitzstruktur als das Verhältnis von Eigenland zu Pachtland sind Ausdruck der Bodenmobilität. Da Mobilitätsprozesse allgemein im Mittelpunkt sozialgeographischer Forschung stehen, ist auch aus diesem Grunde die Betriebsgrößenentwicklung zu untersuchen. Diese hängt wiederum eng mit den Kauf- und Pachtpreisen für landwirtschaftliche Nutzflächen zusammen, die ihrerseits als spezifisch sozialgeographische Erscheinungen auch in die Untersuchung mit einbezogen werden. Die regionale Verteilung der verschiedenen Kauf- und Pachtpreishöhen für landwirtschaftliche Nutzflächen (sowie der Bodenpreise allgemein) ist als Ausdruck der verschiedenen Nutzungsarten, bzw. Nachfragearten zu sehen. In einer freien Marktwirtschaft wird hiermit ein Indikator gegeben, der anzeigt, mit welcher Intensität, bzw. Finanzkraft in verschiedenen Gebieten Boden nachgefragt wird, und der zur Abgrenzung von Räumen und zur Kennzeichnung ihrer Entwicklungsstadien verwendet werden kann.

Die Untersuchung, inwieweit der einzelne Aussiedlerbetrieb bei bestehenden Kauf- und Pachtpreisen aus dem Betriebserfolg heraus aufstocken kann (also mit Hilfe der Selbstfinanzierung), ist auch als Beispiel dafür zu sehen, über welche Wertvorstellungen bzw. Berechnungen Bodenbewegungen vorgenommen werden, und inwiefern andere Motive außer dem betriebswirtschaftlich sinnvollen Kapitaleinsatz zur Geltung kommen.

Für alle an der Aussiedlung Beteiligten stellt die Frage der Standortwahl ein besonderes Problem dar. Allein der Begriff weist schon auf den geographischen Gehalt hin. Die in den Richtlinien zur Standortwahl formulierten Vorstellungen des Staates als zweiter Träger der Aussiedlungen sind einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Für diese Diskussion bietet sich u.a. aus sozialgeographischer Sicht das "Instrument" der gruppentypischen Reaktionsweite an, welche als effektive und potentielle Reichweite der einzelnen Sozialgruppen im Raume zu bezeichnen ist.¹⁾ Dies heißt, daß vom neuen Aussiedlungsgehöft ausgehend, die Reichweite der Handlungen, bzw. die verschiedenen Reaktionsfelder der einzelnen Familienmitglieder innerhalb der Gemeinde (des Dorfes), in ihren Wirkungen auf den zu wählenden Standort untersucht werden. Als "gleichwertig" damit sind die Reichweiten der Gemeindebürger und der Gemeindeinteressen zu sehen. Das Charakteristische der Standortwahl besteht also in einer Abstimmung und Optimierung der einzelnen Handlungs- und Interessenssphären, wobei besondere Schwierigkeiten in der richtigen Einschätzung der sozialökonomischen Änderungen innerhalb der Gemeinde bestehen. Aspekte der Planung sind hier mit angesprochen.

1) Ruppert, K., Die gruppentypische Reaktionsweite - Gedanken zu einer sozialgeographischen Arbeitshypothese, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 4, Kallmünz/Regensburg 1968, S. 171-176, insbes. S. 174.

Das schon erwähnte Prinzip der Konsistenz der Strukturen und der sozialökonomischen Grundmuster ist als stabilisierender Widerstand gegenüber Veränderungen und als eingeschränkte Handlungs-, bzw. Reaktionsfreiheit zu interpretieren.¹⁾ In vorliegender Untersuchung wird die Wirkung dieses Prinzipes dahingehend untersucht, ob in dem Vergleich zwischen Aussiedlerbetrieben und Nichtaussiedlerbetrieben sich die Betriebsgrößen, die Besitzverhältnisse, sowie das sozialökonomische Grundmuster der (an gewissen Kriterien gemessenen) Vollerwerbs- und Grenzbetriebe, mit Zu- und Nebenerwerb, wesentlich voneinander unterscheiden.

Auf das methodische Instrument der Indikatoren, mit deren Hilfe Prozesse im Raum verfolgt werden,²⁾ soll noch einmal hingewiesen werden. Der Aussiedlerbetrieb kann insofern als Indikator bezeichnet werden, als er in der Anwendung neuer Bauformen und in der Änderung des Kulturartenverhältnisses als Vorläufer kommender Neuerungen zählen kann. Beide sind ein in der Agrarlandschaft sichtbarer Ausdruck einer geänderten Betriebsorganisation und geänderter Betriebsziele, welche durch die größere Flexibilität im Zuge der Betriebsneugründung wesentlich früher als in vergleichbaren Betrieben zur Geltung kommen.

Der Betriebsentwicklungsplan für Aussiedlungen, als rechnerische Grundlage der optimalen Ausnützung bestehender (und teils kommender) Verhältnisse, weist auf die Motivierungen hin, die überwiegend, aber nicht ausschließlich im wirtschaft-

1) Ruppert, K. und Schaffer, F., Zur Konzeption der Sozialgeographie, a.a.O., S. 211, sowie de Vries-Reilingh, H.D., Gedanken über die Konsistenz in der Sozialgeographie, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, a.a.O., S. 109-117.

2) So bedeutet z.B. die Sozialbrache eine ländliche Bevölkerung, "die sich auf dem Wege von der Agrar- zur Industriegesellschaft befindet." Ruppert, K. und Schaffer, F., Zur Konzeption der Sozialgeographie, a.a.O., S. 212.

lichen Bereich liegen.¹⁾ Dieser hier im einzelnen, insbesondere am Acker - Grünlandverhältnis festgestellte Vorgang, wurde von FAIGLE und BORCHERDT²⁾ in größerem Umfang auf regionaler Basis untersucht und interpretiert. Die indikative Änderung des Grünlandanteils an der landwirtschaftlichen Nutzfläche (unter Berücksichtigung des Feldfutterbaues) konnte in vielen untersuchten Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen des Bayerischen Waldes (vgl. Karte I) und in den Landkreisen Wolfratshausen und Starnberg festgestellt werden.³⁾ Bei einigen Aussiedlungen in Unterfranken mit der Leitkultur Weinbau konnte eine aus Rentabilitätsgründen geplante starke Zunahme entweder von Milch- und Mastvieh oder von Schweinemast und Ferkelaufzucht beobachtet werden, wobei jeweils die durch den Neubau verwirklichten bautechnischen guten Lösungen den Umstellungsprozeß unterstützten. Dieser Prozeß läßt sich gut in ein allgemeines Entwicklungsschema für den süddeutschen Weinbau einordnen, welches u.a. die Aufgabe des Weinbaues im Zusammenhang mit der Ackernahrungsgrenze darstellt.⁴⁾

-
- 1) "Mit diesem Anpassungsprozeß der Erzeugerbetriebe geht die Wanderung der Betriebe zum günstigsten Standort einher. Die Betriebsvereinbarung beginnt mit dem Fortlassen solcher Erzeugnisse, die woanders besser gedeihen oder vermarktet werden können. Daraus folgt: Nicht nur Betriebe, sondern ganze Natur-Markträume spezialisieren sich auf spezifische, standortgerechte Produkte." Rullmann, A., Familienbetriebe und Erzeugergemeinschaften technologisch gesehen, in: Innere Kolonisation, Zeitschrift für Fragen der Ordnung des ländlichen Raumes, Agrarstrukturverbesserung, Flurbereinigung und Siedlung, Berlin - Bonn, Jg. 1966, H. 6, S.219.
 - 2) Faigle, Helmut, Die Zunahme des Dauergrünlandes in Württemberg und Hohenzollern, Wandel agrar- und sozialgeographischer Verhältnisse während der letzten Jahrzehnte, Tübinger Geographische Studien, Heft 7, 1963 im Selbstverlag, S.79.
Borchardt, Ch., Das Acker-Grünland-Verhältnis in Bayern. Wandlungen im Laufe eines Jahrhunderts, Münchner Geographische Hefte, Heft 12, 1957.
 - 3) In den Aussiedlungen des Bayerischen Waldes konnte die Abnahme des Anteils Ackerland von 60 % vor der Aussiedlung auf 40 % im Jahre 1967, bei Aussiedlungen in den genannten Landkreisen in Oberbayern von 38 % auf 20 % festgestellt werden.
 - 4) Ruppert, K., Die Bedeutung des Weinbaues, a.a.O., insbes. S. 25.

II. Umfang und Richtlinien der von 1953 bis 1966 in Bayern vollzogenen Aussiedlungen

Vor dem Jahre 1956 (ab welchem die Aussiedlungen in Bayern im größeren Umfange im Rahmen des Programmes zur Verbesserung der Agrarstruktur in der BRD durchgeführt wurden) erfolgten die Aussiedlungen nur im Zuge der Flurbereinigung oder mit Hilfe der Siedlungsbehörden. Es wurden insgesamt zehn Aussiedlungen aus den Jahren 1953 bis 1956 zu der Gesamtzahl von 3463 der bis Ende 1966 erfolgten Aussiedlungen hinzugenommen. Für einige noch weiter zurückliegende Aussiedlungen konnten die entsprechenden Daten nicht gefunden werden. Das Jahr 1966, welches als eine Art Zäsur zahlenmäßig eine erhebliche Verkleinerung der Entwicklung kennzeichnet, wurde auch deshalb gewählt, weil einmal eine weitere sehr wichtige Datensammlung, die Agrarstrukturelle Rahmenplanung Bayerns¹⁾, sich auf 1966, bzw. teils auf 1965/1966 bezieht. Zum anderen war es dadurch möglich, in der statistischen Verarbeitung zurückgezogene, aber zuvor bewilligte Anträge zur Aussiedlung, sowie gescheiterte Aussiedlungen zu berücksichtigen, die u.U. erst nach Jahren bekannt wurden. Als Aussiedlungsjahr gilt jeweils das Jahr der Bewilligung zur Aussiedlung, das meistens mit dem Jahr des Baubeginns identisch ist. Die Fertigstellung selbst kann sich über Jahre hinziehen.

Als Quelle für die verarbeiteten Daten der Anzahl und Verteilung der Aussiedlungen in Bayern, für die Betriebsgrößen zur Zeit der Aussiedlung, für die Standorte und für andere Angaben dienten die bewilligten "Anträge zur Aussiedlung an die Landwirtschaftliche Rentenbank und an die Deutsche Siedlungsbank". Die erweiterte statistische Auswertung der Angaben über die Finanzierung, den Familienaufbau, das Acker-

1) Durchgeführt vom Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Jahre 1936.

Grünlandverhältnis und die Ursachen der Aussiedlungen wurde auf einige ausgewählte Gebiete begrenzt (vgl. Karte I).

Für die statistische Verarbeitung der Daten wurde als Basis das Kalenderjahr zugrundegelegt¹⁾ und Aussiedlungen innerhalb und außerhalb eines Flurbereinigungsverfahrens zusammengefaßt. Für etwa vier Prozent der Aussiedlungen konnten die Daten nicht aufgefunden und verarbeitet werden. Da diese sich gleichmäßig auf die entsprechenden Merkmale verteilen, sind die Ergebnisse nicht beeinträchtigt.

Da großzügigerweise Daten aus der Agrarstrukturellen Rahmenplanung zur Verarbeitung frei standen, konnten für beinahe alle Aussiedlungen die Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse des Jahres 1966 festgestellt werden. Nach umfangreicher Korrespondenz mit fast allen Landwirtschaftsämtern wurde der fehlende Anteil der Angaben auf 3 % gesenkt. Außerdem war es möglich, einige wesentliche agrarstrukturelle Daten zu verarbeiten, wie die Beurteilung der Gehöftverhältnisse aller landwirtschaftlicher Betriebe, die durchschnittlichen Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse, die Kauf- und Pachtpreise landwirtschaftlicher Nutzflächen, die bereinigten durchschnittlichen Ertragsmeßzahlen, sowie einige Angaben bezüglich des Planungsaspektes.

Als dritte Quelle des Materials sind die Befragungen und Untersuchungen von 103 Aussiedlungen im Jahre 1967 zu nennen. Die Anzahl und regionale Verteilung wurden so gewählt, daß die Ergebnisse Einblicke in die Probleme des Betriebsgrößenwachstums und der Bodenmobilität, der Standortwahl, des wirtschaftlichen Erfolges und der sozialökonomischen Verflechtung von Aussiedlerfamilien mit dem Dorf ermöglichten.²⁾ Um Schwer-

1) In den statistischen Auswertungen für die BRD wurde bis 1960 das Haushaltsjahr zugrundegelegt; 1960 erfolgte der Wechsel, wodurch für dieses Jahr nur neun Monate mit einbezogen wurden.

2) Anzahl und Verteilung sind nicht repräsentativ für alle Aussiedlungen.

punkte in der regionalen Verteilung zu legen, wurden Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen von Niederbayern, Oberpfalz und Unterfranken, in Acker- und Weinbaugebieten von Unterfranken, sowie überwiegend in Grünlandgebieten von Oberbayern untersucht.

Wie an Hand der Karte 1 zu ersehen ist, liegt also eine Gruppe von 28 Aussiedlungen in den Landkreisen Deggendorf, Grafenau, Kötzing, Cham, Oberviechtach, Roding und Waldmünchen. Sie sind zum großen Teil zu Grünlandbetrieben zu zählen. 8 weitere Aussiedlungen, überwiegend Ackerbaubetriebe, liegen im Landkreis Mellrichstadt teils in, teils nahe der Rhön. Gemäß der wirklichen Verteilung der Aussiedlungen liegt die stärkste Gruppe in Unterfranken mit 36 Ackerbaubetrieben und 7 überwiegend Weinbaubetrieben in den Landkreisen Gerolzhofen, Würzburg, Ochsenfurt, Kitzingen und Marktheidenfeld. In Oberbayern ist die dritte Gruppe zu finden, mit 19 Grünlandbetrieben in den Landkreisen Wolfratshausen und Starnberg, dazu wurden 5 Ackerbaubetriebe in der Gemeinde Ismaning b/München genommen.

Da die Aussiedlungen von Bund und Länder finanziell gefördert werden, unterliegt der Vorgang bestimmten Richtlinien. Wie der Vergleich mit den historischen Beispielen zeigt, ist somit der Aussiedlungsvorgang erheblich komplizierter geworden. Die kurze Darstellung der Richtlinien ist auch insofern angebracht, weil dadurch auf die Komplexität der Beziehungen hingewiesen wird, die zwischen den staatlichen Institutionen, Siedlungsgesellschaften und Aussiedlern bestehen. Der Handlungsspielraum des Aussiedlers bewegt sich größtenteils innerhalb dieses Rahmens (es sei denn, er verzichtet auf die finanzielle Förderung), und staatlichen Vorstellungen sind bei der Verwirklichung andererseits insofern Grenzen gesetzt, als ein Aussiedler z.B. nicht zur weiteren Aufstockung verpflichtet werden kann, oder zum hauptberuflichen Verbleiben in der Landwirtschaft.

Die einzelnen Abschnitte in den Richtlinien beziehen sich auf den Zweck der Aussiedlung, die finanziellen Förderungsbedingungen, die Betreuung, die Verfahrensweisen und auf weitere organisatorische Verflechtungen. Von den sechs Fassungen der Richtlinien werden hier die vier wesentlichen herausgenommen.

Nach dem Beginn des Programms zur Verbesserung der Agrarstruktur der Bundesregierung im Jahre 1953 wurden am 13.6. 1956 die ersten Richtlinien¹⁾ zu dem Teilprogramm der Aussiedlungen erlassen. Diese ersten Anweisungen bezogen sich nur auf Aussiedlungen außerhalb eines behördlichen Verfahrens (d.h. außerhalb der Verfahren der Flurbereinigungsbehörden und Siedlungsbehörden), außerdem stellten Aussiedlung und Aufstockung zwei voneinander getrennte "Selbsthilfemaßnahmen"²⁾ dar.

"Der Bauer, der sein Gehöft aus der Ortslage in die Feldmark verlegen (aussiedeln) oder seinen Betrieb durch Zuerwerb von Land bis auf die Größe eines Familienbetriebes bringen (aufstocken) will, ist selbst Träger des Vorhabens. Es ist ihm freigestellt, ob er mit der Durchführung im einzelnen ein geeignetes Unternehmen beauftragen will."³⁾

Die Leitsätze zur Verbesserung der Agrarstruktur, die Leitbilder für bäuerliche Familienbetriebe und die Bestimmungen des Gehöftestandortes bei Aussiedlungen,⁴⁾ die alle aus der

1) Richtlinien über die Gewährung von Krediten und Zuschüssen für die Aussiedlung und Aufstockung außerhalb eines behördlichen Verfahrens vom 13.6.1956 (in der vom 1. Juli 1957 an geltenden Fassung), in: Förderung bäuerlicher Selbsthilfe bei der Verbesserung der Agrarstruktur, Heft 1, S. 79-82, Schriftenreihe, hrsg. von der Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft, Frankfurt a.M. 1957.

2) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., S. 11, sowie bezeichnenderweise der Titel der Schriftenreihe.

3) Ebd., S. 79.

4) Ebd., S. 64-78.

Hand des Ausschusses zur Verbesserung der Agrarstruktur beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Bonn hervorgingen, waren und sind die verbindlichen weiteren Leitsätze.

Die Richtlinien vom 15. April 1958 in der Fassung vom 20. Mai / 25. Juli 1960¹⁾ verknüpften Aussiedlung und Aufstockung und bezogen auch die Aussiedlungen innerhalb eines behördlichen Verfahrens mit ein, wobei hier die sachlich anderen Voraussetzungen zu einer anderen Struktur und Höhe der Förderungsmittel führten. Im Zusammenwirken von Aussiedler, Betreuer, Kreditinstitut und Behörden wurden zum erstenmal klare Regelungen getroffen, und das Einschalten eines Betreuers wurde zur allgemeinen Bedingung.

Die Erweiterung und gesetzliche Neufassung der bisherigen agrarstrukturellen Maßnahmen fand in den Richtlinien vom 26. Juli 1963 für die Förderung von Aussiedlungen, baulichen Maßnahmen in Altgehöften und Aufstockungen aus Mitteln des "Grünen Planes"²⁾ ihren Ausdruck. Die Verdeutlichung ihres inneren Zusammenhanges, die Beseitigung von Zweifelsfragen, die Gebührenregelung, die klare Aufgabenstellung für den Betreuer und die Verbesserung der Verwertung der alten Hofstelle sind die wesentlichsten Kennzeichen dieser Richtlinien.

1) Richtlinien für die Aussiedlung und Aufstockung vom 15. April 1958 in der Fassung vom 20. Mai / 25. Juli 1960, in: Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 4, 1960, S. 131-148.

2) Richtlinien für die Förderung von Aussiedlungen, baulichen Maßnahmen in Altgehöften und Aufstockungen aus Mitteln des "Grünen Planes" vom 26. Juli 1963, in: Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 7, 1963, S. 109-136.

Für die Aussiedlungen ab 1966 gelten die Richtlinien vom 8.12.1966¹⁾ mit den Ausführungsbestimmungen vom 10.4.1967²⁾ und den vom Land Bayern am 4. August 1967 erlassenen Durchführungsbestimmungen.³⁾ Die begrifflichen, sachlichen und staatlich organisatorischen Änderungen sind erheblich und stellen einen neuen Weg der Gestaltungsmöglichkeiten für weitere Aussiedlungen dar.

Die einzelnen Bundesländer besitzen eine wesentliche Mitwirkung, die bis zur einzelnen Genehmigung oder Ablehnung der Aussiedlung geht (die zuvor nur über die Versagung der Ländermittel oder der Standortablehnung möglich war), und sie setzen ihren Zielen entsprechend die Bundesmittel ein. Gutachterausschüsse sind unter Beibehaltung des bisherigen Bankweges tätig. In ihnen äußern die von einer Aussiedlung betroffenen Behörden ihre Meinungen dazu und die wirtschaftlichen Erfolgchancen werden nach verschiedenen Aspekten hin untersucht. Der Antragsweg (die notwendigen Unterlagen zum Antrag), die Zweckmäßigkeitsbestätigungen, der Qualifikationsnachweis des Antragstellers, die Standortbilligung, die Betriebsentwicklungspläne, die finanziellen Konditionen u.a. sind je nach Länderverhältnissen unterschiedlich geregelt.

Verschiedentlich werden von fachkundiger Seite diese Richtlinien wiederum als veraltet bezeichnet und entsprechende Än-

-
- 1) Richtlinien für die Förderung von Aussiedlungen, baulichen Maßnahmen in Altgehöften und Aufstockungen aus Mitteln des "Grünen Planes" vom 8. Dez. 1966, Bonn, den 8. Dez. 1966, IV B 1 - 4310; 1 - 282/66, in Gesetzessammlungen zu finden.
 - 2) Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien vom 8. Dez. 1966 - IV B 1 - 4310; 1 - 282/66 - vom 10. April 1967.
 - 3) Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Nr. III S/3 - 6222/763, München, den 4. Aug. 1967.

derungen angestrebt.¹⁾ Diese Änderungen spiegeln die Prozesse wider, Erfahrungen aus bisherigen Aussiedlungen und Verschiebungen in agrarpolitischen Konzeptionen wirksam werden zu lassen, sowie die Tatsache, wie kompliziert (bei bestehender Gesellschaftsordnung) Mittel und Wege sein können, nur für einen Teil der ländlichen Bevölkerung die Grunddaseinsfunktionen in ihren räumlichen Ansprüchen sinnvoll zu gestalten und zu ordnen.

1) Zum Beispiel in der Standortfrage, wie in folgendem Manuskript ersichtlich: Gespräch zwischen Geiersberger, E. und Eisenmann, H., in der Sendung des Bayerischen Rundfunk-Studienprogramms: Für Hof und Garten vom 17.6.1969, insbes. Manuskript S. 8-11, vgl. die Fußnote auf S. 39.

A. TRÄGER, VERTEILUNG UND GRÜNDE DER AUSSIEDLUNGEN
IN BAYERN VON 1953 BIS 1966

I. Träger und Ziele der Aussiedlungen

1. Der Aussiedler und seine Familie

Mehrere Aspekte charakterisieren die Aussiedlerfamilie als gestaltenden Träger der Aussiedlung, von denen die drei wichtigsten herausgenommen werden: erstens der Umstellungs- und Lernprozeß durch die Aussiedlung, die Frage nach den unternehmerischen Fähigkeiten und der beruflichen Ausbildung des Aussiedlers, zweitens Familienaufbau und familiäre Gesamtleistung, drittens Zielsetzungen und Zielkonflikte.

Die Zielvorstellungen der Landwirte lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:¹⁾ Existenzsicherung, insbesondere auf Grund des landwirtschaftlichen Ertrages, wobei nur selten Gewinnmaximierung, sondern überwiegend ein angemessener Gewinn - sofern überhaupt möglich - angestrebt wird. Diesem letzteren entspricht auch der Wunsch möglichst wenig Risiken auf sich zu nehmen und nach sicheren Einnahmen sich auszurichten. Weiter ist das Bestreben, den Hof für nachfolgende Generationen zu erhalten, kennzeichnend. Dazu kommt das Streben nach sozialer Einordnung in die Gruppennormen des Dorfes, wobei der "Befehl der Gruppe" im Sinne von L.v. WIESE existent ist.²⁾

1) Vgl. Blanckenburg, P.v., Die Persönlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebsleiters in der ökonomischen Theorie und der sozialen Wirklichkeit, in: Berichte über Landwirtschaft, Neue Folge, Bd. XXXV, 1957, Heft 2, S. 308-336, insbes. S. 325-327.

2) Vgl. Wiese, L.v., Sozialer Zwang, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. IX, Göttingen 1956, S. 417-419.

Von diesen Zielen treffen für den Aussiedler und seine Familie insbesondere das Ziel der Existenzsicherung und des ausreichenden Einkommens aus landwirtschaftlicher Tätigkeit zu,¹⁾ neben dem Wunsch, bzw. der Notwendigkeit die Arbeits- und Wohnverhältnisse grundlegend zu bessern. Als typisch muß auch das Bestreben, den Hof für nachfolgende Generationen zu erhalten, angesehen werden.²⁾ Die Einordnung in Gruppennormen wird bezüglich des Aussiedlers im allgemeinen³⁾ nicht direkt im Zusammenhang mit der Aussiedlung nachzuweisen sein, denn dieser Vorgang stellt zunächst ein Ausbrechen aus dem üblichen Verhalten dar, und wird erst an den Verhaltensweisen nach einigen Jahren festzustellen sein.

Die Aussiedlung selbst wird je nach unterschiedlicher Risikofreudigkeit und unterschiedlichem Einsatzwillen der einzelnen Familienmitglieder verschieden beurteilt. So wird öfters nicht nur das eigentliche Vorhaben von einigen Angehörigen als "nicht durchführbar" abgelehnt oder nicht unterstützt, sondern es entstehen auch bei vielen Teilproblemen große Meinungsverschiedenheiten. In der Standortfrage unterscheiden sich meist die ältere Generation und die Frau des Aussiedlers mit der Bevorzugung ortsnaher Standorte (zumindest vor der Aussiedlung) von dem Betriebsinhaber. Die Gebäudegestaltung, Betriebsgröße und -umstellung, ganz besonders Art und Umfang der Finanzierung sind Ergebnisse der familiären Diskussion und des Einflusses der Betreuer.

-
- 1) In Gesprächen wurde sehr oft die psychologische Situation so formuliert: Entweder aussiedeln und Bauer bleiben, oder aufhören. Letzteres bedeutete dann meist nebenberufliche Landwirtschaft. Dieses Problem stellte sich insbesondere vor bzw. bei der Hofübernahme des Hoferben.
 - 2) Auf dieses Motiv wird in vielen Veröffentlichungen von Siedlungsgesellschaften insbes. in Hinsicht auf die Zugkräftigkeit der Werbung bei Bauern angespielt.
 - 3) Außer bei einigen Problemen in der Standortwahl.

Die Befragung ergab für die Betriebe in Unterfranken überwiegend ein gutes Verhältnis mit dem Betreuer, ebenso für die Aussiedlungsbetriebe in Oberbayern, unter anderem auch deshalb, weil die relativ gute Finanzierung (in Oberbayern oft bedingt durch gute Althofverkäufe) in den Bauplänen und in der Bauausführung besondere Vorstellungen der Bauern zum Zuge kommen ließ. Bezüglich der Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen von Niederbayern und Oberpfalz beklagte sich fast die Hälfte der Aussiedler über mangelnde oder falsche Betreuung. Diese wirkte sich z.B. in falschem Einsatz von Material, oder in unzureichender Bauplanung aus, wenn fälschlicherweise etwa in schneereichen Lagen auf 500 bis 700 m Höhe eine leichte Fertigbauweise mit Flachdach durchgeführt wurde, oder wie öfters der Fall, die Entmistungsanlagen schlecht geplant waren. Der Fortschritt im ländlichen Bauen wurde zwar durch die Aussiedlung stark gefördert, erfolgte aber oft zu Lasten der Aussiedler. Weiterhin sind Konflikte mit anderen Stellen natürlich auch nicht immer zu umgehen.¹⁾

Der Umstellungs- und Lernprozeß des Aussiedlers und seiner Familie besteht darin, daß bis auf wenige Ausnahmen die Aussiedlung nicht einfach als Auftragserteilung für einen Neubau vollzogen wurde, sondern als Ergebnis oft jahrelanger Überlegungen der Aussiedlerfamilie schrittweise ausgeführt wurde. Insbesondere für die älteren Aussiedler (vgl. Schaubild 1) ist damit oft ein Wandel der traditionellen, großenteils dem 19. Jahrhundert angehörenden Vorstellungen verbunden. Die gedankliche Bewältigung der Aussiedlung führte im allgemeinen zur Vertiefung der Kenntnisse neuer Pro-

1) So wurden bei rund 50 % aller Aussiedlungen einer Untersuchung nennenswerte Schwierigkeiten mit folgender Aufschlüsselung festgestellt:
mit Baubehörden 18 %, Straßenbaubehörden 8 %, Naturschutzbehörden 4 %, Flurbereinigungsämter 5 %, Gemeinden 12 %, Berufskollegen 22 %, Sonstiges 15 %.
in: Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 4, 1960, S. 75.

duktionsmethoden und zur Erweiterung des räumlichen Lebens- und Erfahrungskreises. Zur Informationssammlung wurden nicht nur schon bestehende Aussiedlungen in Nachbargemeinden begutachtet, sondern auch Aussiedlungen bis zu einer Entfernung von 500 Kilometern besichtigt, und im Durchschnitt wurden fünf bis sieben bestehende Aussiedlerbetriebe vor der eigenen Entscheidung genau geprüft.¹⁾

Da die bautechnische und finanzielle Durchführung der Aussiedlung von den Betreuern (vgl. nächster Abschnitt) geleitet wird, ist die Frage, ob die für die Aussiedlung notwendigen unternehmerischen Fähigkeiten vorhanden sind und die Umstellung auf moderne Produktions- und Vermarktungsbedingungen überhaupt vollzogen wird, in den ersten Jahren der Aussiedlung etwas verdeckt. Dieser Frage wird dann die Schärfe genommen, wenn unter Aussiedlung eine Art "Finanzspritze des Staates" zu den eingesetzten erheblichen Eigenmitteln des Aussiedlers verstanden wird. Aus dieser Sicht liegt für den Aussiedler das wichtigste Ziel in der Schuldentilgung. In den Jahren nach der vollzogenen Aussiedlung kann der Aussiedler sich so "unternehmerisch verhalten wie er will".

Die Interpretation des Programmes an Hand der Ziele des Staates (vgl. nächster Abschnitt) führt jedoch zu dem Schluß, daß in erster Linie ein in unternehmerischer Hinsicht erfolgreicher bäuerlicher Familienbetrieb und eine dementsprechende Auswahl der Personen angestrebt wurde. Die Aussiedlung ist "... - grundsätzlich betrachtet - ein Mittel zur Auslese der Tüchtigen und zur Stärkung der unternehmerischen Eigenschaften, ...".²⁾ An dieser Stelle kann das Ergebnis des Vergleiches des sozialökonomischen Grundmusters

1) Ergebnis der Befragung von 103 untersuchten Aussiedlungen.

2) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 1, 1957, S. 11.

(von Vollerwerbs- und Grenzbetrieben mit Zu- und Nebenerwerb) zwischen Aussiedler- und Nichtaussiedlerbetrieben vorweggenommen werden.¹⁾ Es besagt, daß im allgemeinen keine Änderung des Verhaltens eingetreten ist, so daß etwas überspitzt formuliert werden kann: der Hof wurde zwar neu gebaut, aber das Verhalten blieb traditionell.

Dieser Tatbestand wird auch durch die Untersuchung von 103 Aussiedlungen nachgewiesen. Nur 8 v.H. der Aussiedler hielten es für nötig, den ganzen Vorgang durch eine Buchführung genau zu verfolgen und die wirtschaftliche Tätigkeit in den folgenden Jahren weiterhin zu überprüfen.²⁾ Dieser Anteil, zu dem noch etwa 22 v.H. der Aussiedler ohne Buchführung zu addieren sind, bezeichnete die finanzielle Unterstützung des Staates als Initialzündung für das Erreichen eines sicheren und steigenden Einkommens aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Sie weisen überwiegend eine geschlossene andere Berufsausbildung oder andere berufliche Erfahrungen, meistens in Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Fachausbildung, auf.

1) Vgl. Kapitel D, insbesondere die Karten 13 und 14.

2) Aus der Durchsicht der Anträge zur Aussiedlung für 800 Aussiedlerbetriebe konnte entnommen werden, daß dieser Anteil dem so festgestellten Durchschnitt entspricht. Diese Werte liegen nur geringfügig über dem Landesdurchschnitt von Bayern, wo etwa 5 bis 6 % der Betriebe eine Buchführung 1966/67 ausübten. Entsprechend dem Nord-Südgefälle in der BRD ist die Buchführungsdichte in Nordbayern im allgemeinen (und bei den Aussiedlerbetrieben im besonderen) etwas größer.
Vgl. Buchardi, H., Die Buchführungsdichte in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. XLVII, 1964, Heft 2, S. 374-384.

Hinsichtlich der beruflichen Ausbildung gibt es einige regionale Unterschiede. So liegt der Anteil der Aussiedler, die nur eine Volksschule besucht haben, in den Mittelgebirgslagen etwa bei 50 v.H., in Unterfranken sind es rund 40 v.H. und bei den Aussiedlern in Oberbayern rund 25 v.H.¹⁾ Neben der Tatsache, daß die älteren Aussiedler die Fachausbildung im heutigen Sinne noch nicht absolvieren konnten, bewirkte die größere Schulferne in den Mittelgebirgslagen und die Einstellung zur landwirtschaftlichen Fachausbildung den erstgenannten höheren Anteil. Angesichts der Bedeutung der Führungsqualitäten (und damit verbunden der Fachausbildung) für den betrieblichen Erfolg ist der Anteil der in fachlicher Hinsicht gut ausgebildeten Aussiedler als viel zu klein zu bezeichnen.

Ein Merkmal, welches den niedrigen Stand der landwirtschaftlichen Fachausbildung ergänzt und teils korrigiert, besteht in der Stellung der Aussiedler im öffentlichen Leben. Rund ein Viertel der befragten Aussiedler besitzt, bzw. besaß bis zur Aussiedlung irgendeine Stellung oder irgendein Ehrenamt in der Gemeindeverwaltung, im Berufsstand, in der Genossenschaft oder in einem Verein. Es handelte sich um Ämter, wie das des 1. oder 2. Bürgermeisters, des Obmannes beim Bauernverband, des Vorsitzenden oder Beisitzers im Bauerngericht, Vorsitzenden eines Maschinenringes, einer Flurbereinigungsgenossenschaft oder auch um Mitwirkung in kulturellen Vereinen. Wenn auch nicht immer aus diesem Grunde auf einen besonders aktiven und flexiblen Charakter geschlossen werden kann, so ist doch nicht zu leugnen, daß allein durch die Einblicke in den Verwaltungsgang, in den Weg von Anträgen und durch den Umgang im Schriftverkehr die Scheu vor dem Verhandeln mit Behörden genommen wurde und weiterhin sehr oft entscheidende Impulse und Hinweise zur Aussiedlung gegeben wurden.

An Hand der Alterspyramide von 800 Aussiedlerfamilien (vgl. Schaubild 1) wird ersichtlich, daß sich viele ältere Bauern

1) Quelle: eigene Erhebungen.

nicht scheuten, die physische und psychische Belastung der Aussiedlung auf sich zu nehmen. Bei den jüngeren Aussiedlerfamilien ist die starke Doppelbelastung der Bäuerinnen mit Kindererziehung und Haushalt, sowie die Mitarbeit auf dem Hof hervorzuheben.

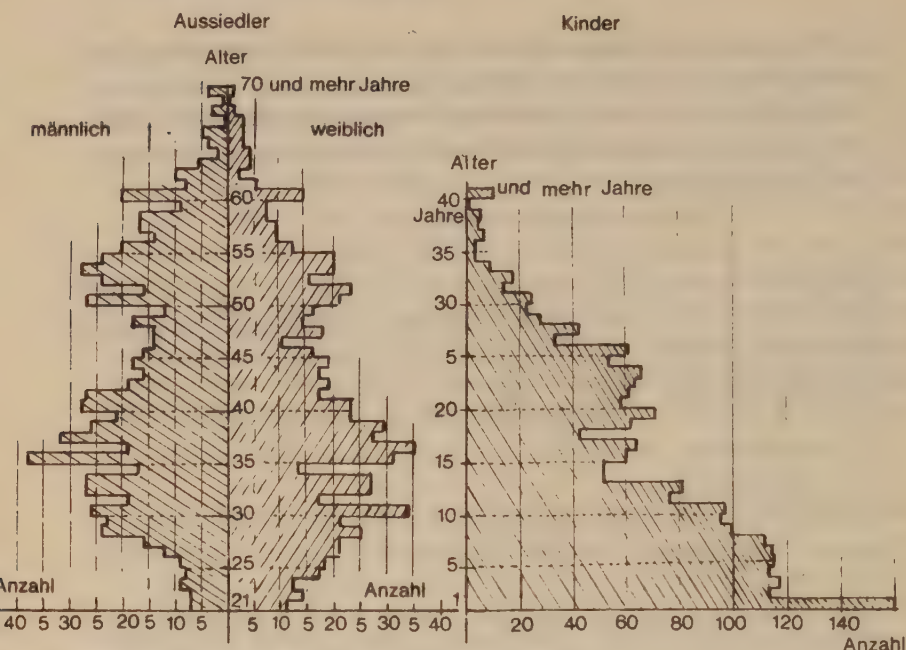
Kinderzahl pro Familie	0	1	2	3	4	5	6	7	8	über 8
Anzahl der Familien in v.H. der 800 Aussiedlerfamilien	5	15	28	23	13	10	2,5	1,5	1	
davon Familien mit ... Kindern unter 16 Jahren in v.H.	0	17	24	18	8	3	1,5	0,5	0,5	

Die Opferbereitschaft vieler Familienmitglieder aus außerlandwirtschaftlichen Einkommen zur finanziellen Absicherung beizutragen, sowie zur Zeit des Baues doppelberuflich zu arbeiten (in der Landwirtschaft bzw. im Beruf und während des Neubaus) kennzeichnet den Willen, möglichst viele Eigenleistungen beizutragen und auf keinen Fall durch Mißerfolg zum Gespött im Dorf zu werden.

Die von der Aussiedlerfamilie beim Gehöftbau und der Standorterschließung selbst aufgebrachten Arbeitsleistungen (Selbsthilfeleistungen) betragen an den Gesamtkosten etwa 2 bis 5 %, ¹⁾ sind aber für einzelne Betriebe in den Mittelgebirgslagen höher anzusetzen. Weniger die Höhe, als die Tatsache ihrer notwendigen Einordnung in die laufenden Arbeitsgänge ist entscheidend. Die gesamte Arbeitsbelastung während des Aussiedlungsjahres bringt für den Bauern und die Bäuerin im Durchschnitt wöchentlich 60 bis 80 Stunden Ar-

1) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 6, 1962, S. 102.

Die Altersgruppierung von 800 Aussiedlerfamilien zur Zeit ihrer Aussiedlung.



Quelle: Errechnet aus den bewilligten Anträgen zur Aussiedlung.

beitszeit.¹⁾ Diese Belastung nimmt nur allmählich ab. Die berufliche Doppelbelastung konnte nicht nur bei den erwachsenen Kindern, bzw. Geschwistern der Aussiedler festgestellt werden, welche dazu beitrugen, den gesamten Arbeitsaufwand pro Aussiedlerbetrieb von etwa wöchentlich 300 bis 400 Stunden¹⁾ während des Aussiedlungsjahres zu erfüllen, sondern auch bei vielen Aussiedlern selbst, die gleichzeitig nebenberuflich tätig waren. Sehr oft "pendelten" auch erwachsene Kinder zwischen einer saisonalen Hilfsarbeiter- und auch Facharbeitertätigkeit und der mehrere Monate dauernden Aushilfe auf dem Hof zur Zeit des größten Arbeitsanfalles. Die in vielen Aussiedlerbetrieben einige

1) Eigene Erhebungen.

Jahre nach der Aussiedlung angetroffene starke Arbeitsbelastung weist darauf hin, daß eine gut durchdachte Betriebsorganisation selten verwirklicht wurde, und daß außerdem gerade der Arbeitsaufwand als flexibler Bereich nach oben hin auch als Sicherheitsreserve eingeplant wurde. Von einem Teil der Aussiedler in den Mittelgebirgslagen wurde angegeben, daß man im "Notfall" auch eine Zeitlang nebenberuflich arbeiten könnte.¹⁾

2. Staatliche Institutionen (einschl. Siedlungsgesellschaften)

Neben der Aussiedlerfamilie, welche die finanzielle Verantwortung, d.h. die Schuldentilgung zu tragen hat, muß der Staat als zweiter finanzieller Träger der Aussiedlung bezeichnet werden. Die Beziehung Einsatz der Mittel und ihr Erfolg wird auch aus dieser Sicht zu überprüfen sein. Entscheidende Gestaltungsmöglichkeiten liegen in den Leitbildern, die Ausdruck der agrarpolitischen Konzeptionen sind. Das Leitbild "bäuerlicher Familienbetrieb" und die Bestimmungen über die Mindestbetriebsgrößen und die entsprechenden Vorstellungen über das damit verbundene mögliche und ausreichende Familieneinkommen seien als die wichtigsten herausgegriffen. Sie waren im großen und ganzen bis Ende 1966 gültig und wurden in praxi teils abgewandelt gehandhabt.

Ausgehend von den Begriffen über die Verbesserung der Agrarstruktur vom März 1956,²⁾ wurde das Leitbild des bäuerlichen

1) Vgl. die Angaben über den Arbeitskräftebesatz in Kapitel D.

2) Die darin niedergelegten Ziele, die teils überholt sind (so z.B. das Ziel, möglichst viele Betriebe der Landwirtschaft zu erhalten), bestimmten die Einstellung, aus welcher heraus das Aussiedlungsprogramm gestartet wurde.

Familienbetriebes, das in der Aussiedlung verwirklicht werden soll, folgendermaßen gefaßt:

"Die Verbesserung der Agrarstruktur ist in ihrem Kern auf das Ziel der Herausbildung gesunder bäuerlicher Betriebe gerichtet. Als Leitbild dafür können Betriebe gelten, die geeignet sind, einer Familie volle Beschäftigung und ein angemessenes Einkommen allein aus der Landwirtschaft zu bieten."¹⁾

Die Betriebsfläche wird nicht als ein alleiniger Maßstab genommen. Diese bietet jedoch besonders für die Praxis und für die Beurteilung eines Antrages zur Aussiedlung dann einen festen Bezugspunkt, wenn die Beziehung Einkommen und Größe in Form einer Mindestgröße niedergelegt wird. Ein gewünschtes Einkommen wird durch eine entsprechende Produktionsleistung, bzw. Rohertrag auf einer entsprechenden Mindestfläche verwirklicht.

"Die Mindestgröße des Familienbetriebes wird durch die Möglichkeit bestimmt, für durchschnittlich zwei betriebsnotwendige Voll-Arbeitskräfte ein jährliches Arbeitseinkommen von DM 4000 bis DM 5000 je Voll-AK zu erreichen."²⁾

Da zwei volle AK unterstellt sind bei einer Familiengröße von rund fünf Personen, beträgt das Betriebseinkommen DM 10.000 bis 12.000. Dieses Einkommen wurde dann besonders ab 1960 verschiedentlich höher angesetzt. An und für sich soll die Produktionsleistung (bzw. der Reinertrag) noch eine Verzinsung des Aktivkapitals gewährleisten.³⁾

Die jeweiligen Standortbedingungen bezüglich Boden und Klima (und Vermarktungsmöglichkeiten) werden in den Rohertragsberechnungen berücksichtigt und beeinflussen somit die Mindest-

1) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 1, 1957, S. 68-70; oder aus den entsprechenden Gesetzessammlungen zu entnehmen.

2) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 4, 1960, S. 147.

3) Der für die Landwirtschaft übliche Zinssatz beträgt nur 3 1/3 %.

betriebsgröße. Aussiedlungen wurden nur dann genehmigt, wenn vor der Aussiedlung, bzw. im Zuge der Aussiedlung die jeweilige Mindestbetriebsgröße erreicht wurde und die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus Eigenland bestand.

Das Problem der Mindestbetriebs- oder Richtgrößen besteht natürlich schon länger und ist in das umfassende Problem der "Tragfähigkeit der Erde" in Verbindung mit der jeweiligen Bevölkerungszahl und den gesellschaftspolitischen Systemen einzuordnen. Im vorliegenden Fall wird die bäuerliche Familie als die zu erhaltende, selbständige soziologische Einheit gesehen, aber die Bestimmung von existenzsichernden Betriebsgrößen kann auch von anderen Zielen ausgehen. Nicht nur vom Gesellschaftlichen her, sondern auch durch Änderungen in den Produktionsbedingungen, wie z.B. durch den stetig steigenden Kapitaleinsatz, unterliegt das Ziel des bäuerlichen Familienbetriebes gewissen Wandlungen (vgl. Kapitel F).

Aus geographischer Sicht wird das Problem auch unter dem Begriff der Ackernahrung behandelt, so z.B. von OTREMBA.¹⁾ Die oben erwähnten entscheidenden Merkmale der Berechnung wurden auch damals schon zugrundegelegt mit den wichtigen Unterschieden, daß die Familiengröße mit sechs bis sieben Mitglieder angenommen wurde und daß das Pachtland nur beschränkt mit in die Berechnung einbezogen wurde.

1) Zum Vergleich diene die Definition des Begriffes Ackernahrung. "Als Ackernahrung ist diejenige im Eigenbesitz befindliche Menge Landes einschließlich aller Dauernutzungsrechte anzusehen, die unter Ausschaltung aller zufälligen und persönlichen Einflüsse und der allgemeinen Wirtschaftslage genügt, um ohne irgend einen Nebenerwerb den landesüblichen, standesgemäßen Unterhalt einer 6- bis 7-köpfigen Familie zu gewährleisten und die nachhaltige ordnungsgemäße Führung und Erhaltung des Betriebes zu sichern." Otremba, E., Das Problem der Ackernahrung untersucht an ausgewählten Beispielen des nördlichen Rhein-Main-Gebietes, in: Rhein-Mainische Forschungen, Frankfurt 1938, H. 19, S. 5.

Als weiterer staatlicher Träger der Aussiedlungen ist die Flurbereinigung zu bezeichnen. In zwei Bereiche läßt sich ihre Mitwirkung einteilen: bei Aussiedlungen innerhalb eines Verfahrens und in die Probleme der Standortbilligung, insbesondere bei Aussiedlungen außerhalb eines behördlichen Verfahrens.

Im ersten Falle lassen sich drei Gruppen von Zielen unterscheiden, die einen unterschiedlichen Entwicklungsweg haben, aber heute stark verzahnt sind.

Das erste Ziel beinhaltet die Besitzneuverteilung mit möglichst starker Zusammenlegung und den Wegeneubau im Außenbereich einer Gemeinde. Der sogenannte Einplanhof¹⁾ als Aussiedlerhof war lange Zeit das vom Geodätischen und Betriebswirtschaftlichen her gewünschte Ziel, welches aber nur selten verwirklicht werden konnte. Mehrere Abfindungsflächen sind die Regel.²⁾

1) Als Beispiel für eine Überschätzung des Einplanhofes und Nichtbeachtung soziologischer und anderer Faktoren diene folgendes Zitat: "So wird der Einplanhof zur Idealform, denn in ihm wird der Arbeitsablauf erst voll rationell. Mit der Verwirklichung der Einplangestaltung wäre die Flurbereinigung imstande, alle Voraussetzungen für die moderne, rationelle Betriebsweise und damit für eine nicht unbeträchtliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Erträge zu schaffen."
Arndt, A., Ein- oder Mehrplangestaltung bei der Flurbereinigung, Diss. Bonn 1958.

2) Nur eine der vielen Untersuchungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung sei hier erwähnt:
Oppermann, E., Weitere Untersuchungen über wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung, in: Schriftenreihe für Flurbereinigung, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Heft 29, Stuttgart 1960.

Das zweite Ziel strebt die Ortsauflockerung an und wenn möglich auch die Ortssanierung, indem Raum für Gemeinschaftsbauten und öffentliche Anlagen geschaffen wird verbunden mit dem ortsinneren Wegeneubau sowie mit Althofsanierungen und Aussiedlungen.

Das dritte Ziel umfaßt sozialökonomische Inhalte, indem z.B. Kleinbauern mit oder ohne Zu- und Nebenerwerb, die ihre Absicht Bauern bleiben zu wollen geäußert haben, ihre Wirtschaftsflächen am Ortsrand zugesprochen bekommen. Weiterhin entscheidet sich ein Teil der Kleinbauern durch die finanzielle Belastung im Zusammenhang mit der Flurbereinigung zur Aufgabe der Landwirtschaft. Die Förderung der Bodenmobilität von Kauf- und Pachtland (mit möglichst langen Pachtverträgen) ist hiermit verbunden.¹⁾

Die Verwirklichung dieser Ziele stellt für die Aussiedlung nicht nur eine optimale Grundlage ihrer eigenen Gestaltung dar, sondern oftmals bietet eine gleichzeitig vorgenommene Aussiedlung auch gute Lösungsmöglichkeiten für die drei genannten Zielgruppen der Flurbereinigung.²⁾

Im zweiten Falle verfügten die Flurbereinigungsbehörden in den Richtlinien zur Standortwahl über die Möglichkeit die

-
- 1) Auf sozialökonomische Änderungen dieser Art weist Mikus in einigen Aussiedlungs- und Flurbereinigungsbeispielen in Nordrhein-Westfalen hin, z.B. die Aussiedlungen in Dössel und Brilon.
Mikus, W., Flurbereinigung, Aussiedlung und Landwirtschaftliche Neusiedlung in Westfalen. Beispiele für siedlungs- und agrargeographische Strukturwandlungen nach 1945, hrsg. vom Landesamt Westfalen für Flurbereinigung und Siedlung in Münster 1967.
 - 2) Auf ein Beispiel einer integrierten Maßnahme, welche ein Flurbereinigungsverfahren, Aussiedlungen, Ortsauflockerung bei vorhandener Bauleitplanung, sowie teils eine sozialökonomische Umschichtung im Dorf durchführte, sei im Falle Jügesheim hingewiesen.
Jügesheim, ein Rechenschaftsbericht, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e.V. (AVA), H. 11, Wiesbaden 1960.

Aussiedlung mitzugestalten. Die Richtlinien sind natürlich auch für Aussiedlungen innerhalb eines behördlichen Verfahrens gültig und können dort leichter erfüllt werden. Gibt die Flurbereinigungsbehörde keine Einwilligung zum Standort, so erhält der Aussiedler keine staatlichen Förderungsgelder und die Aussiedlung ist praktisch gescheitert. Der sog. Negativtest drückt weiterhin aus, daß in dieser Gemeinde innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre keine Flurbereinigung stattfindet, bzw. durch die Aussiedlung nicht beeinträchtigt wird. Der Aussiedler hat weiterhin keine besonderen Ansprüche der Zuteilung bei einer zukünftigen Flurbereinigung. Nicht nur der Aussiedler, sondern auch die übrigen Bauern und die Gemeinde sollen durch die Aussiedlung und Standortwahl Vorteile erhalten.

Im ständigen direkten Kontakt mit der Aussiedlerfamilie stehen die sog. Betreuer,¹⁾ die dem Aussiedler bei der Durchführung der Maßnahmen helfen. Die Aufgaben des Betreuers gemäß den Richtlinien von 1962²⁾ beziehen sich auf: Beratung bei der Vorbereitung und Durchführung, Prüfung, ob der Antrag den Richtlinien und Ergänzungsbestimmungen entspricht, Feststellung der Mindestbetriebsgröße, der tatsächlichen Betriebsgröße und Besitzstruktur, geplanter späterer Bewirtschaftungsflächen, **geschäftliche und technische Leitung** bei den Baumaßnahmen und Überwachung des Vorhabens, finanzielle Leitung und Verwendungsnachweise der Gelder.

1) Betreuer sind ab 1960 die gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften im Sinne der Reichssiedlungsgesellschaften, die Gesellschaft zur Förderung der Inneren Kolonisation (GfK) GmbH, die Deutsche Bauernsiedlung GmbH und die Landwirtschaftskammern bzw. in Bayern Landwirtschaftsämter. Die GfK trägt ab 1964 die Bezeichnung Deutsche Gesellschaft für Landentwicklung.

2) Vgl. Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., H. 7, 1963, S. 111.

Durch die Auswahlmöglichkeiten der Betreuer und damit der Konkurrenz untereinander (außer bei Flurbereinigungsämtern und Landwirtschaftsämtern) sollte ein optimaler Weg der Betreuung gefunden werden. Da letztere die für den Aussiedler entscheidende Instanz ist, sind hier Auseinandersetzungen besonders schwerwiegend. Diskussionspunkte stellen meistens der Bauentwurf, die Baudurchführung und die Betriebsentwicklungspläne dar, während bei der Standortfrage die Meinung des Aussiedlers z.B. im Falle ortsnaher Standorte oft unterstützt wurde.

3. Die Aussiedlung im Bereich der Gemeinde

Für die Aussiedler stellt das Dorf, bzw. die Gemeinde den unmittelbaren Lebensraum und die wirtschaftliche und soziale Umwelt dar, innerhalb welcher die Aussiedlung vollzogen wird. Bei der Frage der Standortwahl werden die entsprechenden Beziehungen näher zu untersuchen sein. Als weitere eine Aussiedlung gestaltende Einflüsse sollen hier die psychologische Situation (Aussiedlung als Ausbrecher aus üblichen Verhaltensweisen) und einige Fragen der Althofverwendung und Ortsauflockerung (typische Ziele der Gemeinde) erwähnt werden.

Die erste Wirkung, sozusagen das Entstehen eines Spannungsfeldes, geht von der Tatsache der kommenden oder schon durchgeführten Aussiedlung aus, die in kleineren vereinzelt liegenden und überwiegend agrarisch strukturierten Dörfern am stärksten ist. Die Aussiedlung stellt für die meisten Bauern, die gebäudemäßig oft ebenso schlecht gestellt sind (vgl. Karte 4), eine Herausforderung dar und führt zum unmittelbaren Zwang, Stellung dazu zu nehmen. Indirekt erfolgt eine Überprüfung des eigenen Einsatzes im Leben und der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit, welche mit den modernen in der Aussiedlung verwirklichten Produktionsmethoden konfrontiert wird.

Diese Stellungnahme wirkt meist vertiefend auf schon bestehende Gruppierungen auf Grund der sozialen Zusammengehörigkeit, oder der menschlichen Beziehungen. Oft entwickelt sich eine Gruppierung in Mißgünstige, Neider und Gegner und in Anerkennende und Befürworter, neben u.U. einer "neutralen" dritten Gruppe. Aber immer muß im Sinne einer Erziehung, einer "Modellvorführung" des Neuen und der Lockerung althergebrachter Vorstellungen der Aussiedlung eine erhebliche Wirkung zugeschrieben werden.

In etlichen Aussiedlungen in Unterfranken, besonders mit ortsfernem und Weilerstandort wurde bestätigt, daß alle Dorfbewohner (bis auf wohlmeinende Verwandte) auch Jahre nach der Aussiedlung das neue Gehöft noch nicht besichtigt hatten. In den untersuchten Aussiedlungen der Mittelgebirgslagen von Niederbayern und Oberpfalz konnte das Gegenteil festgestellt werden, wo rege Diskussionen mit dem Aussiedler während und nach der Aussiedlung, positive Anteilnahme und Mithilfe die Regel waren. Ähnlich verhielt es sich in den Aussiedlungsgemeinden in Oberbayern.

Am stärksten wirkt sich die Gruppenbildung der Befürworter und Gegner in der Verfügung über den Bodenbesitz aus, welche bei drei Problemen der Aussiedlung hervortritt. Erstens bei Aussiedlungen innerhalb der Flurbereinigung, wobei für die Zusammenlegung von größeren Flächen um den Hof, sowie für die Standortwahl erhebliche Schwierigkeiten gemacht werden können, obwohl gerade in der Flurbereinigung diese Probleme noch relativ erfolgreich gelöst werden können. Zweitens werden bei der Standortwahl außerhalb eines Flurbereinigungsverfahrens sehr oft die nötigen Grundstückstauschvorgänge durch Mißgünstige verhindert, so daß optimale Standortentscheidungen nicht getroffen werden können. Die Gruppierungen wirken sich drittens bei einer notwendigen Aufstockung nach der Aussiedlung im Falle des Zukaufs oder der Pacht aus, die sehr oft nur über ein feingespinnenes Netz psychologischer Beziehungen oder nur durch Verwandtenbesitz möglich ist. Dies konnte wiederum an einigen ortsfernen

Aussiedlungen in Unterfranken festgestellt werden, bei welchen aus ebengenannten Gründen Grundstücke nur in entgegengesetzter Gemeindegemarkung zu pachten oder zu kaufen waren und wo die Flächen um den Aussiedlerhof im Fremdbesitz festlagen.

Im großen und ganzen hatten sich die Gruppierungen in Befürworter und Gegner der Aussiedlung einige Jahre nach der Aussiedlung wieder gelockert. In vielen Fällen konnte festgestellt werden, daß der Aussiedler in der sozialen Skala einen "Wertzuwachs" zu verzeichnen hatte, seine persönlichen Leistungen anerkannt wurden, und er vielfach als Kapazität in Fragen der Produktionsverfahren, der Finanzierung und des Umganges mit Behörden galt. In einigen Dörfern konnte auch festgestellt werden, daß der zunächst außergewöhnliche Vorgang der Aussiedlung "Nachahmer" gefunden hatte, wodurch dieser Prozeß etwas mehr "zum Alltäglichen und zur Regel" wurde (vgl. folgenden Abschnitt über Gründe der Aussiedlung).

Die Althofverwendung hat zwei Aspekte: einmal dient sie der Finanzierung der Aussiedlung, zum zweiten kommt der Art und Weise der Gebäudeverwendung einige Bedeutung zu. Etwa 10 Betriebe von 103 besichtigten Aussiedlungen verkauften entweder nur die Wohn- oder die Wirtschaftsgebäude, 78 Aussiedler die ganze Althofstelle und 15 überhaupt nicht. Bei diesen letzten Fällen unterblieb der Verkauf, weil es sich um Pachthöfe handelte, Erbgemeinschaften eine höhere Verkaufssumme abwarten wollten, für die Altenteiler oder für Fremdvermietung der Althof gebraucht wurde.

Die Verkäufe (einschließlich der 10 Teilverkäufe) erfolgten in 74 von 88 Fällen an Nichtverwandte, in den anderen Fällen insbesondere an Geschwister. 63 Käufer waren ortsansässig, 25 nicht, ersteres besonders in Unterfranken, letzteres bei den Aussiedlungen in Oberbayern, wo überwiegend Selbständige außerhalb der Landwirtschaft die Altstelle, bzw. das Grundstück zum Ausbau eines Wohnsitzes oder für

einen Gewerbebetrieb verwendeten. Auch in den anderen Verkaufsfällen dienten die Wirtschaftsgebäude überwiegend der Erweiterung von Gewerbebetrieben und die Wohngebäude der Fremdvermietung. Etwas anders verhält es sich bei der Altstellenverwendung der Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen. Dort wurde sehr oft die Altstelle von der Gemeinde aufgekauft und auf Grund der größeren Baufähigkeit dann abgebrochen.

Da auch bei den untersuchten Aussiedlungen in Unterfranken als Käuferschicht an erster Stelle Selbständige außerhalb der Landwirtschaft stehen, insbes. aus dem Handel und Handwerk, stellen generell Voll- oder Nebenerwerbsbauern nicht die überwiegende Zahl der Käufer. In diesen letztgenannten Kauffällen dienten die Gebäude der eigenen Gehöfterweiterung und nach teilweisem Abbruch der Verbesserung der inneren Verkehrslage. Im allgemeinen war die Altstellenverwendung in erstaunlich geringem Maße Teil einer Dorfsanierung, in ebenso geringem Maße war die Dorfsanierung auch Ursache einer Aussiedlung. Übrigens unterliegen bei mehreren Aussiedlungen in einer kleinen Gemeinde, oder bei einer Aussiedlung in einer wirtschaftlich unterentwickelter Agrargemeinde die Althofverkäufe einigen Schwierigkeiten, welche den Verkaufspreis sehr drücken. Gegenteilige Beispiele stellen Verkäufe in Städten und von guterhaltenen Gehöften der Aussiedlungen in Oberbayern dar, wo Altstellenerlöse bis zu 150 000 DM manchmal die Hälfte der Finanzierungskosten einer Aussiedlung eintrugen.

Die Ergebnisse der Altstellenverwendung anderer Untersuchungen¹⁾ lassen auch erkennen, daß die Altstellenverwendung weniger der Dorfauflockerung diene, als es im Sinne einer großzügigen Planung nötig gewesen wäre.

1) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., H. 3, 1959, S. 109-116 und H. 4, 1960, S. 110-113.

II. Anzahl, Verteilung und Gründe der Aussiedlungen in Bayern von 1953 bis 1966

1. Anzahl und Verteilung der Aussiedlungen bis Ende 1966 und die Gehöftverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns im Jahre 1966

Die regionale jährliche Entwicklung der Aussiedlungen in der BRD¹⁾ zeigt, daß die Schwerpunkte von Anfang an in den Gebieten der großen Haufendörfer lagen, die zum einen mit der Realteilung und der folgenden Besitzzersplitterung und Aufteilung der Gehöfte, zum anderen mit Regionen stärkerer Industrialisierung verbunden sind: im südlichen Westfalen und Niedersachsen, im Rheinland, in Hessen, in Südwestdeutschland und in Nordbayern.²⁾ Die Aussiedlung wird dort als besonders vordringlich bezeichnet, wo zum Typus Haufendorf eine stärkere Industrialisierung mit einer Ausdehnung der Wohnsiedlungen und Industrieanlagen, einschließlich des wachsenden Verkehrs hinzukommt und "... wo weitere Struktur-
mängel hinzutreten, wie große Feldentfernungen und durch Realteilung aufgesplitterte enge Hofstellen."³⁾

-
- 1) In Karten dargestellt in: Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Hefte 1 bis einschl. 7, sowie in den Berichten: Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn 1963-64, 1964-65, 1965-66, 1966-67 und 1967-68.
 - 2) Ein Versuch, die Aussiedlungsbedürftigkeit, insbes. auf Grund der Realteilung aufzuzeigen, besteht in Form einer Kennzahl, nämlich der "Aussiedlungsdichte". Wird die bewilligte Anzahl der Aussiedlungen z.B. auf je 1000 Betriebe mit mehr als 10 ha LN, oder z.B. auf 1000 ha EN bezogen, so ergibt die Berechnung für die Zeit vor 1956 bis 1964, daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Hessen weit an der Spitze liegen mit 95, 85 und 62 bewilligten Anträgen je 1000 Betriebe, oder mit 22,6: 22,4 und 23,2 je 1000 ha LN, im Vergleich zu Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen mit 22,21 und 14, bzw. 7,4, 6,0 u. 4,4. In: Innere Kolonisation, a.a.O., Jg. 1965, Entwicklung der Aussiedlungen 1956 - 1964 nach Ländern und Betreuergruppen, S. 73.
 - 3) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe, a.a.O., Heft 3, 1959, S. 20.

Dies bringt auch im Überblick die Anzahl der Aussiedlungen in der einzelnen Bundesländern zum Ausdruck (vgl. Tab. 1), an der Bayern ab 1959 mit rund 20 % aller Aussiedlungen einen relativ konstanten Anteil hält. Die jährliche Entwicklung in Bayern (vgl. Schaubild 2), die sich aus den Entwicklungen in den einzelnen Regierungsbezirken zusammensetzt, weist in den Jahren 1957, 1962 und 1965 ihre Maxima auf, die zum größten Teil auf die erhöhten Bundesmittel - Ergebnis der agrarpolitischer Überzeugungen und Entscheidungen - zurückzuführen sind. Dies wird auch durch den Gesamtverlauf der Aussiedlungen in der BRD bestätigt, wobei die abnehmende Tendenz in den letzten Jahren nicht nur als eine Folge der wirtschaftlicher Rezession (mit verringerten **Steuereinnahmen**), sondern auch als Ergebnis einer geänderten Haltung der Aussiedlung gegenüber zu sehen ist.¹⁾

In Unterfranken und in Oberbayern lief das Aussiedlungsprogramm gleich nach Bekanntwerden der Förderungsmöglichkeiten stark an, u.a. als Folge der intensiveren Beratung durch

1) Als Beispiele zwei Stellungnahmen:

"Zu diesem Zweck soll ausdrücklich in den Richtlinien verankert werden, daß eine Aussiedlung nur noch dann gefördert werden soll, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht. Das trifft insbesondere für eine Aussiedlung im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens bzw. im Zuge einer Dorferneuerung zu ... Auch sollte es kein Dogma sein, als besten Standort für eine Aussiedlung den Gemarkungsrand anzusehen."

Höcherl, H., Das Agrarprogramm der Bundesregierung 1968, verkürzt wiedergegeben z.B. in: Innere Kolonisation, Jg. 1968, S. 158/159.

"Die Aussiedlung ist in einer anderen Zeit entstanden, wo man nicht die Entwicklung zum größeren Betrieb so vorausgesehen hat. ... Eine Aussiedlung soll nurmehr vorkommen, wenn sie im öffentlichen Interesse notwendig ist... und dann nicht mehr in der Feldmark (und weniger Weiler aussiedlungen aus Gründen der Unkosten für Schulbusse und Erschließungskosten; Anm.d.Verf.) ... dann an den Dorfrand, weil ich der Meinung bin, daß der Bauer auch im Aussiedlerhof in der Dorfgemeinschaft verbleiben soll, aus den verschiedensten Gründen."

Eisenmann, H., in der Sendung: Hof und Garten, a.a.O., 1969.

Tabelle 1

Die Entwicklung der Aussiedlungen in Bayern und in der BRD bis 1966

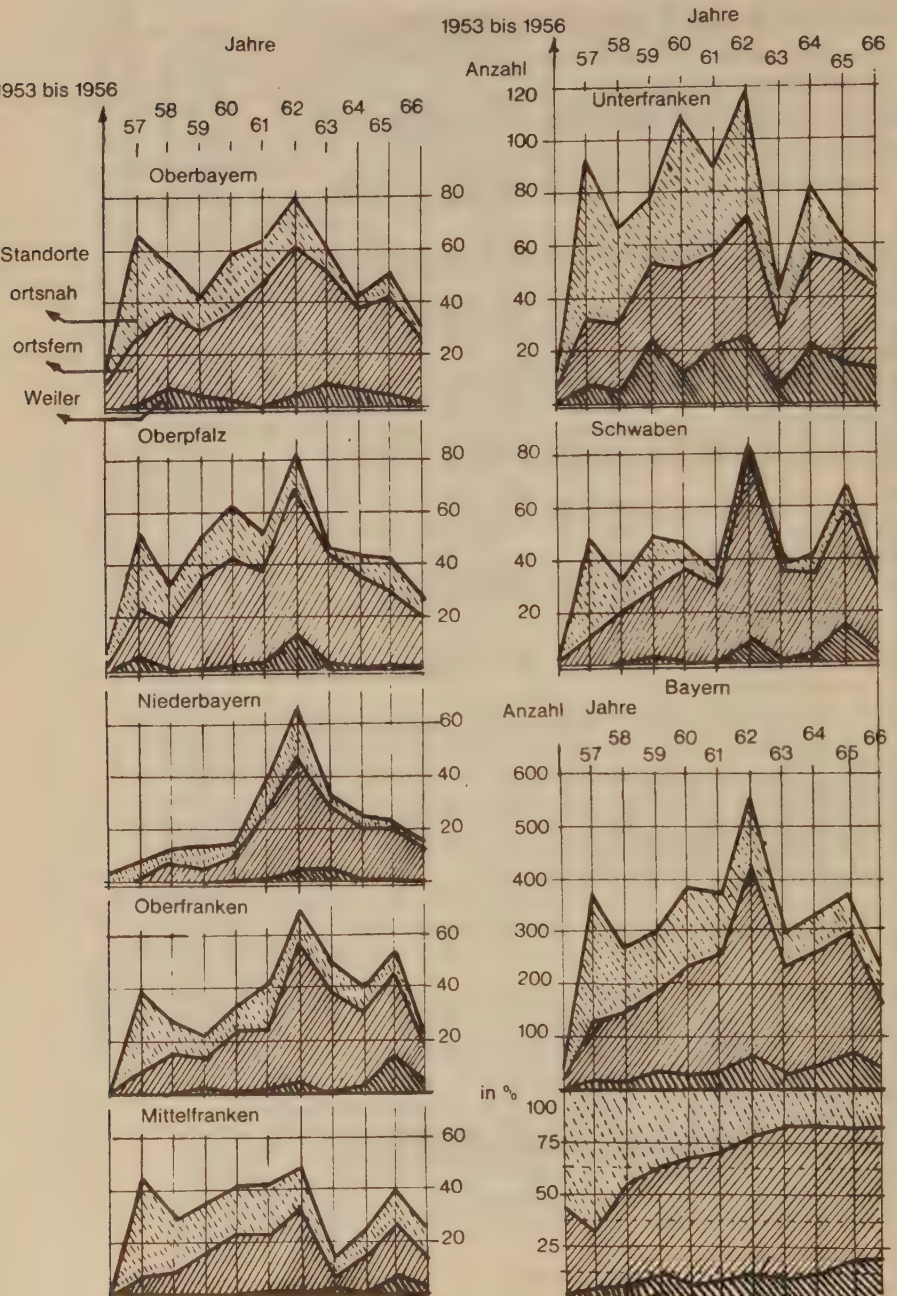
	1953	1955	1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Summe
Oberbayern	6	8	72	53	43	63	65	80	59	45	56	32	585	
Niederbayern	2	2	9	13	13	14	40	65	33	26	29	17	263	
Oberpfalz	-	6	57	35	50	62	52	83	46	45	45	28	509	
Oberfranken	-	2	38	29	24	35	42	70	52	45	54	23	414	
Mittelfranken	1	1	45	29	35	45	43	50	17	28	42	27	363	
Unterfranken	1	5	100	73	80	114	89	123	43	89	69	53	839	
Schwaben	-	1	50	36	49	46	36	82	38	45	72	35	490	
Bayern	10	25	371	271	294	379	367	553	288	323	368	215	3463	
SHO			76 ¹⁾	97	49	69	98	113	102	118	127	76	925	
NdS			280	221	110	200	149	122	98	135	135	100	1526	
NRW			228	134	154	180	223	232	154	202	217	163	1887	
Hes			839	372	106	154	266	264	203	101	215	150	2670	
RPF			189	207	196	254	312	367	342	283	293	166	2614	
BWü			920	402	450	407	564	724	327	434	431	203	4862	
Bay			412	314	307	292	396	535	286	330	368	217	3457	
SLD			-	-	2	23	26	32	14	31	14	8	150	
Bund			2944	1747	1375	1489	2085	2416	1550	1602	1800	1083	18091	

1) Diese Spalte enthält die Werte aus den Jahren 1956 und 1957.

Quelle: Die Werte für Bayern sind aus den bewilligten Anträgen zur Aussiedlung an die Landwirtschaft, Rentenbank und Deutsche Siedlungsbank zusammengestellt. Die Werte für die Länder und die BRD sind dem Bericht über die Verbesserung der Agrarstruktur..., a.a.O., 1966-1967, S. 49 entnommen.

Die Differenzen sind auf die verschiedene zeitliche Basis (Kalenderjahr und Haushaltsjahr) sowie auf die verschiedene Beachtung der zurückgezogenen Anträge zurückzuführen.

Die jährliche Entwicklung der Aussiedlungen und ihrer Standorte in Bayern von 1953 bis 1966



Quelle: Errechnet aus den bewilligten Anträgen zur Aussiedlung a. a. O.
Nicht mit einbezogen sind Aussiedlungen mit fehlenden Standortangaben.

Flurbereinigungs- und Landwirtschaftsämter. Dagegen weist z.B. die Entwicklung in Niederbayern mit der einzigen starken Häufung im Jahre 1962 darauf hin, daß dort, abgesehen von der geringeren Notwendigkeit zur Aussiedlung, die Beratungstätigkeit der Siedlungsgesellschaften erst nach 1960 verstärkt betrieben wurde.

Die Verteilung der Aussiedlungen nach Landkreisen und Gemeinden (vgl. die Karten 2 und 13) läßt größere Häufungen wie in Unterfranken gleich erkennen; im großen und ganzen ist jedoch eine relativ breite Streuung der Aussiedlungen vorhanden. Insgesamt wurden in rund 2150 Gemeinden Bayerns (also in fast einem Drittel aller Gemeinden) bis Ende 1966 eine oder mehrere Aussiedlungen durchgeführt.¹⁾ Davon wurden in 1443 Gemeinden, d.h. in 67 % aller Gemeinden mit Aussiedlungen (in Zukunft auch als Aussiedlergemeinden bezeichnet) jeweils nur eine Aussiedlung vollzogen, in 422 Gemeinden, d.h. in 20 % aller Aussiedlergemeinden, zwei Aussiedlungen, in 255 Gemeinden drei und vier, in 55 Gemeinden fünf bis acht, in elf Gemeinden neun und mehr Aussiedlungen. Allerdings erfolgten in Gemeinden mit mehreren Aussiedlungen diese meist in zeitlicher Staffelung, oft je nach Anlaß, z.B. auf Grund eines Flurbereinigungsverfahrens.

Diese erste Verteilung der Aussiedlungen soll nun an Hand von Kriterien erweitert werden, welche die eben erwähnten Begriffe Haufendorf, Flurzersplitterung und Grad der Industrialisierung in anderer Form miteinander in Beziehung setzen. Sie weisen auf die Ursachen der Aussiedlungen zwar nicht direkt kausal hin, können jedoch als Voraussetzung dazu bezeichnet werden. Es werden die Gemeinden, in denen bis Ende 1966 eine Aussiedlung vollzogen wurde, jeweils einem bestimmten Gemeindetyp zugeordnet, und je nach der Zahl der in dieser Gemeinde erfolgten Aussiedlungen entsprechend addiert. Von den vorhan-

1) Quelle: Eigene Berechnungen.

denen Gemeindetypisierungen wurde eine gewählt, durch welche die oben genannten Erscheinungen in ihrer räumlichen Verbreitung mit der Verteilung der Aussiedlungen in Verbindung gebracht werden können, und bei welcher sich vier Arten der Typisierung ergänzen.

Die zwischen diesen vier Gemeindetypen festgestellten, auf dem Wege einer massenstatistischen Auswertung gefundenen Aussagen, können im allgemeinen auch als zutreffend für die Gemeinden mit Aussiedlungen bezeichnet werden.¹⁾

-
- 1) In vier Hauptkarten A bis D ist das Ergebnis der Struktur- und Funktionsanalyse der Auswertung der Landwirtschaftszählung 1960 und Volks- und Berufszählung 1961 niedergelegt worden. Die Zeitpunkte liegen etwa in der Mitte unseres Untersuchungszeitraumes.

- | | |
|---------|--|
| Karte A | I. Die Gemeinden nach der Unterhaltsstruktur der Wohnbevölkerung |
| | II. Die Gemeinden nach der Standortfunktion (Wohn- und Arbeitsstättenfunktion) |
| Karte B | I. Die Gemeinden nach der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur |
| | II. Die Gemeinden nach der sozialökonomischen Funktion der landwirtschaftlichen Nutzfläche |
| Karte C | Die Gemeinden nach dem Zustand der Wohngebäude und dem Anteil der Bauernhäuser 1961 |
| Karte D | Die Gemeinden nach der Zahl der Teilstücke je 1000 ha LN in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1960 |

Zitierweise fortan: Karte A, B, C, D.

Die Merkmale A II. entfallen für die direkte Zuordnung von Aussiedlungsgemeinden.

Die Karten A und B und die entsprechenden methodischen Grundlagen sind zu finden in: Die Verbesserung der Agrarstruktur..., a.a.O., 1964-65, S. 24-30; die Karten C und D in: Die Verbesserung der Agrarstruktur..., a.a.O., 1965-1966, S. 125-135, vgl. dazu: Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte in: Bd. 175 der Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1967, S. 177-199. Alle drei Beiträge entstammen der eben genannten Forschungsgesellschaft unter Leitung von Deenen, B.v. und Mrohs, E.

Tabelle 2:

Die Verteilung der Gemeinden mit Aussiedlungen in Bayern
auf Gemeindetypen in v.H.

		O	N	Op	Of	M	U	S	By Anzahl
KARTE A									
Agrargemeinden		11	25	34	16	34	10	9	630
agrar-industr. Gemeinden		29	45	32	34	28	36	37	1180
gew. -industr. Gemeinden		28	8	9	6	7	15	13	468
Industriegemeinden		28	20	25	41	29	36	38	1110
Dienstleistungsgemeinden		3	2	1	2	2	2	4	75
KARTE B									
Kleinstbetriebliche Struktur		51	62	45	57	46	75	31	1863
Kleinbetriebliche Struktur		20	27	24	19	36	15	46	875
Mittelbetriebliche Struktur		29	11	31	24	18	10	23	725
Vollerwerbsfunktion									
vorherrschende		63	53	19	9	27	22	25	1095
mittlere		35	39	62	68	52	51	62	1825
schwache		2	8	19	23	21	27	3	543
KARTE C									
Wohngebäude ohne Quali- tätsmängel in % aller Wohngebäude	über 75	9	2	1	1	5	3	2	119
	75 - 50	33	7	10	6	10	15	27	588
	50 - 25	30	19	22	19	22	27	29	870
	unter 25	28	73	67	74	63	54	40	1885
Anteile der Bauernhäuser in % aller Wohngebäude	bis 25	35	12	24	29	27	37	34	1043
	25 - 50	30	35	18	26	13	32	29	923
	über 50	35	54	58	45	59	33	36	1497
KARTE D									
Zahl der Teilstücke je 100 ha	bis 100	88	81	64	49	29	11	62	1760
	100 - 200	11	18	33	42	60	37	30	1134
	über 200	1	1	5	9	11	53	8	569

O = Oberbayern; N = Niederbayern; Op = Oberpfalz; Of = Oberfranken; M = Mittelfranken; U = Unterfranken;
S = Schwaben; By = Bayern.

Die Summe beträgt wegen Auf- und Abrundungen nicht immer 100 %.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Bevor in der regionalen Betrachtung fortgeschritten wird, soll zur Gegenüberstellung und Ergänzung die "Bestandsaufnahme" über die Gehöftverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns gebracht werden, in welche die bis Ende 1936 erfolgten Aussiedlungen (im Vergleich dazu zahlenmäßig sehr gering) mit eingingen. Dieses Ergebnis drückt auch die agrarstrukturellen Mängel aus, welche in der Gemeindetypisierung nach den Karten B, C und D teils wiedergegeben werden. Die Gehöftverhältnisse wurden in drei Gruppen erfaßt:¹⁾ in Betriebe mit guten Gehöftverhältnissen, d.h. mit ausreichend großen Hofreiten, zweckmäßigen und stabilen Gebäuden; in Betriebe mit schlechten Gehöftverhältnissen, wobei einmal die Hofreite zwar ausreichend groß sein kann, aber z.B. aus Bau-fälligkeitsgründen ein Umbau nötig und möglich ist und zweitens die Hofreite zu klein und zusätzlich ein Aus- und Umbau nötig ist, wobei der Erwerb benachbarter Grundstücke als wahrscheinlich mit in Betracht gezogen werden kann; und schließlich in Betriebe, die eine Aussiedlung nötig haben, einmal aus Gründen des Gebäudezustandes und der vollkommenen Einengung, zum zweiten aus Gründen der ungünstigen Lage zum Straßenverkehr. Auf die fließenden Übergänge, sowie auf die möglichen verschiedenen Beurteilungen der aufnehmenden Sachbearbeiter sei hier nur hingewiesen.²⁾

-
- 1) Einteilung in der Agrarstrukturellen Rahmenplanung des Bayerischen Staatsministeriums für E.L.F. 1936, siehe Arbeitsanweisung zur Agrarstrukturellen Rahmenplanung vom 26. Mai 1935, Nr. III 05/3 - 5141/128.
 - 2) Inwieweit verschiedene Schätzungsmethoden angewandt wurden, oder z.B. verschiedene Verhaltensweisen bei Investitionen für Haus und Hof in ähnlich strukturierten Landkreisen vorhanden sind, kann nur eine eingehende Untersuchung zeigen. Es sei z.B. auf die Werte in den Landkreisen Rottenburg/Laaber und Mainburg, Vilsbiburg und Landshut, Pfarrkirchen und Griesbach/Rottal hingewiesen.

In dieser Bestandsaufnahme kommen die Siedlungs- und Flurformen, soweit sie sich negativ auf den Gehöftzustand auswirken mehr global zum Ausdruck, wie z.B. die Wirkung des Haufendorfes, bes. in Verbindung mit der Realteilung. Im einzelnen kann die Wirkung der verschiedenen Siedlungs- und Gehöftformen hier jedoch nur schwer nachgewiesen werden. Die Zahl der für nötig gehaltenen Aussiedlungen ist weniger signifikant in ihrer jeweiligen absoluten Größe, sondern sie wird mehr als Indikator für besonders schlechte Gehöftverhältnisse gesehen, die, wie die Karten 3 und 4 zeigen, größtenteils in den Gebieten der Haufendörfer liegen (außer in Schwaben).¹⁾

Das Verhältnis von landwirtschaftlichen Betrieben mit gutem Gebäudezustand zu den Betrieben mit schlechten Gebäuden (einschließlich der für nötig gehaltenen Aussiedlungen), ist insofern aussagekräftig, als darin auch die unterlassenen Investitionen an den Gebäuden zum Ausdruck kommen. In den Gebieten mit aufgelockerter Siedlungsstruktur, guter Ertragsfähigkeit des Bodens und mit geringerer Flurzersplitterung, also auch mit einem geringeren Anteil an Grenzbetrieben, kann unterstellt werden, daß ein höherer Anteil aus dem landwirtschaftlichen Ertrag in Renovierungen der Gebäude investiert wurde.²⁾ Neben der betrieblichen Notwendigkeit liegt ein Handlungsmotiv auch darin, daß ein schöner und zweckmäßiger Hof als "Spiegel" der Leistungsfähigkeit gilt.

1) Vgl. Schwarz, G., Allgemeine Siedlungsgeographie, 3. Aufl., Berlin 1966, z.B. Bäuerliche Haus- und Hofformen Mitteleuropas, S. 97-107, sowie: Die Gestaltung der Flur und die Zuordnung von Flur- und Ortsform (Siedlungsform), S. 191-255.

Brünger, W., Einführung in die Siedlungsgeographie, Heidelberg 1961, Die Dorfformen Europas, S. 80-95.

2) Die statistische Überprüfung, ob Grenzbetriebe mit Zu- oder Nebenerwerb einen größeren Anteil an guten Gebäudeverhältnissen aufweisen als Grenzbetriebe ohne Zu- oder Nebenerwerb, also u.U. aus ihrem außerlandwirtschaftlichen Einkommen in die Renovierung der Gebäude einen Teil investiert haben, vgl. z.B. die Karten 4 und 14, ergab kein vom Durchschnitt abweichendes Ergebnis.

Für Unterfranken zeigt die Verteilung der Gemeinden mit Aussiedlungen nach dem Kriterium der Unterhaltsstruktur der Wohnbevölkerung,¹⁾ daß nur 10 v.H. aller Aussiedlungen in Agrargemeinden und 72 v.H. in agrarisch-industriellen Gemeinden und Industriegemeinden vorgenommen wurden. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß in den industrialisierten Gemeinden Unterfrankens, die im Kern sehr oft Haufendörfer, bzw. entsprechend eng gebaute Kleinstädte sind, gleich mehrere Aussiedlungen durchgeführt wurden.

Der hohe Anteil der Aussiedlergemeinden mit Wohngebäuden, die starke Qualitätsmängel aufweisen (vgl. Tabelle 2), liegt ja auch darin begründet, und dementsprechend weist die Verteilung der Gemeinden nach dem Kriterium der Anteile Bauernhäuser an allen Wohngebäuden keine extreme Häufung auf, wie es z.B. für die Werte der niederbayerischen Aussiedlergemeinden der Fall ist.

Im allgemeinen bestehen folgende massenstatistische Beziehungen: "Also sind in noch 96 % aller Agrargemeinden mehr als die Hälfte der Wohngebäude sanierungsbedürftig. In den agrarisch industriellen Gemeinden ist der Anteil der Gemeinden mit sehr schlechten Wohngebäuden ähnlich hoch wie in den Agrargemeinden."²⁾

In den übrigen Gemeindetypen liegen die Anteile niedriger. Der Anteil der Gemeinden mit über 25 % schlechten Gebäuden liegt bei den gewerblich-industriellen Gemeinden bei 50 %, den Industriegemeinden bei 39 % und bei den Dienstleistungsgemeinden bei 8 %.³⁾

Das Ergebnis besagt, daß "ein relativ hoher Anteil agrarischer Bevölkerung auch als Indiz für eine schlechte Wohnsituation angesehen werden kann."⁴⁾ Eine Verfeinerung er-

1) Vgl. Ruppert, K., Der Lebensunterhalt der bayerischen Bevölkerung - Eine wirtschaftsgeographische Planungsgrundlage, in: Erdkunde, Bd. XIX, 1965, S. 285-292.

2) Die Verbesserung der Agrarstruktur, a.a.O., 1965-66, S. 126.

3) Ebd.

4) Ebd.

Tabelle 3:

Die Gehöftverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben
Bayerns im Jahre 1966

	in v. H.	BETRIEBE MIT GUTEN GEHÖRTS- VERHÄLTNISSEN				BETRIEBE MIT SCHLECHTEN GEHÖRTSVERHÄLTNISSEN				FÜR NÖTIG GEHALTENE AUSSIEDLUNGEN			
		G	S	V	G	S	V	G	S	V	G	S	
Oberbayern	100 ²⁾	11.093 33,6	6.100 17,2	18.003 50,8	10.871 30,7	5.470 15,4	16.341 46,1	517 1,5	436 1,2	983 2,7			
Niederbayern	100	6.678 24,5	2.710 9,9	9.388 34,4	11.032 40,5	6.256 22,9	17.288 63,4	252 0,9	180 0,7	432 1,6			
Oberpfalz	100	3.673 20,2	2.775 15,3	6.448 35,5	4.877 26,8	5.469 30,0	10.346 56,8	447 2,5	891 4,9	1.338 7,4			
Oberfranken	100	2.140 12,6	3.016 17,7	5.156 30,3	3.534 20,8	5.282 36,9	8.816 57,7	578 3,4	1.389 8,2	1.985 11,6			
Mittelfranken	100	3.848 19,6	3.789 19,8	7.637 39,4	4.783 24,4	5.812 29,6	10.594 54,0	451 2,3	852 4,3	1.303 6,6			
Unterfranken	100	2.969 19,1	1.680 10,8	4.649 29,9	3.013 19,4	2.911 18,7	5.924 38,1	2.071 13,3	2.691 17,3	4.762 30,6			
Schwaben	100	8.404 26,9	8.030 25,7	16.434 52,6	5.891 18,8	7.019 22,5	12.910 41,3	735 2,4	1.138 3,7	1.873 6,0			
Bayern	100	39.615 24,1	28.100 17,1	67.715 41,2	44.000 26,8	38.219 23,9	82.219 50,7	5.049 3,1	7.577 4,6	12.626 7,7			

1) V = Vollerwerbsbetriebe, G = Grenzbetriebe, S = Summe, zur Definition vgl. Kapitel D.

2) Wegen Auf- und Abrundungen (bzw. Weglassen einiger auslaufender Betriebe) ist die Summe nicht immer gleich 100 %.

Quelle: Agrarstrukturelle Rahmenplanung des Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten 1966.

folgt durch Miteinbeziehen des Anteils von Bauernhäusern. "Der Anteil der Gemeinden, deren Wohngebäude zu über 50 % aus Bauernhäusern bestehen, fällt von drei Viertel in den Agrargemeinden auf rund die Hälfte in den agrarisch-industriellen Gemeinden und sodann auf unter 5 % in allen anderen Gemeindetypen."¹⁾ Man kann also berechtigterweise unterstellen, daß sich die Bauernhäuser großenteils im schlechten gebäudemäßigen Zustand befinden.

Die Verteilung der Aussiedlergemeinden in Unterfranken nach den Merkmalen Betriebsgrößenstruktur, Grad der Vollerwerbsfunktion und der Flurzersplitterung, zeigt die Wirkung der Realteilung, da in nur 11 % der Aussiedlergemeinden (vgl. Tabelle 2) die durchschnittliche Hektargröße der Teilstücke ein Hektar, in über der Hälfte der Gemeinden aber weniger als 0,5 Hektar beträgt. Eine überwiegend geringe vorherrschende Vollerwerbsfunktion ist mit einer kleinstbetrieblichen Betriebsgrößenstruktur verbunden. Wie die Untersuchung der ausgewählten Betriebe in Unterfranken und die Auswertung der Anträge zur Aussiedlung ergaben, sind Strukturverhältnisse dieser Art auch zu den Aussiedlungsgründen zu zählen, und die Aussiedlung wird oft mit dem Ziel einer möglichst weitgehenden Arrondierung und späteren Aufstockung verbunden.

Die hier zutreffende allgemeine Beziehung stellt fest: "Zwischen der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenstruktur und der Zahl der Teilstücke bestehen enge Beziehungen",²⁾ und: "Während in den Betrieben über 20 ha LN maximal 250 Teilstücke je 100 ha LN ausgewiesen werden, steigt diese Zahl auf über 500 in den Betrieben unter 7,5 ha an."³⁾ Weiterhin kann im allgemeinen gesagt werden, daß "eine vorherrschende Vollerwerbsfunktion mit geringem Parzellierungsgrad

1) Die Verbesserung der Agrarstruktur, a.a.O., 1965-66, S. 126.

2) Ebd., S. 127.

3) Ebd.

und umgekehrt eine schwache Vollerwerbsfunktion mit starkem Parzellierungsgrad einhergeht."¹⁾

Die überwiegende Verteilung der Aussiedlungsgemeinden auf die kleinst- und kleinbetriebliche Besitzstruktur, auf agrarisch-industrielle Gemeinder und Industriegemeinden, insbes. in Unter- und Oberfranken bedingt auch einige besondere Probleme der Bodenmobilität und der Aufstockung mit Eigen- und Pachtland, auf die später eingegangen wird.

Den folgenden Betrachtungen liegen insbesondere die Karten 2 und 3, sowie 13 und 15, im Vergleich mit der Karte 4 zugrunde. Eine kleinere Häufung der bis Ende 1966 erfolgten Aussiedlungen ist in den Landkreisen Alzertau, Aschaffenburg und Obernburg festzustellen, wobei die für nötig gehaltenen Aussiedlungen (vgl. Karte 3) den Einfluß des untermainischen Industriegebietes u.a. auf die Häufendörfer mit der entsprechenden Ausweitung von Industrie- und Wohnanlagen sowie des Verkehrs, indikativ angeben. In der Gemeinde Großostheim im Landkreis Aschaffenburg wurden bis Ende 1966 elf Aussiedlungen großenteils im Rahmen eines Flurbereinigungsverfahrens durchgeführt, und die Schätzung von über 50 noch notwendigen Aussiedlungen weist eindeutig auf die Wirkungen der benachbarten Großstadt Aschaffenburg hin.

Eine weitere Häufung der bis Ende 1966 in Unterfranken durchgeführten und der noch notwendigen Aussiedlungen ist in, bzw. um Mellrichstadt und Königshofen festzustellen; so liegen z.B. in der stark industrialisierten Gemeinde Mellrichstadt zehn bis 1966 erfolgte Aussiedlungen. Die größte Zahl der erfolgten und noch notwendigen Aussiedlungen in Unterfranken ist in Landkreisen zu finden, welche teils recht unterschiedliche **agrарstrukturelle Verhältnisse**²⁾ und unterschiedliche Anteile der verschiedenen Erwerbszweige der Be-

1) Die Verbesserung der Agrarstruktur, a.a.O., 1965-66, S. 127.

2) Vgl. auch Karte 15.

völkerung aufweisen. So sind vielfach aus den im Maintal gelegenen Dörfern und Städten Aussiedlungen vorgenommen worden, die z.B. im Zuge einer Weinbergsflurbereinigung angeregt wurden (wie in den Gemeinden Sommershausen, Wintershausen und Thüngersheim), oder im Rahmen eines Siedlungsverfahrens wie in Volkach, wo von den elf erfolgten Aussiedlungen ein Teil aus Betrieben von Weinbauern besteht. Zum anderen wurden reine Ackerbaubetriebe aus typischen "Rundlingen" und eng verbauten Städten ausgesiedelt, wie z.B. in Mainbernheim, wo neun Aussiedlungen im Zuge der Flurbereinigung in die Gemeindeflur verlegt wurden.

Für einige dieser Landkreise soll durch den Vergleich der bis Ende 1936 erfolgten und 1936 noch für nötig geschätzten Aussiedlungen auf die negativen Wirkungen der Haufendörfer in Unterfranken und durch die verschiedenen Anteile von guten Gehöftverhältnissen auf die verschiedenen Ertragsbedingungen und Investitions-Verhaltensweisen aufmerksam gemacht werden. Im Landkreis Marktheidenfeld wurden 66 Aussiedlungen durchgeführt, 192 noch für nötig gehalten, und 41 % der landwirtschaftlichen Betriebe wirtschaftet unter guten Gehöftverhältnissen.¹⁾ Im Landkreis Karlstadt betragen die entsprechenden Werte 35 - 550 - 19 %. In den Landkreisen der Gäugebiete liegt der Anteil der Betriebe mit guten Gehöftverhältnissen teils viel höher: in Schweinfurt 47 - 390 - 50 %, Ochsenfurt 55 - 390 - 39 %, Gerolzhofen 60 - 480 - 45 %. In Kitzingen mit 60 - 480 - 12 % liegt der Anteil der guten Gehöftverhältnisse sehr niedrig und ist auf den starken Einfluß der Siedlungsform des Haufendorfes in erster Linie zurückzuführen. Denn in diesen verbauten Dörfern sind die Investitionen, die auf Grund der guten Ertragsfähigkeit des Bodens erwirtschaftet werden können, teils gar nicht mehr sinnvoll.

1) Diese und die folgenden Werte sind der Agrarstrukturellen Rahmenplanung Bayerns, sowie den Anträgen zur Aussiedlung, a.a.O., entnommen.

Insgesamt hat in Unterfranken nur ein Anteil von 30 v.H. der landwirtschaftlichen Betriebe gute Gehöftverhältnisse aufzuweisen (vgl. Tab. 2). Der restliche Anteil besteht weiterhin zu 30 % aus Grenzbetrieben. Für viele dieser Betriebe, die zu kleine Flächen haben und gebäudemäßig schlecht ausgestattet sind, wird ein hauptberufliches Verbleiben in der Landwirtschaft wenig sinnvoll erscheinen, bzw. je nach Möglichkeit ein berufliches Ausscheiden überhaupt aus der Landwirtschaft im Laufe der kommenden Jahre eintreten.

In der Verteilung der bis Ende 1966 in Oberfranken erfolgten Aussiedlungen auf die verwendeten Gemeindetypen entfallen 75 % auf agrarisch-industrielle Gemeinden und Industriegemeinden. Die Anteile der Gemeinden mit kleinstbetrieblicher Betriebsgrößenstruktur, mit geringer (d.h. nicht vorherrschender) Vollerwerbsfunktion und mit überwiegend schlechten Gebäudeverhältnissen kennzeichnen die schon erwähnten strukturellen Mängel. Die Verteilung der noch nötigen Aussiedlungen, welche in den agrarisch orientierten Gebieten um Staffelstein und Lichtenfels sich häufen, zeichnen Oberfranken ebenfalls als ein Gebiet aus, in welchem das Haufendorf häufig zu finden ist. Die hinzukommende überwiegende geringe Ertragsfähigkeit des Bodens (vgl. Karte 12) und die durchschnittlich geringen Betriebsgrößen (außer im NO), führten dazu, daß in Oberfranken nur rund 30 v.H. aller landwirtschaftlichen Betriebe gute Gehöftverhältnisse haben und 45 % aller Betriebe Grenzbetriebe mit schlechten Gehöftverhältnissen sind.

Die bis Ende 1966 erfolgten Aussiedlungen in der Oberpfalz, in Mittelfranken und in Niederbayern nördlich der Donau liegen relativ breit verstreut. Eine größere Häufung ist in östlichen Teil der Oberpfalz festzustellen, in der Gemeinde Sulzbach-Rosenberg mit elf Aussiedlungen, die überwiegend aus Gründen der räumlichen Ausdehnung der Hüttenwerke der Maxhütte AG erfolgten, sowie in Nürnberg, wo von zwölf durchgeführten Aussiedlungen allein acht Gärtnereien aus dem inneren Stadtbereich nach außen verlegt wurden.

Der vergleichsweise größere Anteil von Agrargemeinden an den Aussiedlergemeinden, sowie der überdurchschnittlich große Anteil der Aussiedlergemeinden mit schlechten Wohngebäuden allgemein, und der Bauernhäuser insbesondere, weist darauf hin, daß Unzweckmäßigkeit und Überalterung der Gebäude oft als Anlaß zur Aussiedlung wirkte.

Die unterlassenen, bzw. die finanziell nicht möglichen Investitionen an Haus und Hof sind überwiegend auf die schlechte Ertragslage zurückzuführen. Dies bestätigen die Anteilswerte der Betriebe mit guten Gehöftverhältnissen, z.B. in den Landkreisen Roding mit 2,8 %, Grafenau 3,1 %, Wegscheid 2,0 %, Gunzenhausen 5,6 % und Schwabach 11,2 %, wo der Hopfenanbau anscheinend etwas mehr Investitionen erlaubte. Als Kontrast dazu sind die Werte in den folgenden Landkreisen zu sehen wie z.B. in Uffenheim 45 %, Neustadt/Aisch 49 %, Regensburg 51 %, Straubing 80 % und Eggenfelden 56 %. In den letztgenannten Gäugebieten, bzw. im Rottal, hat eindeutig die aufgelockerte Siedlungsform die hohen Anteile der Betriebe mit guten Gehöftverhältnissen bewirkt, denn in den Gäugebieten Unterfrankens liegen die Werte niedriger.

Von den in den übrigen Gebieten Bayerns erfolgten Aussiedlungen fallen noch einige kleinere Häufungen auf. In der Gemeinde Ismaning bei München, in der bis Ende 1966 zehn Aussiedlungen durchgeführt wurden, war die Gehöftlage an der Hauptverkehrsstraße und die jenseitige Lage der Felder zum größten Teil der Grund zur Aussiedlung. In der Gemeinde Lauingen mit 15 Aussiedlungen wurden im Rahmen eines Dorfsanierungs- und Siedlungsverfahrens einige Gruppenaussiedlungen durchgeführt, ähnlich in der Stadt Marktoberdorf mit 12 Aussiedlungen und in Peiting mit neun Aussiedlungen.

Die Häufung der für nötig gehaltenen Aussiedlungen im südlichen Teil Schwabens, in den Landkreisen Marktoberdorf 236, in Mindelheim rund 200, sowie in den Landkreisen Weilheim 120, Landsberg 70 und Ingolstadt 90 ist überwiegend auf die Wirkungen des innerdörflicher und städtischen Verkehrs zurückzuführen, also auf den Durchgangsverkehr in alten vom

Krieg nicht zerstörten Stadtkernen. Die Anteile der Betriebe mit guten Gehöftverhältnissen sind in Oberbayern und Schwaben regional recht unterschiedlich, liegen aber im allgemeinen über den sonstigen Werten von Bayern (vgl. Tabelle 3 und Karte 4). Die Unterschiede sind begründet in der aufgelockerten Siedlungsstruktur, der größeren Ertragsfähigkeit des Bodens (einschließlich der Sonderkulturen wie in ^{der} Hallertau), sowie im Alpenbereich wohl auch durch die intensivere "Pflege" der Gebäude im Zusammenhang mit dem Fremdenverkehr.

Im Vergleich zur gesamten Anzahl der Betriebe mit schlechten Gehöftverhältnissen in Bayern (mehr als die Hälfte aller Betriebe fällt darunter) stellt die Anzahl der Aussiedlungen, die bisher durchgeführt wurden, einen verschwindend geringen Anteil dar. Nicht nur aus diesem Grunde, sondern weil auch die Aussiedlung im Vergleich zum Alternativprogramm, nämlich der Althofsanierung, wesentlich teurer ist, muß nach dem "Erfolg" der Aussiedlung gefragt werden. Die einzelnen Bauern, die Kommunen und der Staat müssen den Mitteleinsatz für beide Möglichkeiten abwägen. Oftmals ergänzen sich beide Maßnahmen wie bei der Dorfsanierung. Der Zusammenhang zwischen Aussiedlung und Althofsanierung war von jeher dadurch gegeben, daß von den kleineren Um- und Anbauten, sowie ^{von} Ausbesserungen bei der Althofsanierung schrittweise bei zunehmendem Grad der Veränderung auf die Aussiedlung zugesteuert wurde. Letztere wird durch die Verlagerung des Standortes gekennzeichnet. Bei vielen Ortsrandaussiedlungen wurde übrigens der Vorwurf einer mehr oder weniger totalen Althofsanierung erhoben, und bei der Standortdiskussion wird es sich zeigen, daß die Trennung beider Begriffe nicht mehr exakt vorzunehmen ist, wenn z.B. bei einer Verlegung nur der Wirtschaftsgebäude aus dem Dorf heraus auch von einer Aussiedlung gesprochen wird.

2. Konkretisierung der Gründe der Aussiedlungen

Die Prüfung der Angaben auf den bewilligten Anträgen zur Aussiedlung in den Rubriken "Beschreibung der alten Hofstelle und Begründung der Standortwahl (als Vermeidung der Aussiedlungsursachen)" haben zusammen mit der Befragung folgende Ursachenverteilung in den ausgewählten Gebieten (vgl. Karte 1) ergeben: Sie werden an Hand von drei Verhältniszahlen dargestellt, welche zuerst den Verkehr, dann die Gehöftverhältnisse und drittens weitere Ursachen, wie Besitzzersplitterung, keine Aufstockungsmöglichkeiten, und **sehr ungünstige natürliche Verhältnisse** umfassen.

Natürlich lassen sich diese drei Gruppen öfters nicht exakt trennen oder bedingen einander. In diesen Fällen bewirkte das Überwiegen eines Merkmals die entsprechende Zuordnung.

In Unterfranken beträgt die Verhältniszahl $1 : 6 : 1, 1$, d.h. auf eine Aussiedlung mit der Ursache des Verkehrs, kommen aus Gründen der schlechten Gehöftverhältnisse und 1, 1 aus Gründen der Besitzzersplitterung. Orts- und Durchgangsverkehr, eingebaute veraltete Gebäude, zu enge Hofreite, öfters Trennung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, sowie starke Besitzzersplitterung mit den Schwierigkeiten am alten Standort sowohl zu arrondieren als auch aufzustocken, sind nähere Ursachen, welche durch Befragung und Besichtigung bestätigt wurden.

In den ausgewählten Landkreisen Schwabens findet sich das analoge Verhältnis von $1 : 6 : 1$, welches sich aber im südlichen Teil Schwabens wohl mehr dem der ausgewählten Landkreise aus Oberbayern annähern dürfte. Hier drückt das Verhältnis von $1 : 2,5 : 1$ die relativ größere Bedeutung des Verkehrs aus. Orts- und Durchgangsverkehr, sowie saisonaler Fremdenverkehr wirken sich dann besonders gefährdend aus, wenn die Jungviehweiden, die Mähweiden fürs Futterholen und die Wiesen für Sommerweiden bei Grünlandbetrieben, von den Ställen durch Straßen getrennt sind. Dieser Grund veranlaßte selbst bei aufgelockerter Siedlungsweise und relativ

guten Gehöftverhältnissen zur Aussiedlung, wobei dann oft ein guter Althofverkauf die Finanzierung sicherte.

Das Verhältnis der Ursachen in den Landkreisen Niederbayerns mit 1 : 3 : 1,3 rückt die schlechten Gehöftverhältnisse wieder etwas mehr in den Vordergrund. Diese waren insbesondere in den Mittelgebirgslagen verursachend, wobei Gebäudeveralterung und Baufälligkeit selbst bei Einödhöfen die Aussiedlung bedingten. Hinzu kam der Einfluß ungünstiger Naturverhältnisse (0,7) wie Hangneigung und hoher Grundwasserspiegel. Die Untersuchung bestätigte auch die Verhältniszahl der ausgewählten Landkreise in der Oberpfalz mit 1 : 4 : 1, wobei die negativen Wirkungen der Gebäudeüberalterung oftmals durch eng verbaute Dörfer mit Ausdehnung der Wohnsiedlungen verstärkt wurden, oder mit ungünstigen natürlichen Verhältnissen (0,5) verbunden waren.

Als letzte und eigentliche Ursache muß allerdings das menschliche Handeln gesehen werden, wie es z.B. in Verbindung mit einem Flurbereinigungsverfahren schon in Erscheinung trat. Was war der Anlaß, daß aus den verschiedenen Handlungsmöglichkeiten wie Aussiedlung, Althofsanierung, Aufgabe der Landwirtschaft und Bestehenlassen der Verhältnisse die Aussiedlung gewählt wurde?

Die Befragung ergab, daß in den Aussiedlerbetrieben in Niederbayern und Oberpfalz (Mittelgebirgslagen) überwiegend das Landwirtschaftsamt den letzten Anstoß gab und meistens die schon vorhandenen eigenen Überlegungen einer Althofsanierung in eine andere Richtung lenkte. Dazu kam die Wirkung der Siedlungsgesellschaften, die "Ausschau hielten" nach möglichen Aussiedlern. Die befragten Aussiedler in Unterfranken betonten den Einfluß der Flurbereinigungsbehörden, diejenigen in Oberbayern wiederum die Aussprache mit den Landwirtschaftsämtern.

In einer anderen Auswertung der Anträge zur Aussiedlung für die Jahre 1965 und 1966 ergab sich, daß, auf die BRD

bezogen, gut ein Drittel der gewünschten Aussiedlungen in Verkehrsplanungen und anderen Planungen, wie für die Dorfsanierung, sowie in baupolizeilichen Anordnungen ihren letzten Anstoß hatten; für Bayern beträgt der Anteil dieser Gründe 26 % und z.B. für Niedersachsen 62,5 %.¹⁾

Die Aussiedlungen stellen auch Beispiele für den Innovations-effekt²⁾ dar. Dieser trat sichtbar in den Fällen auf, wo in einer Gemeinde oder in Nachbargemeinden in zeitlichen Abständen die Aussiedlungen erfolgten, insbesondere innerhalb der Verwandtschaft, wobei die Familien sich gegenseitig unterstützten. Es gibt Fälle, in denen drei bis vier Aussiedlungen in der weiteren Verwandtschaft in einem Zeitraum bis zu zehn Jahren erfolgten, wie z.B. in den folgenden Gemeinden: Rimpfard und Thüngersheim (im Landkreis Würzburg), Urspringen (Marktheidenfeld), Großostheim (Aschaffenburg), Stadt Mainbernheim, Sulzbach-Rosenberg, Mellrichstadt, Marktobendorf, Laitingen, Ismaning (München), Stemmas (Wunsiedel) und Pöllmersried (Waldmünchen).

Der Anstoßeffect der ersten Aussiedlung war in abgelegenen und überwiegend agrarisch-strukturierten Gemeinden besonders stark, wenn er auch nicht immer zu Aussiedlungen, sondern auch öfters zu Althofsanierungen führte.

1) Zahlen und Angaben zu 10.552 in Vorbereitung befindlichen Aussiedlungen und baulichen Maßnahmen in Altgehöften, in: Innere Kolonisation, a.a.O., Sonderdruck zu Heft 8, 1968, S. 14.

2) Die Innovation ist "ein Ausbreitungsvorgang, der von einem Zentrum aus durch Nachahmung in Verbindung mit einer unterschiedlichen Wertung bei den verschiedenen Sozialgruppen flächen- oder linienhaft nach außen vordringt und dabei die Gegenkräfte der 'Tradition' zu überwinden hat."

Borchardt, Chr., Die Innovation als agrargeographische Regelercheinung, in: Arbeiten aus dem geographischen Institut der Universität des Saarlandes, Bd. VI, 1961, S. 13-51, Zitat S. 15. Die Innovation wurde besonders für den Anbau von Kulturpflanzen nachgewiesen, gilt aber auch für andere, die Agrarlandschaft prägende Ausbreitungsvorgänge, vgl. S. 42 ff.

B. BETRIEBSGRÖSSEN, BESITZSTRUKTUR UND BODENMOBILITÄT DER AUSSIEDLUNGEN BAYERNS VON 1953 bis 1966

1. Betriebsgrößen und Besitzstrukturen der Aussiedlungen im Vergleich mit den landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns im Jahre 1966

Für die prozeßhafte Ausrichtung der eingangs umrissenen Arbeitsweise der Sozialgeographie stellen die Untersuchungen von Mobilitätserscheinungen ein zentrales Anliegen dar. Diese sind als Ergebnis von sozialökonomischen Prozessen aufzufassen, sie bedeuten Bewegung und Positionswechsel im Raum. "Je nach dem Platzwechsel zwischen sozialen, wirtschaftlichen oder räumlichen Positionen kann man von sozialer, wirtschaftlicher oder räumlicher Mobilität sprechen."¹⁾

Die komplexe Erscheinung Bodenmobilität ist Ausdruck der funktionalen Verflechtung von sozialen Gruppen mit dem Boden. Im folgenden werden die wichtigsten Aspekte bezüglich der Aussiedlungen untersucht: die durchschnittlichen Betriebsgrößen in mehreren Zeitpunkten, wodurch auch auf den Umfang des "gewanderten" Landes hingewiesen wird, das Verhältnis von Eigen- und Pachtland als Ausdruck dafür, wie die Betriebsgrößenänderungen vorgenommen wurden und die Feststellung, welche Sozialgruppen Land abgegeben haben. In enger Verbindung mit allen drei Problemen stehen die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen.

1) Schaffer, F., Prozeßhafte Perspektiven sozialgeographischer Stadtforschung - erläutert am Beispiel von Mobilitätserscheinungen, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 4, Kallmünz/Regensburg 1968, S. 185-207, Zitat S. 185.

Die zu einem Zeitpunkt festgestellten regional unterschiedlichen Betriebsgrößen der Aussiedlungen sind weiterhin das Ergebnis der für die bäuerlichen Familien notwendigen Betriebsgrößen, bzw. hier Mindestbetriebsgrößen, der verschiedenen Betriebstypen und natürlichen Ertragsbedingungen und der sozio-ökonomischen Produktions- und Vermarktungsbedingungen. Die Betriebsgrößen wurden als Durchschnittswerte auf Landkreisbasis zu den Zeitpunkten vor der Aussiedlung festgestellt (wobei natürlich die Werte aus verschiedenen Aussiedlungsjahren zusammengesetzt sind), sowie nach der Aussiedlung (wodurch eventuelle Aufstockungen miteinbezogen wurden) und im Jahre 1966.¹⁾ Der Vergleich mit den Betriebsgrößen aller landwirtschaftlicher Betriebe²⁾ und mit den Vollerwerbsbetrieben allein, soll herausstellen, inwieweit im Jahre 1966 die Aussiedlerbetriebe über dem Durchschnitt stehen. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Vollerwerbsbetriebe dient als "Sollzahl" hinsichtlich der in die Aussiedlungen gesetzten Ziele des Betriebsgrößenwachstums.

Das Betriebsgrößenwachstum vollzieht sich über Zukauf und/oder Pacht. Die Veränderungen der Besitzstruktur, hier Zunahme oder Abnahme von Eigen- oder Pachtland (EI und PI), kann jeweils in absoluten oder relativen Werten ausgedrückt werden. Der Anteilswert des Eigenlandes an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche ist eine "Strukturgröße",

-
- 1) Betriebe unter 5 ha wurden wie **üblicherweise als Sonderkulturbetriebe** und Betriebe über 40 ha als nicht typisch für Aussiedlungen weggelassen (z.B. Schäfereien).
 - 2) In die Agrarstrukturelle Rahmenplanung Bayerns wurde **ein erheblicher Teil von Betrieben nicht aufgenommen**. Diese haben eine Betriebsgröße unter der halben Mindestbetriebsgröße und waren gleichzeitig nicht "aufstockungswillig". Da die Aussiedlerbetriebe sowieso etwas größer sind, ist eine Vergleichbarkeit mit den Werten "aller Betriebe", d.h. diesem größeren Rest, sehr gut gegeben. Zur weiteren Begriffsabgrenzung siehe Kapitel D.

deren Änderung die Tendenz aufzeigt, ob von dieser Besitzstruktur durch die Aussiedlung, sowie in den Jahren danach abgewichen wurde.¹⁾ Auch hier erfolgt der Vergleich mit der Besitzstruktur aller Betriebe, um die "Übereinstimmung" der Strukturen festzustellen. Mit dem Übergang von Kauf- und Pachtland ist gleichzeitig ein Wechsel des Eigentümers, bzw. Bewirtschafters verbunden.²⁾ Damit ist im Bereich der Gemeinden mit Aussiedlungen die Landabgabe verschiedener Sozialgruppen und die Pachtdauer zu untersuchen.

Die durchschnittliche Betriebsgröße aller Aussiedlungen Bayerns, die von 1953 bis 1966 erfolgten, hat von 14,7 ha vor der Aussiedlung auf 17,1 ha im Jahre 1966 zugenommen, wobei das Eigenland von durchschnittlich 12,4 ha, d.h. 84 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN) auf 14,0 ha, d.h. 82 % anstieg (vgl. Tabelle 4). Die Aussiedlungen haben ins-

-
- 1) Dieser Indikator wurde in den Karten 5 und 6 optisch so dargestellt, daß die Säulenenden, welche die durchschnittlichen Hektargrößen und die Anteile Eigenland an der LN darstellen, innerhalb eines Landkreises und im Vergleich mit mehreren Landkreisen auf- und absteigende "Linien" darstellen. Eine tendenzielle, d.h. prozentuale Zunahme des Pachtlandanteiles bedeutet aber nicht automatisch eine größere absolute, d.h. in Hektar gemessene Zunahme des Pachtlandes als diejenige des Eigenlandes.
 - 2) Die jeweiligen Anteile des Pachtlandes geben eine Abgrenzungsmöglichkeit für Gebiete mit unterschiedlicher Bodenmobilität ab, die diesbezüglich eng mit der beruflichen Mobilität, bzw. der Abwanderung von Landwirten in andere Berufe verbunden ist.
Die Untersuchung über den Wechsel der verschiedenen Sozialgruppen, welche den Boden besitzen, bzw. bewirtschaften über einen längeren Zeitraum hinweg, gibt Aufschlüsse über die funktionale Verflechtung zwischen Sozialgruppen und "Nutzungsarten" des Bodens, z.B. beim Übergang von landwirtschaftlicher zu industrieller Nutzung. Mit Hilfe der Sozialkartierung und Nutzungskartierung können diese Prozesse verfolgt werden.
Vgl. z.B. Ruppert, K., Das Tegernseer Tal - sozialgeographische Studien im oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet, Münchner Geographische Hefte, Bd. 23, Kallmünz/Regensburg 1962.

Tabelle 4:

Betriebsgrößen und Besitzstrukturen der Aussiedlungen vor der Aussiedlung und 1966 nach Betriebsgrößenklassen in v.H., Regierungsbezirken und Gemeindetypen der "Aussiedlergemeinden"

		in ha	bis 10	10- 15	15- 20	20- 30	über 30		bis 10	10- 15	15- 20	20- 30	über 30
O	vor 1966		20,9 8,8	35,9 34,2	22,7 26,6	14,1 21,7	6,4 8,5	M	28,8 11,0	38,2 36,3	20,3 28,4	11,1 20,8	2,0 3,0
N	vor 1966		29,1 13,0	35,4 40,0	19,9 22,4	9,9 17,8	5,0 7,1	U	27,4 7,4	42,5 33,5	21,3 33,2	7,4 23,2	1,4 2,7
Op	vor 1966		21,9 2,3	29,8 30,8	25,8 31,5	19,3 29,2	3,6 6,0	S	32,1 8,2	36,6	17,2 29,5	10,0 20,0	4,3 5,6
Of	vor 1966		11,4 2,2	45,0 33,3	27,5 36,6	15,3 23,7	1,0 3,0	By	24,3 7,3	37,8 34,5	22,0 30,5	12,5 22,6	3,4 5,0

	LN alle 1966	LN V 1966	LN Auss. vor	LN Auss. 1966	% El Auss. vor	% El Auss. 1966	% El alle 1966	% El V 1966	+ El Auss. abs.	+ Pl Auss. abs.
O	19,0	24,4	15,8	17,8	88,7	85,6	92,9	93,7	784	363
N	17,4	21,5	14,3	16,8	88,0	90,0	95,0	95,4	658	-
Op	17,9	23,5	15,7	17,9	91,0	87,8	91,9	92,5	713	400
Of	15,5	21,6	15,0	17,1	85,3	80,0	86,2	85,6	381	501
M	14,8	19,9	14,2	15,9	85,7	82,2	90,4	92,2	326	290
U	14,5	18,6	13,6	16,9	75,5	74,7	80,1	78,9	2100	605
S	14,9	19,9	14,2	17,0	82,4	77,5	88,2	89,1	730	652
By	16,8	21,4	14,7	17,1	84,0	82,0	90,0	91,3	5700	2810
Agrargemeinden			14,5	16,3	91	89	-	-	830	290
agrar.-ind. Gem.			14,2	16,3	87	86	-	-	2040	440
gew.-ind. Gem.			14,9	17,3	82	81	-	-	830	300
Industriegemeinden			14,7	17,9	79	73	-	-	1700	1820
Dienstleistungsgem.			15,1	18,0	71	81	-	-	300	- 60

O = Oberbayern, N = Niederbayern, Op = Oberpfalz, Of = Oberfranken, M = Mittelfranken, U = Unterfranken, S = Schwaben, By = Bayern.

LN = durchschnittliche landwirtschaftliche Nutzfläche, % El = durchschnittliches landwirtschaftliches Eigenland in v.H. der LN, alle = alle landwirtschaftlichen Betriebe, V = nur die Vollerwerbsbetriebe (nach der Rahmenplanung), Auss. = Aussiedlerbetriebe, + El / Pl abs. = Zunahme des Eigenlandes / Pachtlandes insgesamt in ha, vor = vor der Aussiedlung, 1966 = Stand im Jahre 1966.
Gemeindetypisierung vgl. Kapitel A.

Quelle: Berechnungen aus den bewilligten Anträgen zur Aussiedlung und aus Werten der Agrarstrukturellen Rahmenplanung Bayerns 1966.

gesamt mit rund 5.700 Hektar Eigenland und mit 2.800 Hektar Pachtland ihre Betriebe aufgestockt. In der Verteilung der Aussiedlerbetriebe auf Betriebsgrößenklassen nehmen vor der Aussiedlung die Betriebe bis 10 ha einen Anteil von rund 24 v.H. ein, die Betriebe zwischen 10 und 20 ha rund 60 v.H., der Rest rund 16 %. Die Abnahme des Anteils in der Größenklasse bis 10 ha auf 7 % weist zwar auf das Betriebsgrößenwachstum hin, aber die große Häufung im Bereich zwischen 10 und 20 ha blieb bestehen (vgl. Tabelle 4).

Die Untersuchung des Betriebsgrößenwachstums der Aussiedlerbetriebe in den Aussiedlergemeinden, geordnet nach der Gemeindetypisierung der Unterhaltsstruktur der Bevölkerung, soll die jeweils unterschiedliche Bodenmobilität in den verschiedenen Gemeindetypen aufzeigen, wobei die Werte von rund 2.700 der bis Ende 1964 erfolgten Aussiedlungen in Bayern errechnet worden sind.

Die durchschnittlichen Betriebsgrößen in den fünf Gemeindetypen unterscheiden sich vor der Aussiedlung nur wenig voneinander (vgl. Tabelle 4), während die Anteile Eigenland von 91 % in den Agrargemeinden in arithmetischer Reihenfolge auf 71 % in den Dienstleistungsgemeinden fallen. Die Ursache liegt in der größeren Bodenmobilität in den zunehmend weniger agrarisch strukturierten Gemeinden. Deshalb unterscheiden sich auch die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlungen im Jahre 1956 wesentlich stärker und die Betriebe in den agrarisch orientierten Gemeinden weisen die durchschnittlich geringsten Betriebsgrößen im Jahre 1966 auf (u.a. auch deshalb, weil sie teils in Gebieten mit allgemein kleinen Betriebsgrößen liegen). Die Anteile des Pachtlandes nahmen jeweils zu, bis auf die Werte der Aussiedlerbetriebe in den Dienstleistungsgemeinden, wo der Anteil Eigenland von durchschnittlich 72 % auf 81 % stieg. Diese Tatsache kann nur in einer weiteren Einzeluntersuchung geklärt werden.

Die wesentlich größere Bodenmobilität in den industriell

orientierten Gemeinden drückt sich in der starken Tendenz der Pachtlandzunahme der Aussiedlerbetriebe in den Industriegemeinden aus, wo in Hektar gemessen, gleich viel Eigenland wie Pachtland die Besitzer bzw. Bewirtschafter wechselten, während in den agrarisch strukturierten Gemeinden das Betriebsgrößenwachstum überwiegend durch Eigenland vorgenommen wurde (2870 Eigenland zu 730 ha Pachtland).

Auf die teils großen regionalen Unterschiede des Betriebsgrößenwachstums und der Änderung der Besitzstrukturen, die in den Karten 5 bis 8 zur Darstellung gebracht worden sind, soll an Hand einzelner Teilgebiete eingegangen werden. Die im Vergleich zu den übrigen Regierungsbezirken Bayerns sehr niedrigen durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlerbetriebe in Unterfranken - vor der Aussiedlung 13,5 ha LN und 1968 16,9 ha LN - sind auf einen kleineren Teil Aussiedlerbetriebe mit der Sonderkultur Weinbau mit zusätzlichem Ackerbau, sowie ganz besonders auf die im Durchschnitt kleineren Betriebsgrößen in den Gebieten mit der Realteilung zurückzuführen.

Die Aussiedlerbetriebe in Unterfranken sind im Vergleich zu den übrigen Teilen Bayerns durch einen meist größeren Anteil Pachtland auf Grund einer größeren Bodenmobilität gekennzeichnet. Hier liegen die Aussiedlungen im Einflußbereich des untermainischen Industriegebietes und einiger weiterer, mehr oder weniger großer industrieller Zentren, z.B. in den Landkreisen Alzenau, Aschaffenburg, Obernburg (vgl. auch Tabelle 5), Schweinfurt, Haßfurt, Mellrichstadt, Bad Neustadt und Karlstadt. Wie Karte 7 zeigt, haben die Aussiedlerbetriebe in diesen Landkreisen ein überdurchschnittliches Betriebsgrößenwachstum zu verzeichnen, das sehr oft mit einer weiteren Zunahme von Pachtland verbunden ist.

Der Vergleich der Betriebsgrößen in diesen Landkreisen im Jahre 1966 zeigt, daß die Aussiedlerbetriebe im Durchschnitt sich wenig über die Werte aller Betriebe erheben und fast immer unter den Durchschnittswerten nur der Voll-

erwerbsbetriebe liegen, d.h. also überwiegend zwischen beiden Werten für die durchschnittlichen Betriebsgrößen sich befinden. Der Vergleich der Besitzstrukturen läßt erkennen, daß die Aussiedlerbetriebe meistens einen größeren Pachtlandanteil im Jahre 1966 als die übrigen Betriebe haben. Dieser größere Anteil Pachtland bei den Aussiedlerbetrieben weist auf den Weg der Aufstockung hin. Schon zu Beginn der Aussiedlung haben viele Betriebe Pachtland aufgenommen, um die für die Aussiedlung notwendige Mindestbetriebsgröße zu erreichen. In den folgenden Jahren fand - auch unter dem Zwang zu weiterem Betriebsgrößenwachstum, um die Flächen den neuen Kapazitäten der Gebäude und Maschinen anzupassen - eine weitere Pachtlandaufnahme statt.

Im Falle langfristiger Pachtverträge ist eine "Besitzkonsolidierung", d.h. die Übernahme von bewirtschaftetem Pachtland in Eigenland nicht nötig. Die Pachtverhältnisse liegen jedoch meistens anders, wie nachfolgend gezeigt wird, so daß aus diesem Grunde ein gewisser "Mindestanteil" von Eigenland angestrebt wird. Das Motiv Existenzsicherung findet auch darin seinen Ausdruck.

Die durchschnittlichen Anteile von Eigenland, sowie deren Bewegungen weisen in einigen Landkreisen Unterfrankens darauf hin, daß das Betriebsgrößenwachstum der Aussiedlerbetriebe mit der Zunahme von Eigenland verbunden sein kann, so wie in Würzburg und Gerolshofen. In diesem Landkreis liegt der Eigenlandanteil der Aussiedlerbetriebe 1966 weit über dem Durchschnittswert aller Betriebe. Wie die Befragung einiger Aussiedler dort ergab, liegen die Gründe einmal in dem Wunsch, die teueren und großen Aussiedlungen flächenmäßig langfristig "abzusichern", zum zweiten waren die Erträge durch Intensivkulturen und durch gleichzeitig sehr rationell betriebene Viehhaltung ausreichend für Landzukäufe trotz der relativ hohen Bodenpreise (vgl. Karte 9).

Im allgemeinen ist die Zunahme von Eigenland im Zusammenhang mit der jeweiligen Grundstruktur zu sehen und "als Anglei-

chen" an die Grundstruktur zu interpretieren. Dieses Ziel der Anpassung wird **ganz bewußt vollzogen**, indem die Aussiedlerbetriebe sich dem üblichen "Verhalten" anpassen wollen. Insbesondere in agrarisch orientierten Gebieten stellt ein hoher Eigenlandanteil ein Zeugnis der "bäuerlichen Solidität und des wirtschaftlichen Erfolges" aus. Der in diesen Gebieten geringe Pachtlandanteil, der manchmal unter 5 % liegt, ist auch als Ausdruck traditionellen Verhaltens zu sehen. Dies kann **sich bei weiterer zunehmender Abwanderung aus der Landwirtschaft ändern**, sowie bei gleichzeitig auftretendem höheren Angebot an Pachtland. Die im Durchschnitt höheren Anteile von Eigenland sind z.B. in den unterfränkischen Gäugebieten um Würzburg, Ochsenfurt, Gerolshofen und um Uffenheim, sowie im niederbayerischen Gäuboden und im Rottal zu finden. Die geringen durchschnittlichen Wachstumsraten der Betriebsgrößen sind in diesen Gebieten in erster Linie auf die retardierend wirkenden hohen Kaufpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen zurückzuführen. Insgesamt haben aber die Aussiedler in Unterfranken mit mehr Eigenland als mit Pachtland aufgestockt (siehe Tabelle 4).

Die schon erwähnte "Kongruenz" der Betriebsgrößen und Besitzstrukturen der Aussiedlerbetriebe mit allen übrigen landwirtschaftlichen Betrieben im Jahre 1966 erklärt **auch die regionalen unterschiedlichen Betriebsgrößen** und Besitzstrukturen der Aussiedlerbetriebe in ganz Bayern. Diese regionalen Differenzen sind auf dem Hintergrund der jeweiligen Grundstrukturen zu sehen. Die "Kongruenz" bei den Eigenlandanteilen ist bei einem Teil der Werte nicht so zwingend. Es fallen bezeichnenderweise die wesentlich höheren Pachtlandanteile der Aussiedler im Jahre 1966 im Vergleich zu den übrigen Betrieben in den stärker industriell orientierten Landkreisen heraus. Nicht nur die größere Bodenmobilität hinsichtlich des Pachtlandes, sondern auch die höheren Kaufpreise für Eigenland in diesen Gebieten (vgl. Karte 9) führten dazu, daß das Betriebsgrößenwachstum überwiegend auf diesem Wege vollzogen wurde (vgl. auch die Ergebnisse nach der Gemeindetypisierung).

Tabelle 5:

Betriebsgrößen und Besitzstruktur von Aussiedlerbetrieben
im regionalen Vergleich mit den übrigen landwirtschaftli-
chen Betrieben

LANDKREISE	LN Auss. vor	LN Auss. 1966	LN alle 1966	LN ¹⁾ V 1966	% EI Auss. vor	% EI Auss. 1966	% EI alle 1966	% EI ¹⁾ V 1966
Alzenau	11,8	19,5	12,2	20,0	65,5	72,2	64,1	56,5
Aschaffenburg	12,7	17,1	16,5	23,3	69,2	70,3	67,1	67,3
Obernburg	11,8	19,0	14,4	20,8	56,8	71,1	68,4	64,4
Würzburg	14,2	16,8	15,6	17,6	73,0	79,5	77,5	77,5
Kitzingen	14,3	16,9	13,8	17,8	75,1	76,8	82,5	83,9
Gerolzhofen	13,2	15,5	13,0	17,3	77,0	96,0	86,0	84,6
Ochsenfurt	16,2	17,0	16,4	18,6	82,0	85,3	85,0	85,6
Uffenheim	17,0	18,5	16,0	19,4	88,7	86,2	87,2	89,6
Naiba	17,5	23,1	19,3	24,9	71,1	70,4	77,0	74,4
Hof und Rehau	17,8	19,5	22,2	28,8	86,4	80,0	84,8	85,7
Wunsiedel	18,6	22,3	19,5	24,0	81,8	73,1	78,5	78,8
Waldmünchen	17,1	20,7	18,6	22,0	91,6	92,0	95,6	96,7
Schwabach	12,6	13,8	11,3	15,5	86,4	85,2	88,3	91,7
Dinkelsbühl	12,0	15,1	12,9	17,7	76,4	80,1	94,1	95,7
Nördlingen	11,4	14,5	12,2	16,9	78,0	75,2	87,3	90,0
Neu-Ulm	13,8	16,8	15,0	17,9	84,0	75,1	82,3	84,9
Günzburg	15,3	16,8	13,3	16,8	73,1	72,2	82,2	84,2
Dillingen	12,9	16,9	14,6	18,4	77,7	69,4	82,1	81,8
Ingolstadt	15,3	16,8	17,1	20,2	95,5	92,0	81,6	82,7
München	19,8	23,1	29,5	34,1	77,8	69,3	85,0	85,3
Mühlendorf u. Altötting	15,4	18,7	19,5	22,1	89,5	95,2	96,8	97,0
Memmingen	16,0	17,9	16,3	19,6	94,2	94,4	92,8	94,4
Weilheim	18,8	24,1	22,9	28,9	93,0	97,1	94,7	94,5
Rosenheim	15,3	16,8	17,3	22,6	95,5	92,0	92,5	93,2

1) Abkürzungen und Quellenangabe siehe Tabelle 4

Das erwähnte Bild der "Übereinstimmung" der durchschnittlichen Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse der Aussiedlerbetriebe mit den übrigen Betrieben im Jahre 1966, bietet sich insbesondere im nordöstlichen Teil von Oberfranken und der Oberpfalz, sowie im Bayerischen Wald. Insgesamt ist wesentlich weniger "Bewegung", d.h. Betriebsgrößenwachstum und Verschiebung der Besitzstrukturen bei den Aussiedlerbetrieben zwischen den Werten vor der Aussiedlung und im Jahre 1966 festzustellen, und die Anteile des Eigenlandes an der LN unterscheiden sich großenteils nur wenig im Jahre 1966 von denen der übrigen Betriebe. Ein vergleichsweise höherer Prozentsatz Eigenland - in Übereinstimmung mit dem Grundmuster - und ein **oft geringes Betriebsgrößenwachstum** bei der Aussiedlerbetrieben ist z.B. bei den Durchschnittswerten folgender Landkreise feststellbar: Coburg, Kronach, Waldmünchen, Neunburg vorm Wald, Vohenstrauß, Oberviechtach, Regen, Viechtach und Kötzing.

In diesen agrarisch orientierten Landkreisen liegen die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlerbetriebe 1966 **manchmal** unter den allgemeinen Durchschnittswerten. Der hohe Anteil an Eigenland ist Ausdruck einer unelastischen Besitzstruktur in Gebieten, in denen eine allgemeine große Aufstockungsnotwendigkeit besteht. **Die natürlichen Produktionsbedingungen verlangen dort im allgemeinen größere Betriebseinheiten**, z.B. bei Grünlandbetrieben. Andererseits besteht relativ wenig Abwanderung in nichtlandwirtschaftliche Berufe. Die höheren Pachtlandanteile der Aussiedlerbetriebe und diejenigen der übrigen Betriebe in den Landkreisen Naila, Hof und Rehau sind auf die größere Bodenmobilität in stärker industrialisierten Gebieten zurückzuführen. In den Landkreisen Tirschenreuth, Kulmbach und Lichtenfels, Eschenbach und Vohenstrauß ist das etwas stärkere Betriebsgrößenwachstum der Aussiedlerbetriebe mit der Zunahme des Pachtlandanteils verbunden, der sich deutlich von den übrigen Werten im Jahre 1966 abhebt.

In vielen Bereichen Mittelfrankens und im nördlichen Schwa-

ben weisen die Aussiedlerbetriebe im Jahre 1966 einen größeren Pachtlandanteil als die übrigen Betriebe auf. Die durchschnittlichen Betriebsgrößen liegen bei den Aussiedlern sowohl vor der Aussiedlung als auch überwiegend im Jahre 1966 sehr niedrig, in Analogie zu der allgemeinen Betriebsgrößenstruktur. Teils ist dies auch auf den Einfluß von Sonderkulturbetrieben mit zusätzlichem weiteren Anbau zurückzuführen wie der Hopfenanbau im Landkreis Schwabach. Die Wachstumsraten der Betriebsgrößen in den Landkreisen Eichstätt, Gunzenhausen, Dinkelsbühl und Nördlingen zeigen, daß viele Aussiedler ihre zur Zeit der Aussiedlung sehr geringen Betriebsgrößen doch aufstocken konnten.

Eine größere Pachtlandmobilität ist auch im übrigen Schwaben (außer im Alpenraum) festzustellen, wodurch die Betriebsgrößen der Aussiedler sich relativ gut entwickelt und teilweise mit den Werten nur der Vollerwerbsbetriebe gleichgezogen haben, wie in Krumbach und Schwabmünchen. Stärkeres Betriebsgrößenwachstum und größere Bodenmobilität ist auch in den industriell orientierten Landkreisen Ingolstadt, Kehlheim, München, Neu-Ulm, Günzburg und Augsburg zu sehen (vgl. auch Tabelle 4). Wie die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlerbetriebe in München und z.B. in Dachau und Aichach, Freising, Erding, Mallersdorf, Starnberg und Garmsch-Partenkirchen zeigen, die alle unter den Durchschnittswerten jeweils aller landwirtschaftlicher Betriebe im Jahre 1966 liegen (vgl. Karte 6), sind dem Betriebsgrößenwachstum erhebliche Grenzen gesetzt. Dies liegt in diesen Gebieten an den hohen Kaufpreisen und den geringeren Möglichkeiten Pachtland zu erhalten. Darauf weisen auch die im allgemeinen höheren Anteile des Eigenlandes hin.

Analog sind die Verhältnisse in einigen Landkreisen des Alpenraumes, wo die vergleichsweise höheren Anteile des Eigenlandes aller Betriebe und der Aussiedlerbetriebe auf relativ unelastische Bodenmobilität zumindest in kürzeren Zeiträumen hinweisen. (Die Bodenmobilität, die mit der Nutzungsänderung von z.B. landwirtschaftlich genutztem Boden

zu Wohnsitzen oder zu industrieller Nutzung verbunden ist, wurde hier ja außer Acht gelassen.) Wo trotz relativ hoher Kaufpreise eine Besitzkonsolidierung stattfand, kann man dies einmal als eine Anpassung an die allgemein übliche Struktur, ganz allgemein aber auch als eine Art "Vermögensanlage" sehen, wie im Falle der Bewegung im Landkreis Weilheim. Das erstere wird wohl auf die Bewegung des Durchschnittswertes für Eigenland für die Aussiedler in Wasserburg und Ebersberg zutreffen, wo ein vergleichsweise sehr hoher Anteil Pachtland zur Zeit der Aussiedlung bis 1966 reduziert wurde, und ähnlich wird es sich im Falle der Bewegungen in den Landkreisen Landshut, Vilsbiburg und Eggenfelden verhalten.

Die Tatsache, daß die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlerbetriebe oft nur wenig über den Durchschnittswerten aller Betriebe, teils sogar darunter liegen und nur ganz selten die gleiche Höhe wie die **der Vollerwerbsbetriebe** erreichen, läßt den Schluß zu, daß das eingangs erwähnte Ziel sehr oft nicht erreicht wurde. Im allgemeinen unterscheiden sich die Betriebsgrößen der Aussiedlerbetriebe kaum vom Durchschnitt aller Betriebe. Die Aussiedlerbetriebe haben sich also nicht nur zu Vollerwerbsbetrieben entwickelt. Deshalb sind zu den bisher genannten Gründen noch einige weitere wichtige Gründe zu erwähnen.

Auf Grund der Bestimmungen für die Mindestbetriebsgrößen sind aus heutiger Sicht und aus Kenntnis der wachstumshemmenden Faktoren (die allerdings etwa ab 1960 schon klar in Erscheinung traten) teils viel zu kleine Aussiedlerbetriebe **ausgesiedelt** worden. Dies entsprach der damaligen agrarpolitischen Konzeption, die ja auch "zu große" Betriebe, etwa von der doppelten Mindestbetriebsgröße, nicht in das Aussiedlungsprogramm miteinbezog (es sei denn z.B. aus Gründen der Verkehrsplanung). Den "Kleinen und Tüchtigen" sollte ja geholfen werden.

Die Durchschnittswerte der Aussiedlungen nach Aussiedlungsjahrgängen (vgl. Schaubild 3) zeigen, welche Betriebsgrößen bis 1960 ausgesiedelt wurden, so z.B. für ganz Bayern 1957 13,5 ha, 1958 13,5 ha, 1959 13,4 ha und 1960 14,1 ha. Die höheren Durchschnittswerte der Aussiedlungen von 1953 bis 1956 sind darauf zurückzuführen, daß diese nur im Flurbereinigungsverfahren ohne Mindestbetriebsgrößenbestimmungen, also je nach Situation und Finanzkraft des Bauern erfolgten.

Weiterhin liegen in der Berechnung der Mindestbetriebsgrößen mehrere "Konstruktionsmängel". Das "Endziel" von dem ausgegangen wurde, das Familieneinkommen (bzw. Einkommen pro Arbeitskraft), wurde zu niedrig angesetzt (vgl. Kapitel A). Dazu wurde in der Übertragung dieses Zieles auf die Fläche zum einen lange Jahre von einer schematischen Beziehung zum Rohertrage und der natürlichen Ertragsfähigkeit (z.B. nach der Ertragsmeßzahl, oder dem Einreihungswert) ausgegangen und andere Faktoren wie Vermarktungsbedingungen meistens außer acht gelassen. Zum zweiten wurden der Sachaufwand und die allgemeinen sonstigen Aufwendungen, die vom Rohertrag abgezogen wurden (um den Ertrag bzw. das Einkommen zu erhalten), zu niedrig angenommen. Es wurden insbesondere keine Beträge für Nachfolgeinvestitionen eingesetzt, die, wie die Untersuchungen ergaben, fast immer anfallen (vgl. Kapitel D).

Ab 1959 wurde eine Aussiedlung im allgemeinen nur dann genehmigt, wenn die nachhaltige Kapitaldienstgrenze¹⁾ keine "untragbaren" Werte ergab. In diesem Schema wurde die finanzielle Belastbarkeit eines Aussiedlerbetriebes nach obigen Gedankengang berechnet (einschließlich der genannten Mängel), wobei als nachhaltige Kapitaldienstgrenze die effektive Geldsumme verstanden wurde, die entsteht, wenn zum tatsächlichen Einkommen der Familie aus der Landwirtschaft

1) Priebe, H., Die nachhaltige Kapitaldienstgrenze, in: Innere Kolonisation..., a.a.O., Jg. 1959, S. 51-54.

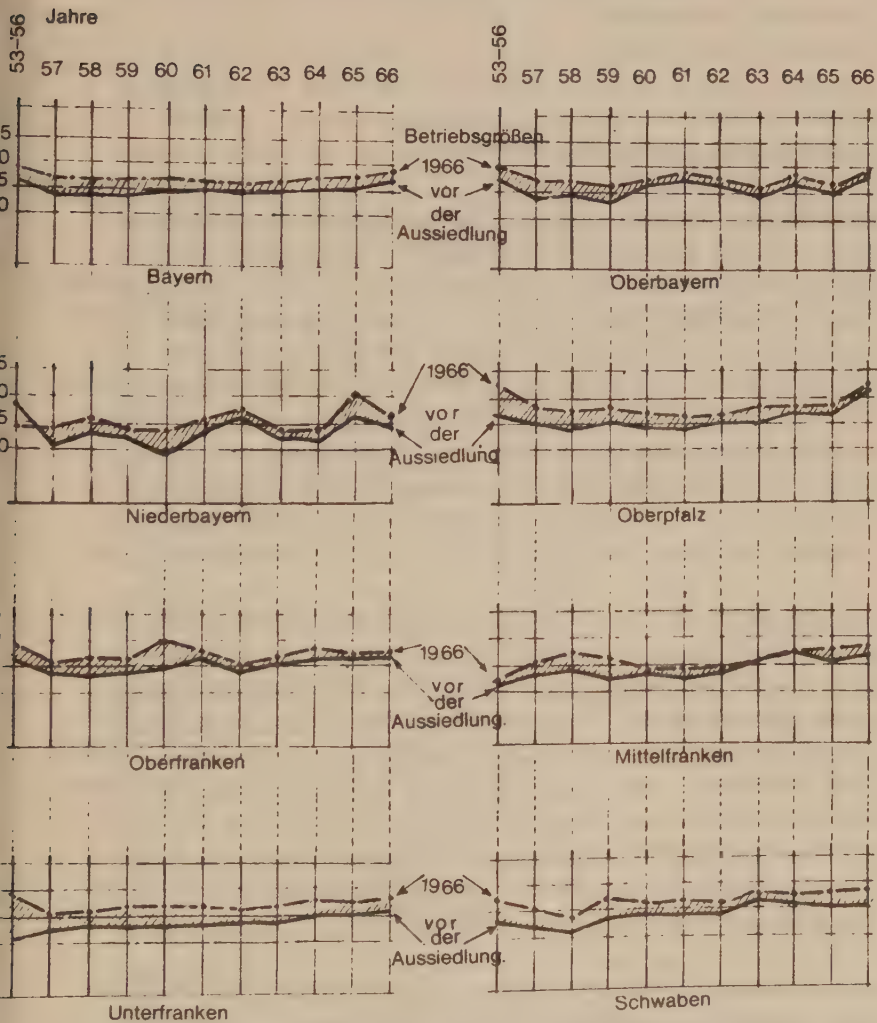
(nach Abzug der Steuern, Pacht usw.) noch das außerlandwirtschaftliche Einkommen addiert wird. Gerade durch diese letzte Bestimmung sollten auch kleinere Betriebe einen finanziellen Bewegungsraum erhalten, ganz abgesehen davon, daß die ersten Richtlinien Betriebe mit Zu- oder Nebenerwerb allgemein nicht ausgeschlossen haben bzw. konnten.

Ein mit dem Ziel des bäuerlichen "Vollerwerbs-Familienbetriebes" nicht übereinstimmendes Ergebnis liegt aber nun darin, daß ein Teil der Aussiedler oder der Hoferben den Zu- oder Nebenerwerb beibehielten, bzw. neu aufnahmen. Wird in diesem Zusammenhang auf eine betriebliche Expansion, d.h. im allgemeinen auf ein Betriebsgrößenwachstum "verzichtet", einmal weil ja die Tilgungsraten "bequemer" auf diesem Wege erwirtschaftet werden können, zum zweiten aus Gründen der arbeitsmäßigen Doppelbelastung, so kann festgestellt werden, daß auch aus diesen Gründen das Betriebsgrößenwachstum sich als zu niedrig ergeben mußte. Dieses Verhalten trifft sicher für einen Teil der Aussiedler zu.¹⁾ Auf die Notwendigkeit des zusätzlichen außerlandwirtschaftlichen Einkommens bei Aussiedlungen in Mittelgebirgslagen wird später eingegangen werden. Die Ursachen liegen hier u.a. in der im Verhältnis zu den Kosten zu geringen Ertragsfähigkeit des Bodens, verbunden mit zu geringen Betriebsgrößen. Die Bestimmungen sind also nicht konsequent genug auf den bäuerlichen "Vollerwerbs-Familienbetrieb" ausgerichtet gewesen. Hierdurch wird u.a. auch die Übereinstimmung des sozialökonomischen Grundmusters (in Kapitel D) erklärt.

Als weiterer entscheidender Grund des geringen Betriebsgrößenwachstums ist die geringe Ertragslage vieler Aussiedlungen zu sehen, welche eine zügige Selbstfinanzierung bei bestehenden Kaufpreisen nicht ermöglichte, so daß sie viel-

1) Es konnte an Hand der Untersuchung von 103 Aussiedlerbetrieben bei etwa 10 % festgestellt werden, doch verbietet sich (wegen der nicht repräsentativen Auswahl) die Übertragung auf alle Aussiedlungen.

Die Betriebsgrößen der einzelnen Aussiedlungsjahrgänge von 1953 bis 1966 vor der Aussiedlung und 1966 in den Regierungsbezirken Bayerns.



Quelle: Errechnet aus den Angaben der bewilligten Anträge zur Aussiedlung a.a.O., und aus Angaben aus der agrarstrukturellen Rahmenplanung Bayerns 1966.

fach nicht eine entsprechend rentable Ausnützung der durch die Aussiedlung geschaffenen Kapazitäten an Gebäuden und Maschinen erreichten.

II. Probleme der Bodenmobilität

In den untersuchten Aussiedlerbetrieben wurde die Pachtdauer und in den Aussiedlergemeinden die Landabgabe verschiedener Sozialgruppen untersucht. Je länger die Geltungsdauer der geschlossenen Pachtverträge ist, desto mehr nähert sich die wirtschaftliche Stellung des Pachtlandes dem des Eigenlandes und kann somit in langfristige Betriebsplanungen und Betriebsumstellungen einbezogen werden. Kurze Pachtdauer erhöht die Unsicherheit im Wirtschaftsablauf, der im Falle der Aussiedlung und des meist knapp berechneten wirtschaftlichen Erfolges bezüglich der Produktionsgrundlagen Boden und Kapital für Jahre hinaus einen festen Rahmen haben muß.

Aus den Angaben von über 440 Pachtfällen wurden die Werte über die Pachtdauer verarbeitet, wobei jedoch leider die jeweilige Staffelung des Umfanges des Pachtlandes nicht exakt abzulesen war. 21 v.H. der Fälle wiesen eine Pachtdauer bis zu einem Jahr auf mit entweder jährlicher Kündigung oder Kündigung jederzeit. Weitere 7 % wiesen eine Pachtdauer bis zu 3 Jahren auf, womit rund 28 % auf relativ kurzfristiges Pachtland angewiesen sind. Eine Pachtdauer von 3 bis 5 Jahren hatten 33,5 % und 5 - 10 Jahren 30 %, über 10 Jahre nur 8,5 % der untersuchten Aussiedlungen.

Die kurzfristigen Pachtverträge sind meistens nur mündlich geschlossen und werden oft ebenso verlängert. Unter dem Pachtland mit einer Dauer von 5 Jahren befindet sich oft Land, das im Besitz von Verwandten steht und dem Aussiedler deshalb langfristig überlassen wurde, damit dieser zur Zeit der Aussiedlung die Mindestbetriebsgröße erreichen konnte. Ab 1962/63 ist eine leichte Tendenz zu längeren Pachtzeiten zu erkennen. Außer in Unterfranken mit etwa 3 %, beträgt

der gepachtete Anteil an Grünland im Durchschnitt 25 %, der überwiegende Rest ist gepachtetes Ackerland.

In erster Linie kommt der schrittweisen Aufstockung die größte Bedeutung zu. Bei der allgemeinen Aufstockungswilligkeit aller Bauern werden Aussiedler gezwungen, sowohl Grundstücke zu kaufen, als auch zu pachten, die in nicht geringer Entfernung von ihrem neuen Gehöft liegen können. Sie müssen unter Umständen auch in Nachbargemeinden ausweichen. Es gibt Fälle, in denen innerhalb von etwa 5 Jahren bis zu zehnmal aufgestockt wurde, ein Vorgehen, das neben der in Kauf zu nehmenden Besitzersplitterung auch oft eine dörfliche Diplomatie von erheblichem Umfang nötig machte. Die Gruppen, die einmal durch die Verwandtschaft geprägt sein können, oder die im Falle der Aussiedlung auch auf Grund des Neides bzw. des persönlichen Erfolges des Aussiedlers sich herausbildeten (dies konnte zum Beispiel in Unterfranken öfter beobachtet werden), üben dann eine starke Wirkung bezüglich der Bodenmobilität aus. In negativer Hinsicht trifft dies öfters die Aussiedler mit ortsfernen Standorten, wobei die ortsnahen Aussiedler durch ihren ständigen Kontakt mit abgabewilligen Eigentümern in vielen Fällen im Vorteil waren. Bei ortsfernen Standorten und Weilern wurde zum Auspielen der Konkurrenz allzuleicht etwa formuliert: Der da draußen hat's gut, hat mit Staatsgeldern gebaut ..., der gehört nicht mehr zu uns und hält sich für etwas Besseres ..., wodurch Ressentiments geschickt ausgenutzt werden konnten. Die absoluten Hektarbeträge der Aufstockungen in den untersuchten Aussiedlungen der Mittelgebirgsgruppe, in den Ackerbaubetrieben Unterfrankens und in den Aussiedlungen Oberbayerns geben im Jahre 1967 auch die in der Karte 4 gezeigten Tendenzen wieder. In der ersten Gruppe erfolgte etwa gleichviel Zukauf wie Zupacht, nämlich 95 ha zu 91 ha. In der zweiten Gruppe erfolgte weniger Zukauf als Zupacht mit 80 ha zu 95 ha, in der dritten Gruppe analog mit 22 ha zu 64 ha.

Eine weitere Unterscheidung betrifft die Frage, ob der Verkäufer bzw. der Pächter ortsansässig ist oder nicht (d.h.

rechtlich gesehen in der Gemeinde wohnt). Diese Unterscheidung wurde bei 88 Pacht- und 66 Kauffällen vorgenommen. Insgesamt ist beim Kauf das Verhältnis von ortsansässig zu nicht ortsansässig 45 zu 21, bei der Pacht 64 zu 24. Im ersten Fall wird sehr oft landwirtschaftlicher Boden aus der näheren und weiteren Verwandtschaft gekauft, die beruflich aus der Landwirtschaft ausgeschieden ist, entweder nur als Rentner lebt oder einen Berufswechsel vornahm. Dies konnte öfters bei Aussiedlungen in Oberbayern gefunden werden. Beim Kauf beträgt die Zahl der Besitzübernahmen aus dem Kreis der Verwandten zu Nichtverwandten 23 zu 43, bei den Pachtfällen bezeichnenderweise dagegen nur 13 zu 75. In 39 Kauffällen und 53 Pachtfällen erfolgte die Landabgabe (welches die Aussiedler aufgenommen hatten) von Landwirten, die zuvor ganz oder teilweise aus der Landwirtschaft ausgeschieden waren. Der Übergang des Ausscheidens vollzog sich meistens schrittweise über den Status eines Zu- oder Nebenerwerbsbetriebes. In 11 Fällen haben größere Landwirte Land zum Kauf oder zur Pacht abgegeben, in 16 Kauffällen und in 12 Pachtfällen haben Nicht-Bauern Land abgegeben (zum geringsten Teil aus Gemeinde- oder Staatsbesitz). Es wird also überwiegend nur durch die Abwanderung von Landwirten aus der Landwirtschaft der Boden frei, den die Aussiedler zum Aufstocken benötigen. Zweitens steht fest, daß für den Zukauf in erster Linie das Land aus dem Besitz der näheren und weiteren Verwandtschaft stammt.

C. DIE KAUF- UND PACHTPREISE LANDWIRTSCHAFTLICHER NUTZ- FLÄCHEN IN BAYERN 1965/66 UND IHR EINFLUSS AUF DIE BETRIEBSGRÖSSEN UND DIE BESITZSTRUKTUR DER AUSSIEDLUNGEN

I. Die Bestimmungsgründe der Kauf- und Pachtpreise

Die Bestimmungsgründe werden im folgenden mehr im entscheidungstheoretischen Sinne für die praktische Anwendung auf einzelne Gebiete und für die Erklärung der Verteilung der Preishöhen im Raume angewandt. Als eine wesentliche Grundlage ist festzuhalten, daß der Bodenmarkt ein typisch unvollkommener Markt ist. Die Teilung in Einzelmärkte kann oft bis auf einzelne Grundstücke vorgenommen werden, wenn diese sich in bezug auf ihre Nutzungsmöglichkeiten stark unterscheiden und durch sachliche, räumliche, zeitliche und persönliche Präferenzen ein verschiedenes Angebot darstellen. Es handelt sich weiter im folgenden nur um den partiellen Markt und nicht um Grundstücksverkäufe mit Haus und Hof.

Die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten führen bei den einzelnen Interessenten zu mehr oder weniger bestimmbarer Wertvorstellungen. Die Motive und Erwartungen des Kaufes können manchmal als Kapitalisierung des erwarteten Ertrages, in diesem Fall des landwirtschaftlichen Ertrages festgehalten werden. Sehr oft läßt sich der Nutzungsgewinn nicht in Zahlen ausdrücken und persönliche, nicht ökonomische Wertvorstellungen bestimmen zusätzlich die Kauflust und Bereitschaft, Preise bis zu einer gewissen Höhe zu zahlen. In der Regel bilden verschiedene Interessenten die Nachfrageseite, wobei es dann auf Grund von Verhandlungen mit der Angebotsseite zur endgültigen Kaufpreisfeststellung kommt.

Wenn nun verschiedene Preise für gleichartige Grundstücke in räumlicher Differenzierung auftreten, so können diese auf die unterschiedlichen Interessengruppen für verschiedene Nutzungsarten zurückgeführt werden. Für den gesamten Boden-

markt einer Volkswirtschaft ist das Angebot fast als fix anzusehen, für die Einzelmärkte insofern als variabel, als die verschiedenen Nutzungsarten einander verdrängen oder austauschen können. Dieser Wandel stellt den räumlich sichtbaren Ausdruck der konkurrierenden Interessen dar. Die verschiedene "Verhandlungsstärke" der einzelnen Nachfrager (sei es in Form der Finanzkraft, wie es meistens der Fall ist, oder auf Grund einer rechtlichen Position), läßt den Kräftigsten (sprich Zahlungskräftigsten) zum Zuge kommen und bestimmt den letzten Kaufpreis.

Von den regional differenziert auftretenden Preisen her kann im umgekehrten Gedankengang auf den Konkurrenzkampf um die verschiedenen Nutzungsarten geschlossen werden. Würden sowohl der Bodenumsatz,¹⁾ als auch die einzelnen Nutzungsarten z.B. in Form einer Sozialkartierung festgelegt werden, so würde zusammen mit der Preishöhe eine geschlossene Kausalkette der Preisbestimmungsgründe vorhanden sein (z.B. Einfluß der Nachfrage für den Straßenbau, für die räumliche Entwicklung der Städte, für Erholungs- und Zweitwohnsitze im Alpenraum).

Das menschliche Handeln, das zu Prozessen und strukturellen Änderungen im Raume führt, kann u.a. am Indikator *r e g i o n a l e V e r t e i l u n g d e r P r e i s e* abgelesen werden. Diese können im Sinne HARTKES als Indices für die Reichweite des menschlichen Handelns (als Niederschlag ihrer Aktionen)²⁾ und zur Abgrenzung von Räumen dienen, welche verschiedene Stadien und regionale Spielformen³⁾

1) Z.B. wie in Rheinland-Pfalz, wo im Jahre 1965 83.000 Grundstücksverkäufe vorgenommen wurden, durchschnittlich 2.000 pro Landkreis, mit einer durchschnittlichen Fläche bei den zu 2/3 vorkommenden Parzellenverkäufen von 0,27 ha, als Folge der Realteilung, im Gegensatz zu 3,1 ha Verkaufsfläche im Durchschnitt bei Hofverkäufen. Pagenstecher, E., Grundstücksverkehr und Bodenmobilität in Rheinland-Pfalz, in: Innere Kolonisation ..., a.a.O., Jg. 1967, S. 110/111.

2) "Diese Spuren (= Niederschlag der Aktionen; Anm.d.Verf.)
(Fortsetzung)

des überall stattfindenden Prozesses der Bodenmobilität ausdrücken.

Im folgenden werden nun die verschiedenen Interessengruppen einschließlich ihrer Motive und Wertvorstellungen näher zu erläutern sein. Es ist hier sinnvoll, zwischen Bodennachfrage zu landwirtschaftlicher und nicht landwirtschaftlicher Nutzung zu unterscheiden. Im ersten Fall wird durch den kapitalisierten Reinertrag eines bewirtschafteten landwirtschaftlichen Grundstückes der sog. Ertragswert gebildet,¹⁾ der einen ökonomischen Rahmen für Preisvorstellungen und -verhandlungen der landwirtschaftlichen Nutzung bildet. Sowohl der Zinsfuß für die Kapitalisierung als auch der Reinertrag unterliegen Änderungen, welche den Ertragswert selbst und somit die Preisvorstellungen bzw. -angebote beeinflussen. Der Zinsfuß wird als kalkulatorische Größe im allgemeinen zwischen 3 und 4 % angesetzt, der mit dem Reinertrag zu multiplizierende Kapitalisierungsfaktor beträgt dann 33,3 bis 25. Bei Verwendung von Fremdkapital muß die Berechnung etwas geändert werden.

(Fortsetzung)

...können Indices sein für die Existenz, die Reichweite und die Begrenzung von Räumen im Prinzip gleichen, im einzelnen u.U. sehr vielseitigen und komplizierten menschlichen Verhaltens. Man kann diese Räume als sozialgeographische Räume bezeichnen."

Hartke, W., Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens, a.a.O., S. 427.

3) Ebd., S. 429.

- 1) Die Berechnung erfolgt nach folgendem Gedankengang: Die Summe der auf den Zeitpunkt des Kaufs mit dem langfristigen Kapitalmarktzins diskontierten Grundrenten, bzw. Erträge, darf nicht kleiner sein als der Kaufpreis des Grundstückes. Vgl. auch Schneider, E., Einführung in die Wirtschaftstheorie, Zweiter Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 8. Aufl., Tübingen 1963, S. 230-259.

Der Reinertrag pro ha ist die Differenz zwischen Rohertrag und Aufwand, die beide von den regional verschiedenen Produktionsbedingungen, den Betriebsformen, dem Grad der Rationalisierung und Mechanisierung, den persönlichen Führungsqualitäten, der Lage zum Beschaffungs- und Absatzmarkt und den Preisen für die Bezugs- und Verkaufsprodukte bestimmt werden. Da alle diese Faktoren sich sowohl zeitlich ändern als auch regional verschieden sind, werden unterschiedliche Ertragserwartungen und Preisvorstellungen pro ha in der Realität vorherrschen.

Auf lange Sicht werden preiserhöhende Wirkungen im Zusammenhang mit folgenden Änderungen¹⁾ stehen: Wandel in den natürlichen Voraussetzungen, bzw. Ertragsbedingungen, Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen und Fortschritt der Technik²⁾ (u.a. werden dadurch sandige Böden heute höher eingeschätzt), Wirkung der Agrarpreise, der agrarpolitischen Ziele, der Vermarktungswege und des Agrarrechts im Grundstücksverkehr, allgemeines wirtschaftliches Niveau, Wirkung der Inflationsrate und insbesondere preisteigernde Wirkungen der nichtlandwirtschaftlichen Nutzungen, z.B. im Falle der Baulandverwendung.

Die Nachfrage landwirtschaftlichen Bodens zu nichtlandwirtschaftlicher Nutzung wird teils von Landwirten, aber überwiegend von Nicht-Landwirten zur Geltung gebracht, und umfaßt

1) Vgl. Randow, F.W.v., Kauf und Pachtpreise für landwirtschaftliche Grundstücke in Industrieländern, in: Innere Kolonisation..., a.a.O., S. 290-294, insbes. S. 291.

2) Vgl. Griesbach, H., welcher den Einfluß der Technik auf die relativen Preise (d.h. Bodenpreise in z.B. Arbeitslöhne oder Güterpreise ausgedrückt) untersucht. Griesbach, H., Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Preise landwirtschaftlich genutzten Bodens in Industrieländern. Ein Beitrag zur Theorie der Grundrente und des technischen Fortschritts, in: Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 104, 1966.

sozusagen den zweiten Bereich der Interessentengruppen. Hier muß es unterbleiben, analoge Ertragsrechnungen für bestimmte Käufe aufzustellen. Es soll aber auf die Bedeutung der irrationalen Kaufmotive, die außerhalb der ökonomischen Kapitalisierungsrechnungen liegen, hingewiesen werden. Das Ergebnis des Zusammenwirkens beider Nachfragegruppen für landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Nutzung ist der Verkehrswert, also der im gewöhnlichen Geschäftsverkehr erzielte Preis. "Jeder Käufer zahlt den Preis bis zu dem Wert, den das Grundstück gerade noch für ihn hat."¹⁾ Der landwirtschaftliche Ertragswert spielt dabei eine meist untergeordnete Rolle. Die Differenz zwischen Ertrags- und Verkehrswert ist Ausdruck der Nachfrage zu nichtlandwirtschaftlicher Nutzung des Bodens.

Die räumliche Wirkung der sieben Grunddaseinsfunktionen kann in der hier vorgenommenen Zweiteilung mit der nichtlandwirtschaftlichen Nutzung des Bodens verbunden werden und tritt z.B. bei der Funktion "sich erholen" klar in Erscheinung. Aber am konzentriertesten sind diese Funktionen sozusagen in der Einheit der städtischen Gemeinde verwirklicht. Da im folgenden die durchschnittlichen Preise pro Gemeinde zugrundegelegt werden, können differenzierende Modelle der Kaufpreise für die Stadt nicht angewandt werden.²⁾

Die Geldpacht als Preis für die Überlassung des Bodens zum Zwecke der Nutznießung entsteht auf dem Pachtmarkt, der ebenfalls ein unvollkommener Markt ist. Nicht nur der räumlichen

1) Randow, F.W.v., Der landwirtschaftliche Grundstücksverkehr, Grundstücks- und Pachtpreise, Bd. 138 der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1961, S. 11.

2) Vgl. z.B. Alonso, W., A theory of the urban land market, in: Papers and Proceedings of the Regional Science Association, Washington D.C., Vol. VI, 1960, S. 154 und ff. Polensky, Th., Die regionale Differenzierung der Grundstückspreise im Stadtgebiet München, Diplomarbeit 1967, Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität München.

und sachlichen Unterschiede wegen, sondern im größeren Ausmaß auf Grund der persönlichen Präferenzen und Beziehungen zwischen Pächter und Verpächter allgemein, werden verschiedene Pachtpreise für gleichartige Grundstücke gezahlt. Weiterhin ist die Pachtdauer insofern preisbildend, als kurze Pachtzeiten ertragsvermindernd wirken, da das Einsatzrisiko von Dünger und Neuanschaffungen für den Pächter vergrößert wird. Sind nur kleine und räumlich verstreute Grundstücke zu pachten, so kann aus wirtschaftlichen Gründen und aus Gründen der Verkehrssicherheit sogar bei sehr niedrigen Pachtpreisen das Pachtland nicht rentabel bewirtschaftet werden. In der Regel folgen die erzielten Pachtpreise den Ertragswerten. "Der Pachtpreis kann generell in seiner Höhe als angemessen bezeichnet werden, wenn er einerseits bei Berücksichtigung der pachtvertraglichen Nebenleistungen einen ordnungsmäßig wirtschaftenden Pächter im Durchschnitt der Jahre außer einer normalen Verzinsung seines im Betriebe angelegten Kapitals die Erzielung eines im Durchschnitt ähnlich gelagerter Betriebe entsprechenden Unternehmergewinnes gestattet, andererseits der Verpächter eine Rente erhält, die einer der hohen Sicherheit der Kapitalanlage entsprechenden relativ niedrigen Verzinsung entspricht."¹⁾

II. Die Kauf- und Pachtpreise der landwirtschaftlichen Nutzflächen in den Gemeinden Bayerns 1965/66

Die in der agrarstrukturellen Rahmenplanung Bayerns erfaßten Kauf- und Pachtpreise für Parzellengrundstücke sind für Großstädte über 100.000 Einwohner nicht erfaßt worden, und sie fehlen weiterhin in einigen Gemeinden, in denen 1965/66 kein Grundstücksverkehr erfolgte. Es wurden Preise bis maximal DM 100.000 pro ha aufgenommen. Die Angaben be-

1) Randow, F.W.v., Der landwirtschaftliche Grundstücksverkehr, a.a.O., S. 32/33.

ziehen sich auf den geringsten und höchsten Kauf- und Pacht-
preis pro Gemeinde, sowie auf den häufigsten Wert. Bezüglich
der Probleme der Preiswahrheit ist kurz folgendes zu bemer-
ken.¹⁾

Im vorliegenden Falle haben die Landwirtschaftsämter als
Ausführende dieser Aufgabe, auf Grund des Gesetzes über die
Grunderwerbsteuerfreiheit für die Aufstockung landwirtschaft-
licher Kleinbetriebe und für die Eingliederung der Vertrie-
benen und Flüchtlinge in die Landwirtschaft, seit 1958 Ein-
blick in die Kauf- und Pachtpreise. In ihren Händen lag
die Bearbeitung des Vorganges. Weiterhin wurde in Gesprächen
mit Obmännern des Bauernverbandes und mit Bürgermeistern die
ihnen bekannten Preise nötigenfalls korrigiert. Somit ist
ein ziemlich hoher Grad der Preiswahrheit anzunehmen.

Im folgenden werden einige Räume in Bayern mit Hilfe des In-
diktors Kauf- und Pachtpreise abgegrenzt. Die Verteilung
der Pachtpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen sei kurz
vorweggenommen; vgl. auch Karte 11, in welcher die häufig-
sten Werte für die Gemeinden Bayerns 1965/66 verarbeitet sind.

Die Verteilung der Pachtpreise folgt ziemlich genau der Er-
tragsfähigkeit des Bodens. Diese kann in Form der Ertrags-
meßzahl²⁾ festgehalten werden und auf die Gemeinden bezogen,
jeweils als durchschnittlich bereinigte Ertragsmeßzahl, nie-

1) Randow hat sich ausführlich mit drei Hauptursachen von un-
wahren Bodenpreisangaben beschäftigt: Erstens die Neben-
absprachen bei Kaufverträgen, insbesondere auf Grund der
verschiedenen Genehmigungspraxis der entsprechenden Behör-
den, zweitens die Wirkungen der Grunderwerbsteuer und
drittens Verschleierung aus Furcht vor dem Finanzamt. Er
hat auch eine Untersuchung über ihre Auswirkung bezüglich
der Preishöhe vorgenommen. Randow, F.W.v., Der landwirt-
schaftliche Grundstücksverkehr, a.a.O., S. 86 ff.

2) Zur Beziehung zwischen dem Einreihungswert des Bodens
und der Ertragsmeßzahl vgl. Roemer - Scheibe - Schmidt -
Woermann: Handbuch der Landwirtschaft, Berlin - Hamburg
1954, S. 736 ff. und S. 745.

dergelegt werden (vgl. Karte 12). Die Gebiete mit hohen Pachtpreisen von durchschnittlich 300.- DM pro ha bis 580.- DM sind identisch mit den Gebieten überdurchschnittlicher Ertragsfähigkeit in Bayern. Es sind dies die Gäugebiete im unterfränkischen Raum um Ochsenfurt, Kitzingen, Gerolshofen, südlich von Schweinfurt und um Uffenheim; das Nördlinger Ries, das Donaumoos, insbes. südlich von Neuburg an der Donau; dazu einige Gebiete im nördlichen und mittleren Schwaben; sowie fast die ganze niederbayerische Ebene, insbes. die Hallertau, das Rottal und das eigentliche Gäugebiet südöstlich von Regensburg bis Vilshofen. Diese Gebiete sind umgrenzt von Pachtpreiszonen in Höhe von 180.- DM pro ha bis 300.- DM.

Neben kleineren, etwas höheren Preisregionen, z.B. in der Cham-Furth-Senke, um Königshofen im Grabfeld, Staffelstein und Forchheim, wo die Pachtpreise zwischen 180.- DM pro ha und 300.- DM liegen und den Ertragsmeßzahlen parallel verlaufen, die hier etwa zwischen 40 und 50 betragen (im Vergleich zu den Werten zwischen 50 und 70 in den erstgenannten Räumen), sind die Regionen mit extrem niedrigen Pachtpreisen hervorzuheben. Insbesondere in den Räumen, in denen die Ertragsmeßzahlen unter 35 liegen, findet sich ein Pachtpreinsniveau unter 150.- DM pro ha, teils sogar unter 90.- DM pro ha. Es handelt sich um die Mittel- und Hochgebirgslagen wie den Spessart, die Rhön, den Frankenwald, das Fichtelgebirge, den Oberpfälzer- und den Bayerischen Wald und um die Alpen. Im letzteren Raum sind allerdings die Ausnahmen zu finden, in denen das Pachtpreinsniveau nicht der Ertragsmeßzahl parallel verläuft, sondern höher liegt; es sind Gemeinden in den Landkreisen Sonthofen, Füssen und Miesbach, wo die Pachtpreise über 150.- DM bis über 300.- DM betragen. Die Ursachen sind wohl darin zu sehen, daß für die verstärkte Viehwirtschaft insbes. im Tale mit verstärkter Stallfütterung und geringerem Almauftrieb mehr Futterflächen benötigt werden, und die Bauern bereit und in der Lage sind,

mehr Pacht zu zahlen.¹⁾

Interpretiert man die Differenzen zwischen niedrigsten und höchsten Kaufpreisen pro ha LN innerhalb einer Gemeinde als Ausdruck der unterschiedlichen Nachfragearten nach landwirtschaftlichem Boden, je stellen die absoluten Differenzen dieser beiden Extremwerte eine umso "verschiedenartigere" Nachfrage dar, je größer sie sind. Absolute Kaufpreisdifferenzen z.B. über 4.000 DM pro ha oder besonders über 6.000.- DM pro ha innerhalb einer Gemeinde sind eindeutig auf die Nachfrage nach Boden zu nichtlandwirtschaftlicher Nutzung innerhalb dieser Gemeinde zurückzuführen. Je größer die Differenzen sind, desto mehr kommt die preissteigernde Wirkung der Bodennachfrage für nichtlandwirtschaftliche Nutzung zur Geltung. Große Differenzen drücken einen starken Nutzungswandel und "viel Dynamik" im Bodenmarkt aus.

Die regionale Verteilung der Gebiete mit hohem Kaufpreisniveau wird durch die Verteilung der absoluten Kaufpreisdifferenzen (vgl. Karte 10) unterstrichen (neben der inhaltlichen Verbindung), so daß letztere im folgenden zur Abgrenzung der Preiszonen dient.

In der regionalen Verteilung der Kaufpreise (vgl. Karte 9, in welcher die häufigsten Werte pro Gemeinde verarbeitet sind) fällt als erstes für Bayern eine grobe Zweiteilung entlang der Donau auf, wobei der südliche Teil überwiegend ein höheres Preisniveau als der nördliche Teil aufweist. In diesem Bereich finden sich jedoch einige Preiszonen und Preiskegel, welche das übrige Niveau weit überragen, das im Durchschnitt unter 12.000.- DM pro ha, teils unter 9.000.-

1) Für den Vergleich der Pachtpreise in Bayern mit denen in der BRD siehe: Brandkamp, F., Struktur und Preisniveau des landwirtschaftlichen Pachtwesens, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Jg. 1965, H. 1, S. 55-83.

und unter 6.000.- DM pro ha liegt, im Gegensatz zum südlichen Teil Bayerns, wo auf der unteren Basis von 12.000.- DM ein Kaufpreinsniveau von über 15.000.- DM und mehr zu finden ist.

Im nördlichen Bayern ist einmal der Preiskegel im Großraum Nürnberg-Fürth zu nennen, wo die Kaufpreise für einen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche im engeren Großstadtraum zwischen 35.000.- DM und 100.000.- DM (und vermutlich über diese Erfassungsgrenze hinaus) betragen. Um diesen Kern liegt ringförmig ein Preisniveau von 20.000.- DM bis 35.000.- DM pro ha und zeigt die starke Verflechtung mit Fürth, Erlangen, Forchheim, Schwabach und Feucht. Im weiteren Umkreis fällt das Preisniveau bis unter 10.000.- DM pro ha. Die absoluten Kaufpreisdifferenzen, die im Raume zwischen Nürnberg, Erlangen und Fürth zum Teil weit über 30.000.- DM pro ha innerhalb einer Gemeinde betragen, sowie in der nächsten Zone zwischen 15.000.- und 30.000.- DM liegen, kennzeichnen die intensive und unterschiedliche Nachfrage nach Boden in diesem Raume. Der Nutzungswandel und die Stoßrichtung der Preisbewegungen (in erster Linie Richtung Fürth und Erlangen) werden hiermit klar unterstrichen.

Der südliche Teil Bayerns wird durch den Preiskegel im Großraum München beherrscht, der sich noch größer und ausgeprägter als der eben genannte darstellt. Die stärkste Ausdehnung der Preiszone von über 35.000.- DM pro ha bis 100.000. DM ist im Norden, Nordosten, Südosten und Süden von München zu sehen und kennzeichnet die intensive Bodennachfrage im Ausdehnungsbereich einer Großstadt für industrielle Nutzung und für die Errichtung von Wohnanlagen.¹⁾ In einem sehr viel

1) Polensky hat die Fortsetzung des Preiskegels nach dem Münchner Stadtzentrum zu nachgezeichnet. Die Spitzenwerte im Zentrum betragen ihrerseits mehr als das Hundertfache der Werte am Stadtrand. Polensky, Th., Die regionale Differenzierung der Grundstückspreise..., a.a.O., vgl. die kartographischen Beilagen.

weiteren Umkreis ist ein Abfallen der Preise bis unter 20.000 DM feststellbar. Die Kaufpreisdifferenzen pro Gemeinde in diesem Großraum bestätigen sowohl die Richtungen als auch die gesamte Ausdehnung des sehr hohen Preisniveaus in diesem Raume. Direkt um München sind aus erhebungstechnischen Gründen (100.000.- DM war die Preisgrenze bei der Datensammlung) niedrige Kaufpreisdifferenzen festzustellen, die hiermit schon auf ein wesentlich höheres Preisniveau hinweisen. Der nächste Ring von Kaufpreisdifferenzen mit über 30.000.- DM pro ha innerhalb einer Gemeinde, um diesen Preiskern des Großraumes München gelegen, zeigt eindeutig die große Dynamik in der Bodennachfrage, bzw. in der Nutzungsänderung.

Zwischen beiden Großräumen ist im Raume Ingolstadt eine weitere Häufung von sehr hohen Kaufpreisen für landwirtschaftliche Nutzflächen in Höhe von 35.000.- bis 100.000.- DM pro ha erkennbar. Sie liegt weniger ringförmig um die Stadt, sondern dehnt sich mehr längs gemäß den Ursachen aus, die hier in der Industrialisierung, im Energiesektor in erster Linie zu sehen sind. Die absoluten Kaufpreisdifferenzen bestätigen die intensive Bodennachfrage und den Wandel zu industrieller Nutzung und deuten an, daß vom Preisniveau her gesehen ein "Zusammenwachsen" des Raumes südlich von Ingolstadt und nördlich von München sich abzeichnet.

Betrachtet man die Pachtpreise in den eben genannten drei Räumen, so ist allgemein kein vergleichbarer Pachtpreiskegel als Zeichen für besonders intensive und ertragreiche landwirtschaftliche Nutzung festzustellen. Die landwirtschaftliche Nutzung des Bodens bietet (sofern man die Pachtpreise als Anhaltspunkt für entsprechende Ertragschancen nimmt) keine vergleichsweise „Maxima der Erträge (außer in der Gemeinde Ismaning).

In den Städten und Ballungsgebieten sind die Grunddaseinsfunktionen am stärksten ausgeprägt und führen am intensiv-

sten zur Bodennachfrage für nichtlandwirtschaftliche Nutzung. Das daraus resultierende hohe Kaufpreisniveau ist auch in den folgenden Großstädten und kleineren Städten anzutreffen, jeweils verbunden mit relativ niedrigen Pachtpreisen, sowie mit sehr hohen absoluten Kaufpreisdifferenzen innerhalb der Gemeinden, wiederum als Ausdruck des Nutzungswandels und der Dynamik auf dem Bodenmarkt: der Aschaffenburg-Raum, Miltenberg, Lohr, Schweinfurt, Würzburg, Hof, Amberg, Bamberg, Bayreuth, Schwandorf, Ulm, Augsburg, Memmingen, Lindau, Cham, Regensburg, Straubing, Landshut und Degendorf.

In unterfränkischen Gäugebieten, südlich von Schweinfurt, um Gerolshofen, Ochsenfurt und Uffenheim, sowie im niederbayerischen Gäugebiet von Regensburg bis Vilshofen ist ein Kaufpreisniveau zu finden, das überwiegend zwischen 20.000.- und 35.000.- DM pro ha und z.T. darüber liegt. Wenn auch eine sehr hohe landwirtschaftliche Ertragsfähigkeit den Wert des Bodens hebt (die hohen Pachtpreise weisen darauf hin), so muß doch festgestellt werden, daß das Preisniveau zu hoch liegt, als daß die Nachfrage zu landwirtschaftlicher Nutzung den eigentlichen preisgestaltenden Einfluß gehabt haben könnte. Dies wird auch durch die wesentlich tiefer liegenden Kaufpreise im Nördlinger Ries (mit ebenso gutem Boden) bestätigt.

Als Gebiete mit sehr hohen Kaufpreisen für landwirtschaftlichen Boden, zwischen 20.000.- und 100.000.- DM pro ha, verbunden mit teils sehr niedrigen Pachtpreisen (als Ausdruck keiner besonderen landwirtschaftlichen Ertragsfähigkeit) und verbunden mit Kaufpreisdifferenzen, die wiederum über 30.000.- DM pro ha innerhalb einer Gemeinde liegen, sind im folgenden jene Räume herauszustellen, die überwiegend der Erholung und dem Fremdenverkehr dienen. Der Verkehrswert des Bodens wird in diesen Fällen durch die Nachfrage für den tertiären Bereich und für den Zweitwohnsitz Alterswohnsitz und für das Wochenendhäuschen im Alpenraum bestimmt. Es handelt sich um folgende Gebiete: Im Landkreis

Sonthofen die Gemeinden Oberstdorf und der Markort Sonthofen, der ganze Landkreis Garmisch-Partenkirchen mit Grainau, Farchant und Mittenwald, im Landkreis Weilheim z.B. der Markt Murnau und Umgebung, dazu die Landkreise Bad Tölz, Wolfratshausen und Starnberg. Weiter gehören dazu der ganze Landkreis Miesbach, im Landkreis Rosenheim besonders das Inntal und die Inntalnähe, ostwärts anschließend z.B. die Gemeinden Ruhpolding und Marquartstein, Berchtesgaden und Bad Reichenhall. Hohe Kaufpreise, die vom Fremdenverkehr bestimmt sind, finden sich auch im Bayerischen Wald, in den Gemeinden um Rachel, Lusen, Falkenstein und Arber, wie in Frauenau, Bodenmais, Zwiesel und Lindberg, sowie in einigen Gemeinden im Fichtelgebirge.

Als letztes sind nun jene Räume herauszustellen, die im Vergleich zu den genannten Gebieten ein sehr viel niedrigeres Kaufpreinsniveau aufweisen, und die sich größtenteils mit den Gebieten des niedrigen Pachtpreinsniveaus decken. Hier werden wohl die Preise stärker durch die Bodennachfrage für landwirtschaftliche Nutzung bestimmt. Die Berechnung der Kaufpreise nach dem Ertragswert zeigt jedoch, daß auch in diesen Gebieten vielfach die nichtlandwirtschaftliche Nutzung die Kaufpreise über den Ertragswert an hob. Die oft geringen absoluten Kaufpreisdifferenzen bestätigen noch die relative "Ruhe" im Wandel der Nutzungsarten, denn Differenzen bis zu 4.000.- DM pro ha sind wohl überwiegend auf unterschiedliche Bodenqualitäten zurückzuführen. Insgesamt sind hier die Gebiete zu nennen, die geringe Ertragsmeßzahlen aufweisen, in welchen die Abwanderung in außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze und damit verbunden eine größere Bodenmobilität noch relativ gering ist. Es handelt sich um die Mittelgebirgslagen wie den Spessart, die Rhön, das Fichtelgebirge, den Steigerwald, den Oberpfälzer- und den Bayerischen Wald. Die Kaufpreise pro ha liegen zwischen 2.000.- und 8.000.- DM.

III. Der Einfluß der Kauf- und Pachtpreise auf die Aufstockungsmöglichkeiten der Aussiedlungen

Ausgangspunkt soll die Frage nach einem ökonomischen Einsatz von Geldkapital beim Bodenkauf sein. Unter Verwendung von verschiedenen Zinssätzen (z.B. 3 % und 4 %) kann berechnet werden, welcher langfristig zu erzielende Reinertrag pro Hektar mindestens erwirtschaftet werden muß, damit die Ertragswerte dieser Flächen den verschiedenen hohen Kaufpreisen pro Hektar entsprechen. Werden im Schaubild 4 a die waagrechten Linien der Pachtpreise in Ertragslinien von z.B. 400.- DM, oder 250.- DM pro Hektar umgedeutet, so ergeben sich je nach angenommener Verzinsung Schnittpunkte mit den Geraden z.B. mit II und IV b. Diese Schnittpunkte kennzeichnen jene Punkte, bis zu denen höchstens der Kaufpreis (eingetragen auf der Abszisse) gehen darf bei bestehenden Ertragsmöglichkeiten auf den gekauften Flächen: im vorliegenden Fall bei 4 % Verzinsung und 400.- DM Ertrag pro Hektar bis rund 10.000.- DM, bei 250.- DM Ertrag etwa bis 6.200.- DM, bei 3 % Verzinsung und 400.- DM Ertrag bis 13.000.- und bei 250.- DM Ertrag bis 8.200.- DM. Bei all diesen Berechnungen liegt die sog. ewige Rentenformel zugrunde und der Vorgang entspricht der üblichen Ertragswertberechnung.¹⁾

-
- 1) Im folgenden werden Ergebnisse einer betriebswirtschaftlichen Untersuchung in ausgewählten Räumen Bayerns verwendet. Es werden die Durchschnittserträge aus den Jahren 1960 bis 1963 aus Buchführungsbetrieben der Testbetriebe des Grünen Berichtes den Ergebnissen einer möglichen besseren Kombination der Betriebsorganisation für diese Jahre (= Optimum 1) gegenübergestellt, sowie manchmal auch die Ergebnisse dieser Optimalkombination für die Jahre 1970 bis 73 (= Optimum 2) zitiert. Durch die Verwendung der Optimalkombinationen sollen hier die Erfolgsmöglichkeiten bei Aussiedlungen berücksichtigt werden.
In: Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte, von Rintelen, P., Niehaus, H., Kötter, H., Bd. 175 der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1967.

Im folgenden werden die tatsächlichen Reinerträge pro Hektar herausgestellt, so daß im Vergleich von tatsächlichen Kaufpreisen und Ertragswerten (in Form der kapitalisierten Reinerträge) einmal festgestellt werden kann, wie "sinnvoll" der Zukauf ist und zweitens in welchen Preiszonen für Aussiedler noch tragbare Kaufpreise bestehen. Da die Rentabilität von Aussiedlerbetrieben nicht über der von entsprechenden Vergleichsbetrieben liegt (vgl. Kapitel D), können ergänzend die Hektarerträge, die für Nichtaussiedlerbetriebe festgestellt wurden, verwendet werden. Der Einfluß der Betriebsgröße, des Betriebstypes und der regionalen Unterschiede wird, soweit hier möglich, berücksichtigt.

Im Ochsenfurter Gäu liegen die Reinerträge der Buchführungsbetriebe zwischen 360.- und 382.- DM pro Hektar, das mögliche Optimum 1 zwischen 650.- und 950.- DM, das Optimum 2 zwischen 480.- und 1.070.- DM pro Hektar, wobei der letztere Wert mit einer Betriebsfläche von 39 Hektar erzielt worden ist.¹⁾ Die verschiedenen Werte sind auf die verschiedenen Betriebsorganisationen und Betriebsgrößen zurückzuführen. Mit dem Hinweis auf den 39 ha-Betrieb sollte der Einfluß der Betriebsgröße unterstrichen werden. Diese Ergebnisse treffen wohl auch für den Straubinger Gäu zu, einschließlich bis Regensburg.

Auf Grund der eingangs durchgeführten Kalkulation in Verbindung mit Hektarerträgen sind Kaufpreise höchstens bis zu 10.000.- DM bzw. 13.000.- DM betriebswirtschaftlich gesehen sinnvoll. Tatsächlich liegen in diesen Gebieten die Kaufpreise über 20.000.- DM, z.T. über 35.000.- DM pro ha. Jedoch fand öfters eine lebhafte Aufstockung mit Eigenland statt, wie bei den Aussiedlerbetrieben im Landkreis Gerolshofen, Würzburg, Ochsenfurt, Uffenheim und Straubing. Die Aussiedler haben bei ihren Zukäufen also "außerhalb des

1) Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte, a.a.O., S. 92 und 93.

ökonomisch Sinnvollen" gehandelt. Der Drang zum Eigenbesitz scheint sehr stark zu sein, so daß eine erhebliche Einschränkung des privaten Konsums dafür in Kauf genommen wird. Die Geldsumme für einen Kauf wird üblicherweise in bar bezahlt und erfordert hier jahrelange Ersparnis. Für größere Aufstockungen allerdings sind in diesen Preiszonen liquide Geldbeträge nötig, die wohl nicht mehr durch Sparen bereitgestellt werden können.

Als Gründe, warum dennoch durch Zukäufe aufgestockt wird, können zwei Argumente aufgeführt werden. Dieses zusätzliche Land wird mit keinerlei fixen oder variablen Kosten der Gebäude oder Maschinenbenutzung belastet, sondern nur der Düngaufwand für die entsprechende Anbauart mit eingerechnet, so daß in dieser vergleichenden Rechnung nur von dem Verkaufserlös des Produktes die Kosten für Düngemittel, Saatgut und Pflanzenschutzmittel abgezogen werden müssen. Somit können wesentlich höhere Reinerträge pro Hektar als sinnvolle kalkulatorische Unterlagen mit einbezogen werden, und die folgenden höheren Reinerträge in etwa als Grenze der Kaufpreise zugrundegelegt werden: Bei Zuckerrübenanbau z.B. im Ochsenfurter und Straubinger Gäu etwa 3.200.- DM pro Hektar; im mittelfränkischen Keupergebiet 2.300.- DM pro Hektar, bei Weizenanbau in den beiden Gaugebieten um 1.450.- DM pro Hektar, in Mittelfranken 1.100.- DM, ebenso im Gebiet um Schwandorf und Amberg.¹⁾ Da die Vergleichsrechnung der Kaufpreise und Ertragswerte auf der ewigen Rentenformel beruht, kann solch eine Zusatzrechnung nur ganz kurzfristig und auch nur zum Teil, d.h. nicht als Maximalgrenze mit einbezogen werden, sondern soll nur eine Art Elastizitätsgrenze der Handlungsweise aufzeigen. Außerdem wurden freie Kapazitäten bei Gebäuden und Maschinen unterstellt.

Der zweite Grund liegt darin, daß dieses Land als Vermögensanlage dient, welches zu einem späteren Zeitpunkt zu einem

1) Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte, a.a.O., S. 86.

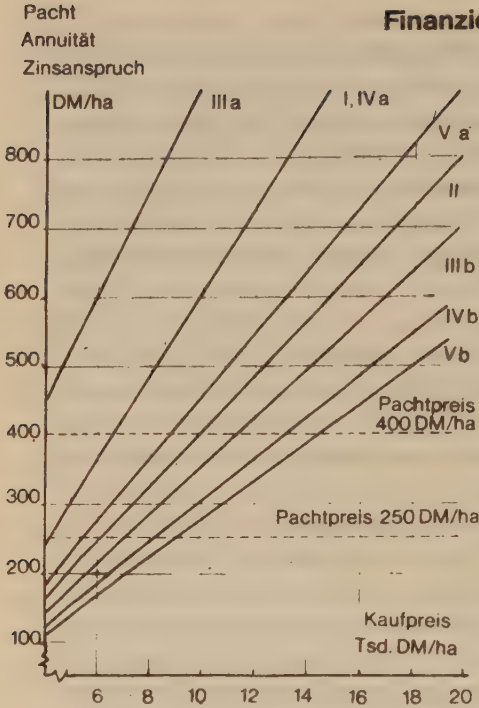
höheren Preise wieder verkauft werden kann. Insofern treffen die Vergleiche mit den Ertragswerten nicht zu. Wie z.B. an einem der untersuchten Aussiedlerbetriebe, der an den Stadtrand von Kitzingen ausgesiedelt hat, festgestellt werden konnte, ist eine erneute Aussiedlung nötig. Die Bodenpreise in diesem neuerschlossenen Gebiet sind so hoch, daß dieser Aussiedler durch den Bodenverkauf einen neuen Hof mit rund 30 ha Eigenland einige Kilometer weiter draußen erwerben könnte. Im Schaubild 4 b ist die Entstehung des Baulandwertes schematisch dargelegt. Es lohnt sich auch für viele Aussiedler dann hohe Bodenpreise zu zahlen (die im Vergleich zum Ertrag zu hoch erscheinen), wenn durch eine kommende räumliche Erweiterung der Gemeinde der Wert des eigenen Besitzes einen erheblichen Zuwachs verzeichnen wird.

Dennoch kann im allgemeinen als richtig unterstellt werden, daß die Zupacht rentabler ist als der Zukauf. Aus Schaubild 4 a kann abgelesen werden, ab welchen Kaufpreisen bei entsprechend variabler Verzinsung die Pacht rentabler ist. Es sind die Preise, die *r e c h t s* von den eben geschilderten Schnittpunkten liegen. Die Schnittpunkte entstehen durch die Geraden II und IV z.B., welche sich mit den Pachtpreislينien von 400.- DM oder 250.- DM schneiden.¹⁾

Im Bruchschollenland von Schwandorf und Amberg haben die bis zu 25 ha großen Testbetriebe zwischen 63.- und 82.- DM Reinertrag pro Hektar, das Optimum 1 liegt zwischen 137.- und 208.- DM pro Hektar, das Optimum 2 hat unter besonderer Kostenberücksichtigung der Umstellung negative Werte. Im Mittelfränkischen Keupergebiet liegen die Reinerträge der Testbetriebe 60/63 um 200.- DM pro Hektar, das erste Optimum

1) Eine Berechnung für die Wirtschaftlichkeit der Parzellenpacht mit Hilfe der linearen Programmierung unter Berücksichtigung der nachfolgenden Investition hat Schall vorgenommen. Schall, S., Zur Wirtschaftlichkeit der Parzellenpacht, in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 46. Jg., 1969, Heft 4, S. 434-445.

a) Aufstockung durch Kauf oder Pacht in Abhängigkeit von Kaufpreis, Finanzierungskondition und Pachtpreis.



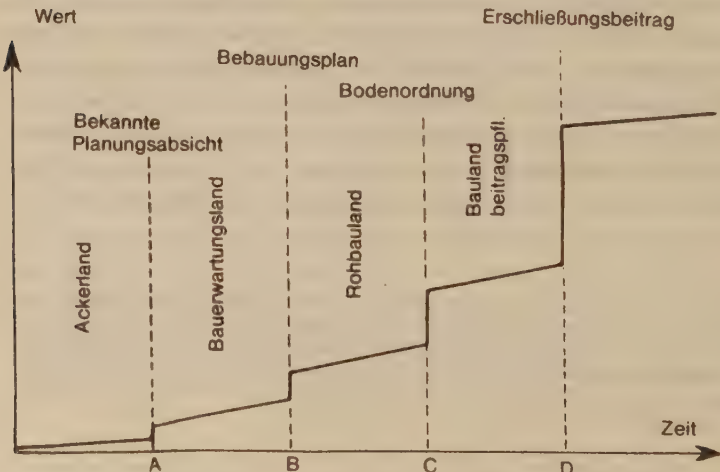
Jenach Finanzierungsart
(und versch. Zinshöhen) verschiedene
Neigung der Geraden.

	Zinshöhe
mit Eigenkapital	I = 6 % II = 4 %
mit Fremdkapital und mit Berücksichtigung der Tilgungsraten	IIIa = 9 % IVa = 6 % Va = 4,5 %
mit Fremdkapital und ohne Berücksichtigung der Tilgungsraten	IIIb = 3,5 % IVb = 3 % Vb = 2,75 %

Quelle: Glauner E., Betriebsaufstockung - Zukauf oder Pacht? - in: Zeitschrift für innere Kolonisation, Sammelbd. 1965, S. 103-107

b) Die Entstehung des Baulandwertes.

Schaubild 4 b



Quelle: Bonczek W., Bodenwirtschaft und Bodenordnung im Städtebau,
in: Zeitschrift für Vermessungswesen, 1960, SH. 9, S. 14.

geht bis 300.- DM und das zweite weist nur für größere Betriebe einen positiven Wert auf. Im Allgäu liegen die Reinerträge der Testbetriebe 60/63 zwischen 151.- bis 268.- DM pro Hektar. Das Optimum 1 bringt Ergebnisse bis 650.- DM pro Hektar, das Optimum 2 bis 700.- DM, während im Alpenvorland die Reinerträge und das Optimum 1 bis zu 100.- DM pro Hektar gehen, das Optimum 2 aber negativ eingeschätzt wurde auf Grund der großen Umstellungskosten für die tierische Veredelungsproduktion. Im Bayerischen Wald weisen nicht einmal die Testbetriebe von 1960/63 einen positiven Reinertrag pro Hektar auf.

Soweit die tatsächlichen oder möglichen Reinerträge pro Hektar einige hundert DM betragen, wie im Allgäu und die Kaufpreise dort über 15.000.- oder 20.000.- DM pro ha liegen, ergeben sich dieselben Schlußfolgerungen wie vorhin. Wird der Boden zusätzlich als Vermögensanlage betrachtet, so entfällt der Vergleich zwischen Kaufpreis und Ertragswert, wenn nicht, so ist auch hier die Pacht rentabler als der Zukauf. Sehr viele Aussiedlungen im oberbayerischen und schwäbischen Bereich liegen in Preiszonen, in denen die Aufstockungen, wenn sie einige Hektar umfassen würden, erhebliche liquide Mittel verlangen würden. Wie Tabelle 6 b mit dem Betriebseinkommen einiger Aussiedlerbetriebe zeigt, wäre nur aus jahrelanger Ersparnis etwas Kapital zurückzulegen.

Für viele Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen sind nun, trotz der vergleichsweise geringen Kaufpreise unter 8.000.-, 6.000.- oder sogar 4.000.- DM pro ha, dem Betriebsgrößenwachstum durch Zukauf mit Hilfe der Selbstfinanzierung sehr enge Grenzen gesetzt. Wie nachfolgend gezeigt wird, können insbesondere nur durch das außerlandwirtschaftliche Einkommen die Geldbeträge erspart werden, welche Zukäufe erlauben. Dennoch bleibt in diesen Gebieten die Aufstockung mit Eigenland das eigentliche Ziel vieler Aussiedler aus Gründen der Sicherheit und des "Sozialprestiges".

Betrachtet man die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlungen 1966, die Kaufpreise und die teils geringen Möglichkeiten der Selbstfinanzierung insbes. bei bestehenden geringen Betriebsgrößen,¹⁾ so kann festgestellt werden, daß ein großer Teil der Aussiedler wohl nicht mehr in die Betriebsgrößenklasse von 25 und mehr ha aufsteigen wird.

-
- 1) Hierzu können die Ergebnisse einer weiteren Untersuchung aufgeführt werden, in welcher die besseren Einkommensverhältnisse in größeren Betrieben (die sog. Differentialrente auf Grund der Betriebsgröße) herausgestellt werden. Diese Differentialrente wirkt sich in Grünlandbetrieben noch stärker als in Ackerbaubetrieben aus. Das heißt, daß die bestehenden Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen etwa um die Hälfte zu wenig Fläche besitzen. In: Stand und Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe in ausgewählten Naturräumen Bayerns, Plendl, E., Bd. 184 der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1967, vgl. S. 233-242.

D. DIE WIRTSCHAFTLICHEN ASPEKTE

I. Kosten, Finanzierung und betriebswirtschaftlicher Erfolg der Aussiedlungen in Bayern

Einkommenssteigerung, Existenzsicherung und Verbesserung der arbeitswirtschaftlichen Verhältnisse sind die betriebswirtschaftlichen Ziele der Aussiedlung. Der Sinn des Einsatzes privater und öffentlicher Gelder wird u.a. an Hand dieser Ziele gemessen. Art und Umfang dieser Investitionen werden im folgenden auf ihre finanzielle Struktur hin untersucht, und die Kosten und Finanzierung der Aussiedlungen in Bayern bis Ende 1966 dargestellt. Die Kostenhöhe und das Verhältnis Kosten zu Finanzierung setzen den Rahmen des wirtschaftlichen Erfolges zu Beginn der Aussiedlung. In den weiteren Jahren sollte die Tilgung der nichtprivaten, d.h. nicht von der Aussiedlerfamilie aufgebrachten Gelder, gewöhnlich aus dem laufenden jährlichen Wirtschaftsergebnis erfolgen. Weiterhin sollte das betriebliche Wachstum aus dem wirtschaftlichen Erfolg heraus auf Grund der Selbstfinanzierung erfolgen können. Somit schließt sich die Darstellung des Betriebserfolges an.

Die Gesamtkosten und ihre Entwicklung sind auf verschiedene Komponenten zurückzuführen. Die ersten werden üblicherweise in drei Hauptkostenarten unterteilt: in die Erschließungskosten für Wege-, Wasser- und Telephonanschluß, Versorgung mit Elektrizität und die Abwasserbeseitigung; weiter in Kosten der Wohngebäude und Kosten der Wirtschaftsgebäude, einschließlich Zaananlagen u.a. Alle unterliegen dem allgemeinen Trend der Baukostensteigerung.

Die Betriebsgröße und der Betriebstyp bestimmen das Bauvolumen der Wirtschaftsgebäude. Die persönlichen Vorstellungen und die Familiengröße, der Stand der Wohnkultur und dazu

manchmal regionale traditionelle Bauweisen bestimmen das Bauvolumen der Wohngebäude. Die Standorttypen beeinflussen die Erschließungskosten; das Verfahren, d.h. ob innerhalb oder außerhalb einer Flurbereinigung ausgesiedelt wurde, bringt je nach Sachverhalt zusätzlich die Kosten der Flurbereinigung.

In den folgenden Angaben stellen die Werte der bewilligten Anträge zur Aussiedlung die vor der Aussiedlung veranschlagten Kosten dar. Sie unterscheiden sich nur wenig von den tatsächlich aufgewandten Kosten. Die Werte der Bundesrepublik, bzw. ihrer Länder werden den sehr umfangreichen Untersuchungen jeweils kurz entnommen und den Werten für Bayern gegenübergestellt. Die unterschiedlichen regionalen Ergebnisse für die Kosten und die Finanzierung sind in den Schaubildern 5 bis 7 dargestellt, in welchen verschiedene Landkreise (siehe Karte I) zu vier Gruppen zusammengefaßt werden, um den regionalen Aspekt für Bayern zur Geltung zu bringen.

Die Gesamtkosten und die Kostenarten werden im allgemeinen zur besseren Herausstellung ihrer Unterschiede in absoluten gesamten Durchschnittswerten, sowie aufgeteilt nach Betriebsgrößenklassen und Betriebsformen, berechnet, und auf den Hektar LN sowie auf das Bauvolumen pro Kubimeter bezogen.

Die Gesamtkostenentwicklung für die BRD von 1956 bis 1966 verläuft im Durchschnitt von DM 91.380.- pro Aussiedlung im Jahre 1956, auf DM 112.720.- im Jahre 1958, DM 169.480.- im Jahre 1962 und auf DM 265.250.- im Jahre 1966.¹⁾ Die regionalen Unterschiede in den Ländern sind beträchtlich. Der Vergleich für die Größenklasse 10 ha bis 20 ha LN zeigt, daß Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg in den einzelnen Jahren jeweils über dem Bundesdurchschnitt liegen,

1) Die Verbesserung der Agrarstruktur ... 1966-67, a.a.O., S. 60.

Bayern meist knapp um oder unter den Durchschnittswerten liegt, und Schleswig-Holstein, sowie Niedersachsen weit darunter liegen.¹⁾ Die regionalen Unterschiede der Gesamtkostenentwicklung in Bayern auf Schaubild Nr. 5 lassen erkennen, daß die manchmal beträchtlichen Differenzen gegen Ende 1966 kleiner werden. Die hohen Kosten der Aussiedlungen in Oberbayern sind im vorliegenden Fall darauf zurückzuführen, daß durch den teils sehr erfolgreichen Althofverkauf aufwendigere Gebäude erstellt werden konnten. Dies trifft insbesondere für das Jahr 1964 zu, wie auch der Vergleich mit den Eigenleistungen zeigt.

Die Gesamtsteigerung der Kosten um das Dreifache ist klar ersichtlich. Ebenso wie für Bayern bringt die Gesamtkostenentwicklung in der BRD in Abhängigkeit von den Betriebsgrößenklassen zum Ausdruck, daß erwartungsgemäß mit zunehmender Größenklasse die Kosten steigen und im Jahre 1966 die durchschnittlichen Kosten einer Aussiedlung unter 10 ha unter DM 200.000 betrugen, bei Aussiedlungen über 30 ha dagegen rund 260.000.-²⁾ (vgl. Schaubild 7).

Eine regionale Differenzierung innerhalb der Betriebsgrößenklassen in Bayern (Schaubild 7) findet sich nur in Größenklassen bis 5 ha LN, da die verschiedenen Sonderkulturbetriebe, wie Weinbaubetriebe oder Gärtnereien, in den ersten Aussiedlungsjahren kostenmäßig stark differieren. Dies ist z.B. auch ein Grund dafür, warum in dieser Größenklasse die Durchschnittskosten pro ha für ganz Bayern 1965/66 doppelt so hoch sind wie in der BRD. Je nach Bodennutzungssystem und dem Umfang der angewandten Technik unterscheiden sich sowohl die Gesamtkosten als auch die Hektarkosten in den

1) Die Verbesserung der Agrarstruktur... 1966-67, a.a.O., S. 62.

2) Ebd., S. 61.

Aussiedlerbetrieben.¹⁾

Die Darstellung der verschiedenen Kostenarten (Schaubild 6 und 7) dient zur Verdeutlichung der Kosteneinflußgrößen. Die Kosten für Wirtschaftsgebäude sind in den untersuchten Aussiedlungen Bayerns am stärksten gestiegen, aber an den Gesamtkosten blieb ihr Anteil mit etwa 50 v.H. gleich.²⁾

Die Erschließungskosten differieren je nach dem Standort der Aussiedlungen und spielen deshalb bezüglich der Standortwahl eine Rolle. Die Differenzen sind aber nicht besonders groß, und sie liegen im Durchschnitt in den untersuchten Aussiedlungen Bayerns für 1965/66 für den ortsnahen Standort zwischen 20.000.- DM und 30.000.- DM, für den ortsfernen Standort zwischen 25.000.- und 35.000.- DM und für die Gruppенаussiedlung zwischen 30.000.- DM und 40.000.- DM.

1) Im Durchschnitt für die BRD wiesen die Sonderkulturbetriebe mit DM 187.500.- den niedrigsten Betrag der Gesamtkosten auf. Zuckerrübenbaubetriebe als Aussiedlungen kosteten 204.600 DM, Hackfrucht-, Getreide-, Futterbaubetriebe 213.000 DM, Kartoffelbaubetriebe 215.800 DM, Hackfrucht-, Futterbaubetriebe 241.700 DM, reine Futterbaubetriebe 234.200 DM. Innerhalb der einzelnen Größenklassen treten natürlich noch erhebliche Unterschiede auf, so sind die über 25 ha großen Hackfrucht-Futterbaubetriebe mit 320.000 DM die durchschnittlich teuersten Aussiedlungen. Die Unterschiede werden in erster Linie durch die verschiedene Kostenhöhe der Wirtschaftsgebäude hervorgerufen. In: Innere Kolonisation, a.a.O., Zahlen und Angaben zu 4452 in Vorbereitung befindlichen Aussiedlungen, Teil II des Tabellenwerkes, Sonderdruck zu Heft 12, Dezember 1966, S. 13-15.

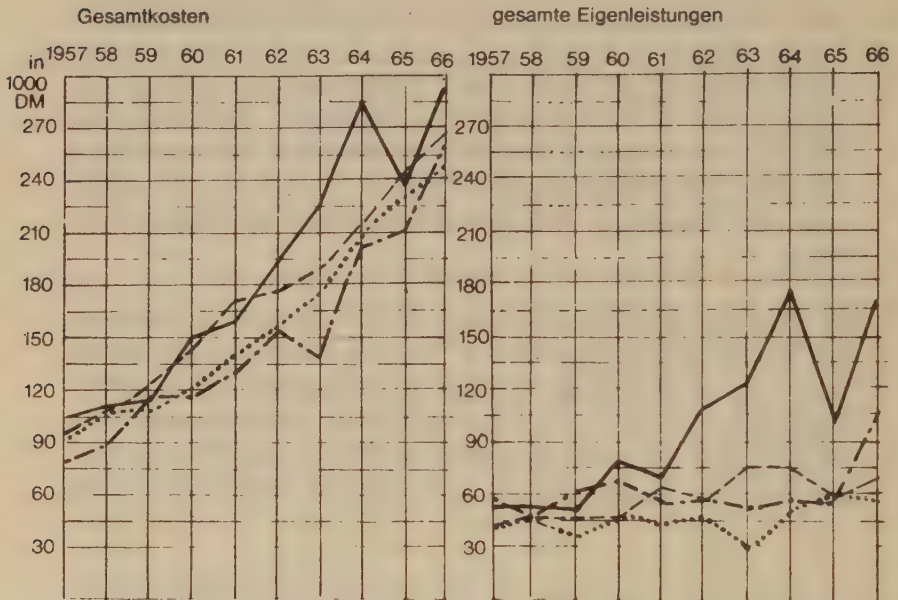
2) Die Entwicklung in der BRD von 1958 bis 1966 kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: "Das Volumen des Wohnhauses wurde in acht Jahren im Durchschnitt nur um 6 % erweitert, die Kubikmeterpreise dagegen stiegen auf fast das Doppelte. Für Stallgebäude erhöhten sich die Kubikmeterpreise um fast 88 %; ihre Vergrößerung um durchschnittlich 33 % läßt sich aus dem höheren Anteil größerer Aussiedlungsbetriebe erklären." In: Die Verbesserung der Agrarstruktur ..., a.a.O., 1966-67, S. 60.

Die Finanzierung der Aussiedlungen erfolgt grundsätzlich über die Förderungsmittel¹⁾ und Eigenleistungen. In den Jahren seit 1963 stellen die zinsverbilligten Kapitalmarktmittel eine dritte Quelle dar, die allerdings erst in den letzten Jahren größere Bedeutung erhielten. Sie zählen zu den Fremdmitteln, während die privaten Darlehen von Dritten zu den Eigenleistungen gerechnet werden, aber letztere haben kaum mehr Bedeutung und werden nicht mehr im einzelnen erwähnt.

An Hand des durchschnittlichen jährlichen Kapitaldienstes pro ha LN (siehe Schaubild 5) ist die steigende Belastung durch die anteilmäßige Abnahme der Eigenleistungen gut erkenntlich, ebenso die starke regionale Differenzierung in Bayern. Die Aussiedlerbetriebe in Unterfranken weisen die stärksten Hektarbelastungen auf, die auf Grund der höheren

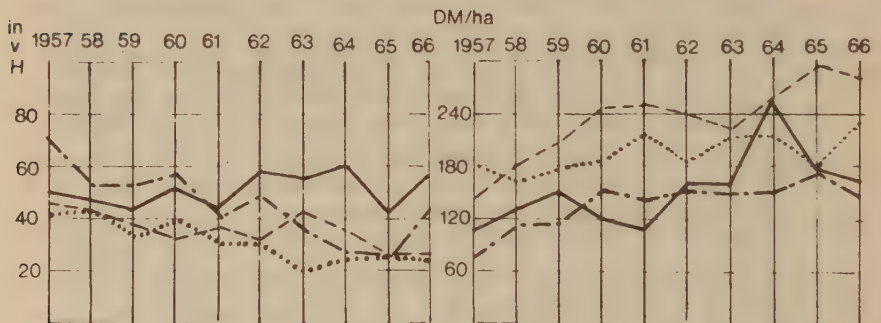
1) Die Förderungsmittel teilen sich auf in unentgeltliche Beihilfen und in Darlehen mit verbilligtem Zinssatz und werden jeweils von Bund und Länder gewährt. Insgesamt ergibt sich aus der Summe der Darlehen (einschließlich Kapitalmarktmittel) die jährliche Belastung der Rückzahlung, also der Kapitaldienst des Aussiedlers. Die Umrechnung der Belastung auf den Hektar erlaubt Vergleiche für verschiedene Betriebsgrößen, wobei in der Interpretation die verschiedenen Betriebsformen berücksichtigt werden müssen. Die absolute jährliche Höhe des Kapitaldienstes zeigt die familiäre Belastung an. In Bayern wurden 1966 z.B. im Durchschnitt pro Aussiedlung DM 133.130.- Förderungsmittel beigesteuert, davon 60 v.H. vom Bund, 40 v.H. vom Land, in der BRD im Durchschnitt 156.100.- DM, davon 76 v.H. vom Bund. In der Entwicklung der einzelnen Finanzierungsarten zueinander bestehen im Bundesdurchschnitt einige leichte Verschiebungen: die Förderungsmittel schwanken seit 1958 bis 1966 zwischen 58 % und 63 %, die zinsverbilligten Kapitalmarktmittel liegen in den Jahren 1964 bis 1966 bei 12 %, und die gesamten Eigenleistungen der Bauern gingen von 38 % auf unter 30 % zurück. In: Die Verbesserung der Agrarstruktur ..., a.a.O., 1966-67, S. 71-73.

Die Entwicklung der veranschlagten Kosten und der Finanzierung der Aussiedlungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns von 1957 bis 1966.



Anteil der Eigenleistungen an den Gesamtkosten.

durchschnittlicher jährlicher Kapitaldienst pro ha der landwirtschaftlichen Nutzfläche



- O ——— München, Starnberg, Wolfratshsn.
- N/Op ——— Deggendf., Grafenau, Kötzing, Cham, Roding, Waldmünchen, Oberviechtach, Neunburg
- U 1 ——— Würzburg, Ochsenfurt, Kitzingen, Gerolzhofen
- U 2 Mellrichst., Bad Neustadt, Königshofen, Lohr, Marktheidenfeld, Gemünden, Karlstadt

Zahl der Betriebe

57

127

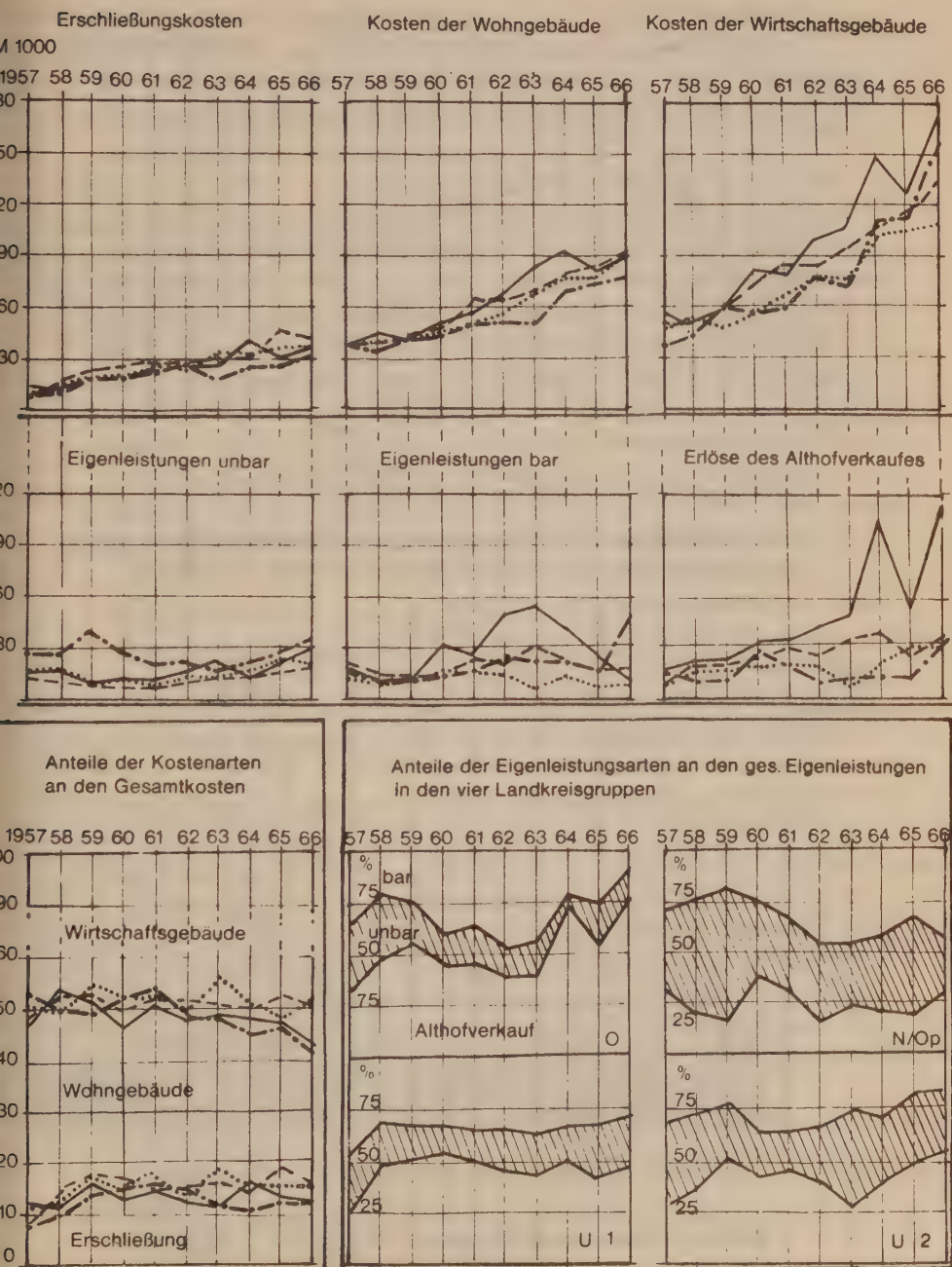
248

231

Quelle:

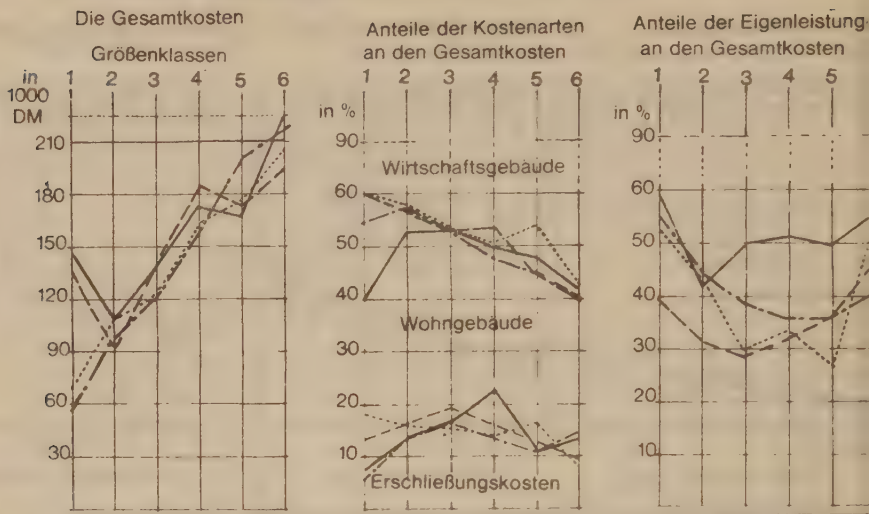
Errechnet aus den Angaben der bewilligten Anträge zur Aussiedlung.

Die Entwicklung der Kostenarten und Eigenleistungen der Aussiedlungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns von 1957 bis 1966.

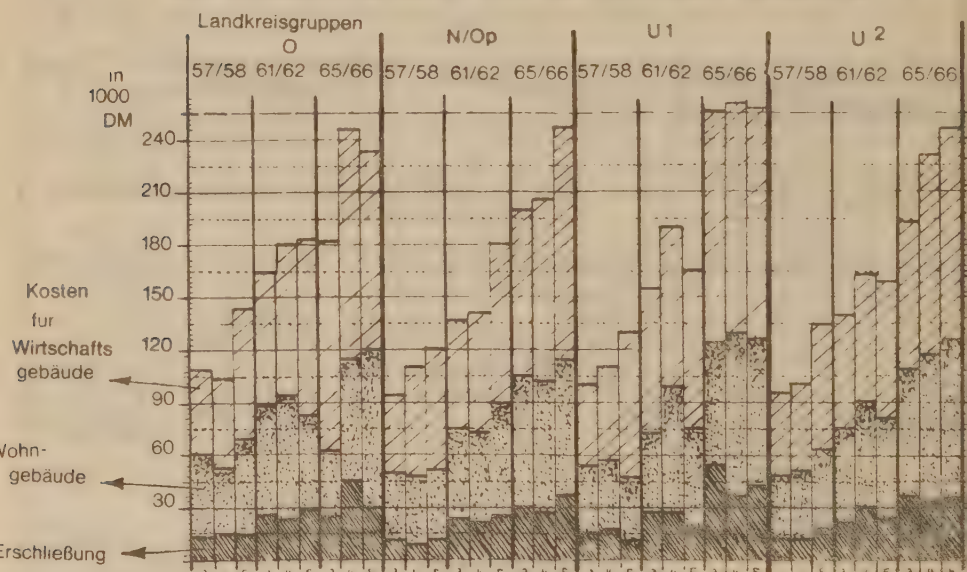


Der Einfluß der Betriebsgrößenklassen auf die Kosten und die gesamten Eigenleistungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns

Schaubild



Die Kostenarten in Abhängigkeit der Betriebsgrößenklassen der Aussiedlungsjahre und der regionalen Verteilung.



pro Jahresgruppe bedeutet jeweils die erste Säule Größenklasse 3, die zweite Säule Klasse 4, die dritte Säule Klasse 5.

Die Größenklassen: 1 unter 5 ha, 2 5 bis 10 ha, 3 10 bis 15 ha, 4 15 bis 20 ha, 5 20 bis 25 ha, 6 über 25 ha

Bezüglich der Landkreisgruppen und Quellenangabe siehe Schaubild Nr 5

durchschnittlichen Reinerträge pro ha den Aussiedlern zugemutet werden können, und die Steigerung geht von rund DM 150.-/ha im Jahre 1957 auf DM 250.-/ha 1966.¹⁾ Die Belastung pro Hektar nimmt mit zunehmender Betriebsgröße in der Regel ab.

Im Verhältnis zu den wesentlich niedrigeren Reinerträgen pro ha bei den Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen ist die Hektarbelastung zu groß. Die jährliche gesamte Tilgungssumme (Hektarzahl mal Hektarbelastung) beträgt für das Jahr 1966 für Aussiedlungen im Landkreis Ochsenfurt zwischen DM 3.000.- und DM 8.000.-,¹⁾ ebenso im Landkreis Wolfratshausen; dagegen in Waldmünchen und Grafenau zwischen DM 2.000.- und DM 3.000.-. Die letzteren insbes. sind Beträge, die sehr leicht durch etwas außerlandwirtschaftliche Einkommen aufgebracht werden können. Sämtliche befragten Aussiedler gaben auch an, daß keinerlei Tilgungsschwierigkeiten bestünden.

In einer anderen Untersuchung der 1965/66 beantragten Aussiedlungen wird eine Aufgliederung nach "Kapitaldienstklassen" vorgenommen, wobei in Bayern rund 47 % über DM 5.000.- jährlich zu zahlen hätten, in Baden-Württemberg ebenfalls, in Hessen dagegen nur rund 10 %, in Niedersachsen rund 30 %.²⁾

Die einzelnen Arten der Eigenleistungen werden üblicherweise in bare Mittel, in unbare Leistungen, sowie in Erlöse des Altstellenverkaufes eingeteilt. Innerhalb der Entwicklung der drei Eigenleistungsarten (Schaubild 6) bestehen erhebliche Differenzen. Auf die guten Altstellenerlöse in den Aussiedlungen um München und die niedrigen Verkaufserlöse in den Mittelgebirgslagen wurde schon hingewiesen. Die höchsten unbaren Leistungen erbrachten auch aus diesem Grunde die Aussiedler in den Mittelgebirgslagen, während die Bar-

1) Eigene Berechnungen aus den Anträgen zur Aussiedlung, a.a.O.

2) Innere Kolonisation, Zahlen und Angaben zu 10.552 Vorhaben..., a.a.O., Sonderdruck zu Heft , S. 22.

geldleistungen wiederum in den Aussiedlungen Oberbayerns am höchsten liegen. In der Darstellung der Anteile der Eigenleistungsarten in den vier Landkreisgruppen (Schaubild 4) kommt sowohl die strukturelle Verschiedenheit als auch die Entwicklung von 1957 bis 1966 zum Ausdruck. Die Beziehung Eigenleistungsarten und Betriebsgrößen weist zu große Unregelmäßigkeiten auf, als daß eine fundierte Abhängigkeit bestehen könnte, außer in der Größenklasse über 25 ha, wo in allen Landkreisen die Eigenleistungsquote und die Bargeldquote erheblich höher als in anderen Größenklassen liegen, ein Beweis dafür, daß die größeren Aussiedlerbetriebe schon vor der Aussiedlung eine bessere Vermögensstruktur hatten.

Der betriebswirtschaftliche Erfolg einer Aussiedlung schlägt sich nieder in der Steigerung der Naturalerträge, bzw. monetär gesehen der Umsätze, bei sinkenden oder relativ gleichbleibenden eingesetzten Mitteln, d.h. also bei geringerem Arbeitsaufwand und relativ geringeren Sachaufwendungen.¹⁾ Die Steigerung des Nutztviehbestandes und die Verringerung des Arbeitszeitaufwandes sind zwei Anhaltspunkte, um diese Entwicklung zu verfolgen. Sie wurden in den 103 untersuchten Aussiedlungen für die Zeitpunkte vor der Aussiedlung und im Jahre 1967 festgestellt (vgl. Tabelle 6).

In der Betriebsgrößenklasse bis 10 ha LN nahm der Nutztviehbestand in Aussiedlerbetrieben in Unterfranken absolut zu und bei gleichzeitigem LN-Größenwachstum pro 100 ha ab. Dies betrifft prinzipiell Weinbaubetriebe, die bei leicht erhöhtem Rebflächenbestand die Milchviehhaltung mit Stallfütterung

1) Für die einzelnen Begriffe gilt folgender Zusammenhang:
Rohertrag (Bruttoproduktion) - Zukäufe landw. Herkunft
= bereinigter Rohertrag (Bodenproduktion) - Sachaufwendungen
= Betriebseinkommen (Nettoproduktion) - Zinsanspruch des Aktivkapitals
= Arbeitseinkommen - Aufwendungen für menschliche Arbeit
= Reinertrag (Verzinsung des Aktivkapitals bzw. Unternehmergewinn).

oder Schweinemast ausdehnten, und die Feldfutterflächen durch Zupacht erweitert haben. Während die Aussiedlerbetriebe in Oberbayern bis 10 ha LN 1967 in dieser Größenklasse nicht mehr zu finden sind, weisen in etwa die Betriebe bis 10 ha in den Mittelgebirgslagen durch die starke Zunahme der Werte pro 100 ha darauf hin, daß bei stagnierenden Betriebsflächen die absolute Nutzviehsteigerung überwiegend durch die neuen Stallgebäude angeregt wurde, dann aber bei gleichzeitiger außerlandwirtschaftlicher beruflicher Tätigkeit die flächenmäßige Ausdehnung nicht weiter forciert wurde. In den Betriebsgrößenklassen 10 bis 20 ha LN und über 20 ha muß bei den Aussiedlerbetrieben in Unterfranken bedacht werden, daß bezüglich des Nutzviehbestandes die tierische Veredelung etwa die Hälfte des Einkommens erbrachte, der Rest durch Zuckerrüben, Weizen, Kartoffel usw. erwirtschaftet wurde (bei gleichzeitiger Aufstockung). Die gute Zunahme des Nutzviehbestandes weist hier darauf hin, daß diese Betriebe wirtschaftlich teils doppelt so gut gestellt sind, wie die Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen.

Zur Erfassung des tatsächlichen Betriebs-Arbeitsaufwandes aller Familienmitglieder (ohne Haushalt) mußte auch der Arbeitseinsatz der Altenteiler mitgerechnet werden, wobei allerdings bei diesen die geringere Arbeitsintensität nicht exakt berechnet werden konnte und ebenso im allgemeinen die geringere Arbeitsmühe und der geringere Kraftaufwand nach vollzogener Aussiedlung für alle. Insofern erscheint der AK-besatz im Vergleich zu anderen Untersuchungen¹⁾ etwas hoch. Aber es entspricht der Wirklichkeit, wenn er in fast allen Betrieben über den gesetzten Zielen von 2 vollen AK oder für die neueren Aussiedlungen von 1,7 vollen AK liegt. Dies hängt teilweise mit den Selbsthilfeleistungen zusammen, die auch einige Zeit nach der Aussiedlung entweder für

1) Vgl. insbes. Förderung bäuerlicher Selbsthilfe..., a.a.O., Heft 8, 1964, S. 42-44, wo die Abnahme des AK-besatzes größer ist.

Tabelle 6 a:

Durchschnittlicher Nutzviehbestand in G.V.E. und Arbeitskräftebesatz in
Aussiedlerbetrieben vor der Aussiedlung und 1967

LN	bis 10 ha		10 - 15 ha		15 - 20 ha		20 - 30 ha		über 30 ha	
	vor	1967	vor	1967	vor	1967	vor	1967	vor	1967
G.V.E.										
Unterfranken										
pro 100 ha	6,7	9,6	10,7	15,9	21,5	17,7	27,2	18,9	28,5	
	90	78	126	132	90	122	80	116	97	80
Oberbayern										
pro 100 ha	9,8	-	10,5	15,5	21,3	21,6	26,5	32,4	35,2	
	148	-	113	123	76	125	84	121	87	87
Niederbayern / Oberpfalz										
pro 100 ha	8,2	9,5	12,1	14,6	20,7	19,1	22,3	13,0	27,1	
	118	132	99	123	72	120	82	92	40	82
AK										
Unterfranken										
pro 100 ha	3,3	2,8	3,0	2,7	2,7	4,1	2,9	4,3	3,2	
	87	91	25	22	18	16	13	13	10	
Oberbayern										
pro 100 ha	3,1	-	3,0	2,2	2,7	3,3	3,1	3,7	3,1	
	44	-	24	17	14	14	14	10	8	
Niederbayern / Oberpfalz										
pro 100 ha	3,1	2,4	3,2	2,2	2,6	3,5	3,0	4,0	3,0	
	41	31	22	20	18	15	12	12	9	
insgesamt										
pro 100 ha	3,2	2,6	3,1	2,4	3,1	3,7	3,0	4,0	3,1	
	57	67	23	20	17	16	13	11	9	

Quelle: eigene Erhebungen.

Tabelle 6 b:

Rohrerträge, Betriebseinkommen und Reinerträge in
7 Aussiedlerbetrieben (A) und Vergleichsbetrieben (V)
1967/68

A	Rohrertrag	Betriebs- einkommen	Reinertrag	V	Rohrertrag	Betriebs- einkommen	Reinertrag	ha LN
	37.555	15.103	4.541		41.656	15.305	5.395	über
	47.303	18.914	6.662		39.984	14.440	3.932	15 ha
	58.684	25.161	12.967		45.897	25.692	15.982	bis
	51.502	26.742	15.567		67.767	32.740	20.720	20 ha
	72.130	8.671	(45.235)		58.441	27.299	9.990	-
	72.461	36.855	13.870		83.522	42.649	28.908	30 ha
	109.663	34.341	11.479		116.061	52.900	35.570	bis 37

Quelle: Erhebung einer Landwirtschaftlichen Hochschule
in Süddeutschland.

"aufgesparte" Bauleistungen oder für Verbesserungs- und Erweiterungsinvestitionen aufgewendet werden mußten, insbesondere bei den Mittelgebirgsaussiedlungen. In der Größenklasse bis 10 ha in Unterfranken ließ der intensive Sonderkulturanbau nur eine geringe Verminderung zu. Dennoch zeigten bei gleichzeitigem Flächenwachstum die pro 100 ha Werte die Einsparungen an Arbeitszeit an.

In der Regel trifft es zu, daß zunehmende Spezialisierung einen zunehmenden Abbau des AK-besatzes erlaubt. Dies konnte an einigen vollspezialisierten Aussiedlungen der Jahre 1964 bis 1966 gesehen werden, die entweder als reine Ackerbaubetriebe in Unterfranken (Zuckerrüben, Weizen, Kartoffel) oder als reine Grünlandbetriebe verwirklicht waren. In den übrigen Betrieben ist der relativ hohe AK-besatz auch auf den geringen Grad der Spezialisierung zurückzuführen. In den hoch bonitierten Gebieten Unterfrankens führen die gemischten Betriebsformen zu gleich hohem pro AK Einkommen. In den übrigen Aussiedlungen wurde aber aus Sicherheitsgründen wenig Spezialisierung betrieben, so daß das Einkommen pro AK niedriger lag, als es bei Spezialisierung möglich gewesen wäre. Meistens wird aber mehr Wert auf ein langfristig gesichertes Betriebseinkommen gelegt und eine stärkere Spezialisierung besonders im Hinblick auf die Preisbildung in der EWG mit dem Argument abgelehnt: man müsse auf mehreren Beinen stehen und für langfristige Sicherheit in der Tilgungsrückzahlung sorgen.

Die Rotherträge, Betriebseinkommen und Reinerträge, welche den betrieblichen Erfolg monetär ausdrücken, werden in einem Vergleich zwischen sieben Aussiedler- und sieben Nichtaussiedlerbetrieben (Vergleichsbetriebe in Tabelle 6 b) dargestellt, wobei letztere analoge Produktions- und Absatzbedingungen wie die Aussiedler haben.¹⁾ Der Erhebungszeitpunkt

1) Diese Betriebe liegen in den Landkreisen Günzburg, Schwabmünchen, Dillingen und Donauwörth. Die Ergebnisse können also nur beschränkt auf andere Aussiedlungen übertragen werden. Die Werte dieser Betriebe wurden im Rahmen einer laufenden Untersuchung von einer Landw. Hochschule in Süddeutschland erhoben und (in dieser Form) freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

1967/68 stellt das dritte Wirtschaftsjahr nach der Aussiedlung dar. Die Werte dienen also mehr als Anhaltswerte, da erst in einem langfristigen Vergleich die Umstellungsprobleme im Zuge der Aussiedlung, die sich negativ auf den betrieblichen Erfolg auswirken, nicht mehr so stark zur Geltung kommen.

Der Umsatz ist in den Aussiedlerbetrieben im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen. Da aber die nötigen Nachfolgeinvestitionen wie Viehzukäufe und Maschinenanschaffungen, sowie die allgemeinen sonstigen Sachaufwendungen (auch infolge des Preisanstieges) zugenommen haben, ist das Betriebseinkommen in diesen Aussiedlerbetrieben in den ersten Jahren nach der Aussiedlung nicht gestiegen. Die Reinerträge liegen im Vergleich zu den Jahren vor der Aussiedlung niedriger, auch weil ein höherer Zinsanspruch des nun größeren Aktivkapitals abzuziehen ist. Im Vergleich mit den Nichtaussiedlerbetrieben liegen die Betriebseinkommen und Reinerträge niedriger (vgl. Tabelle 6 b). Hier sind gleichgroße Betriebe und fast gleiche Betriebstypen zugrundegelegt (die überwiegende Einkommensquelle besteht in der Viehhaltung). Die Rentabilität der untersuchten Aussiedlerbetriebe liegt also aus den genannten Gründen (Umstellungsprobleme und Nachfolgeinvestitionen, sowie der rechnerisch höhere Zinsanspruch) unter dem der Vergleichsbetriebe (nicht nur in den bayerischen Aussiedlungen, sondern auch zum größeren Teil der in Süddeutschland untersuchten Aussiedlerbetriebe).

Wenn vom Betriebseinkommen - im vorliegenden Tatbestand kommt es auf die einer Familie zur Verfügung stehende Summe an und nicht auf das Einkommen pro AK - ein Teil für Aufstockungen mit Eigenland abgezweigt werden soll (z.B. für 10.000.- DM pro Hektar), so muß über mehrere Jahre hinweg ein kaum tragbarer Konsumverzicht geleistet werden. Die Werte der Tabelle 6 b zeigen auch die allgemeine Abhängigkeit der Höhe des Betriebseinkommens von der Betriebsgröße. Diese Beziehung ist aber nicht zwingend kausal, die Betriebsgröße ist vielmehr Voraussetzung dazu und die persönlichen Führungsqualitäten bestimmen den tatsächlichen Erfolg.

Die individuelle Leistungsdifferenzierung wurde auch von einem Teil der befragten Aussiedler dadurch herausgestellt, daß sogar in Mittelgebirgslagen mit relativ ungünstigen natürlichen Ertragsbedingungen die allgemeinen Chancen und der betriebliche Erfolg der Aussiedlungen als gut bis sehr gut bezeichnet wurden. Allerdings ergab die Prüfung der Persönlichkeit dieser Aussiedler, daß diese eine sehr gute Fachausbildung, organisatorisches Geschick und eine große Flexibilität im Erfassen von Marktchancen besaßen. In einer Untersuchung des betrieblichen Erfolges der Aussiedlungen (im dritten Wirtschaftsjahr nach der Aussiedlung 1962/63) bei einer wesentlich größeren Anzahl von Aussiedlern in Bayern (und analog in der BRD) wurde ebenfalls festgestellt, daß der durchschnittliche Erfolg nicht über dem der Testbetriebe des Grünen Berichtes liegt, daß aber innerhalb der Aussiedlerbetriebe je nach Führungsqualität eine sehr große Leistungsdifferenzierung besteht. "Das Betriebseinkommen ist in den Betrieben mit optimalen Ergebnissen mehr als doppelt so hoch wie in den Betrieben mit unterdurchschnittlichen Ergebnissen."¹⁾

Und in einer anderen Untersuchung, 10 Jahre nach den vollzogenen Aussiedlungen im Herbst 1967 durchgeführt, wird bezüglich der Einkommenssteigerung analog festgestellt: "Die zur Erreichung einer höheren Arbeitsproduktivität erforderliche Umorganisation der Betriebe unterblieb weitgehend, der Arbeitskräftebesatz, bedingt durch die Familienarbeitsverfassung, blieb relativ stabil."²⁾

1) Förderung bäuerlicher Selbsthilfe..., a.a.O., Heft 9, 1965, S. 108.

2) Nachuntersuchung zur Agrarstrukturverbesserung im Limburger Becken AVA, Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e.V., Sonderheft 31, Wiesbaden 1968, S. 80.

II. Der sozialökonomische Status der Aussiedlerbetriebe in den Jahren 1966 und 1967 im Vergleich mit allen Betrieben Bayerns

Ein weiterer Maßstab des wirtschaftlichen Erfolges besteht darin, die wirtschaftliche Lage der Aussiedlungen im Jahre 1966 nach den Kriterien Vollerwerbs- und Grenzbetriebe, gemessen an der Mindestbetriebsgröße, sowie nach dem Vorhandensein von außerlandwirtschaftlichen Einkommen in Form von Zu- und Nebenerwerb zu untersuchen. In der Regel sind einige Jahre wirtschaftlicher Tätigkeit und betrieblicher Wachstumsmöglichkeiten nach der Aussiedlung bis zum Jahre 1966 vorhanden. An Hand der 103 untersuchten Aussiedlungen wird die Anwendung dieser Kriterien in kleinräumlicher Untersuchung vorgeführt.

Die Begriffe besitzen folgenden Inhalt:

D e r V o l l e r w e r b s b e t r i e b :¹⁾ Bei durchschnittlicher Bewirtschaftung wird wenigstens die als Mindestbetriebsgröße²⁾ angegebene landwirtschaftliche Nutzfläche langfristig und somit hauptberuflich bewirtschaftet.³⁾

D e r G r e n z b e t r i e b wird mit Hilfe mehrerer Merkmale umrissen:

- a) "Die langfristig bewirtschaftete LN der Betriebe, die als Grenzbetriebe eingestuft werden, muß zudem mindestens 1/2 der entsprechenden Mindestbetriebsgröße umfassen, und deren Betriebsleiter müssen aufstockungswillig sein."

-
- 1) Die Definitionen sind enthalten in: Arbeitsanweisung zur Agrarstrukturellen Rahmenplanung vom 26. Mai 1965, Nr. III OS/3 - 5141/128 in der Beilage 3.
- 2) Zur Diskussion vgl. Kapitel F.
- 3) Sonderkulturflächen wurden in "normale landwirtschaftliche Nutzflächen in ha" umgerechnet.

- b) Es wird die Voraussetzung getroffen, daß der Grenzbetrieb sich in absehbarer Zeit zu einem Vollerwerbsbetrieb entwickelt. "Im allgemeinen ist das nur für hauptberuflich bewirtschaftete Betriebe anzunehmen, d.h. der überwiegende Teil des Gesamteinkommens (mehr als 50 %) muß aus der Landwirtschaft stammen."¹⁾

Betriebe, welche "unter" dem Grenzbetrieb liegen, wurden in die Rahmenplanung nicht mit aufgenommen.

Das außerlandwirtschaftliche Einkommen erfolgt durch Feststellung, ob Zuerwerb, d.h. eine unselbständige Arbeit, oder Nebenerwerb, d.h. eine selbständige Arbeit aufgenommen ist.

Durch Kombination sind also 6 "Betriebstypen" möglich, welche einen verschiedenen sozialökonomischen Status ausdrücken: Vollerwerbsbetriebe nur mit Landwirtschaft, mit Zuerwerb oder Nebengewerbe; Grenzbetriebe nur mit Landwirtschaft, mit Zuerwerb oder Nebengewerbe.

Rund 3 % der Aussiedlerbetriebe wurden in der Rahmenplanung nicht erfaßt, da sie nicht mehr zu landwirtschaftlichen Betrieben mit den genannten Kriterien gehörten.²⁾

-
- 1) Es sei hier darauf verzichtet, die getroffenen Abgrenzungen im Vergleich mit anderen Planungen und Begriffsbestimmungen zu diskutieren.
- 2) a) 55 Grenzbetriebe mit weniger als die Hälfte der Mindestbetriebsgröße und nicht aufstockungswillig, davon allein 23 in der Oberpfalz und 11 in Oberbayern.
b) 14 Betriebe, bei welchen der überwiegende Haupterwerb nicht aus der Landwirtschaft stammt.
c) 27 Sonderkulturbetriebe (4 in Oberbayern, 8 in Unterfranken), die so betrieben werden, daß der Haupterwerb ebenfalls nicht aus der Landwirtschaft stammt (Gärtnereien, Weinanbaubetriebe).
d) 6 Aussiedlungen, welche durch Auflösung oder Umwandlung des Aussiedlerhofes, bzw. Aufgabe der Landwirtschaft nicht mehr als landwirtschaftliche Betriebe existierten.
- Von diesen Betrieben kann man behaupten, daß sie überwiegend das eingangs gesteckte Ziel der Existenzsicherung aus der Landwirtschaft nicht erreicht haben.

76 Aussiedlerbetriebe, etwa 2 %, konnten aus erhebungstechnischen Gründen nicht gefunden werden, davon 18 Aussiedler in Großstädten über 100.000 Einwohner, die nicht in die Rahmenplanung einbezogen wurden.

Insgesamt waren von allen Aussiedlungsbetrieben (siehe Tabelle 7) die in den Jahren 1953 bis 1966 ausgesiedelt wurden, im Jahre 1966 59,2 %, also rund 60 % Vollerwerbsbetriebe und 35,7 % Nebenerwerbsbetriebe. Zu diesen können in etwa die 3 % der fehlenden und die Hälfte der 2,2 % dazu gerechnet werden, so daß sich hier rund 40 % ergeben.¹⁾ Im Vergleich zu den Werten der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns liegen die Vollerwerbsbetriebe etwa 5 % über dem Landesdurchschnitt.²⁾³⁾

Die Gründe für dieses ungünstige Ergebnis sind: die geringen Aussiedlungsgrößen im Durchschnitt vor der Aussiedlung und der höhere Mindestbetriebsgrößenmaßstab 1966, die Wachstumshindernisse wie z.B. die Kauf- und Pachtpreise und die Vermutung, daß noch Aussiedlungen, die als Grenzbetriebe aussiedelten sich zu Vollerwerbsbetrieben entwickeln werden.

Man kann mit dem Argument, daß die Aussiedlungen, welche etwa ab 1963/64 im Zustand des Grenzbetriebes erfolgten und zur Aufstockung noch nicht genügend Zeit hatten, einwenden, daß der Anteil der Grenzbetriebe zu hoch eingeschätzt wurde. Dieses Argument wird dadurch bekräftigt, daß viele Aussiedler vor, während und nach der Aussiedlung Zu- oder Neben-

-
- 1) Im folgenden wird mit aufgerundeten Zahlen argumentiert.
 - 2) Die Tatsache, daß den rund 160.000 aufgenommenen Betrieben 3463 Aussiedler angehören und deren Verteilung mitgestalten, kann vernachlässigt werden.
 - 3) In der Karte 13 wurden Zu- und Nebenerwerbsbetriebe jeweils zusammengefaßt, da oft keine oder nur 1 bis 3 Aussiedlungen einer Sparte angehört hätten.

Tabelle 7:

Die Verteilung der Aussiedlungen Bayerns auf Vollerwerbs- und Grenzbetriebe, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe 1966, dazu die Verteilung aller landwirtschaftlichen Betriebe 1966

		VOLLERWERBSBETRIEBE				GRENZBETRIEBE				FEHLENDE			SUMME
		VL	VZ	VN	S	GL	GZ	GN	S	a	b	S	
Oberbayern	Auss.	324	21	18	363	144	9	36	189	20	13	33	585
	v.H.	55,4	3,5	3,2	62,1	246	1,5	6,2	32,3	3,4	2,2	5,6	100 %
	alle	60,1	4,2	1,6	65,8	24,3	2,3	7,5	34,1	-	-	-	100 %
Niederbayern	Auss.	158	1	4	163	71	1	10	82	7	11	18	263
	v.H.	60,1	0,4	1,6	62,0	27,0	0,4	3,8	31,1	2,7	4,1	6,8	100
	alle	61,0	4,5	1,0	66,5	27,0	2,4	4,2	33,6	-	-	-	100
Oberpfalz	Auss.	218	15	6	239	168	15	4,7	230	31	9	40	509
	v.H.	42,8	2,9	1,2	47,0	33	2,9	9,2	45,2	6,1	1,8	7,9	100
	alle	44,0	4,3	1,5	49,8	35,5	4,9	9,8	50,2	-	-	-	100
Oberfranken	Auss.	178	3	11	192	172	11	21	204	8	10	18	414
	v.H.	43,0	0,8	2,6	46,4	41,5	2,6	5,1	49,2	2,0	2,4	4,4	100
	alle	33,5	2,5	1,2	37,2	45,4	5,6	11,8	62,8	-	-	-	100
Mittelfranken	Auss.	172	3	12	187	100	13	31	144	11	21	32	363
	v.H.	47,4	0,9	3,2	51,5	27,5	3,6	8,5	39,6	3,0	5,8	8,8	100
	alle	41,4	3,6	1,5	46,5	35,7	5,1	12,6	53,4	-	-	-	100
Unterfranken	Auss.	544	16	17	577	186	15	40	241	10	11	21	839
	v.H.	64,8	1,9	2,0	68,8	22,2	1,8	4,8	28,8	1,2	1,2	2,5	100
	alle	48,9	1,8	2,0	52,7	35,9	2,6	8,8	47,3	-	-	-	100
Schwaben	Auss.	292	15	20	327	109	5	32	146	16	1	17	490
	v.H.	59,6	3,1	4,0	66,7	22,2	1	6,5	29,7	3,3	0,3	3,5	100
	alle	43,0	3,5	1,8	48,3	36,7	3,7	11,4	51,8	-	-	-	100
Bayern	Auss.	1886	74	88	2048	950	69	217	1236	103	76	170	3463
	v.H.	54,5	2,2	2,5	59,4	27,4	2	6,3	35,7	3	2,2	5,2	100
	alle	49,1	3,7	1,5	54,3	33,0	3,6	9,1	45,7	-	-	-	100

VL (GL) = Vollerwerbsbetriebe (Grenzbetriebe) nur mit Landwirtschaft
VZ (GZ) = Vollerwerbsbetriebe (Grenzbetriebe) mit Zuerwerb
VN (GN) = Vollerwerbsbetriebe (Grenzbetriebe) mit Nebengewerbe
S = Summe
Fehlende = fehlende Aussiedlungen
a = nicht erfaßt in der Rahmenplanung
b = aus erhebungstechnischen Gründen nicht erfaßt
Auss. = absolute Anzahl der Aussiedlungen und in v.H.
alle = alle Betriebe Bayerns in v.H., soweit in der Rahmenplanung erfaßt

Die Summe der v.H. -Anteile beträgt wegen Auf- und Abrundungen nicht immer 100 %.

Quelle: Berechnungen aus Angaben der Agrarstrukturellen Rahmenplanung Bayerns.

erwerb betreiben, um Ersparnisse für die Finanzierung der Aussiedlung zu erarbeiten. Dies bestätigte auch die Befragung, wo ersichtlich wurde, daß u.U. deshalb weniger Land (d.h. hier Pachtland) bewirtschaftet wurde, um eine über- große Belastung zu vermeiden und führte dann bei Anwendung des Maßstabes Mindestbetriebsgröße besonders zur Einschätzung als Grenzbetriebe. Aber dieselbe Befragung zeigte auch, wie schwer es ist, sich dennoch zum Vollerwerbsbetrieb "emporzuarbeiten"; es ist fast nur mit Hilfe außerlandwirtschaftlichen Einkommens möglich. Die "Chance" ist für diese Aussiedlung nicht viel größer als für den Durchschnitt der landwirtschaftlichen Betriebe allgemein, so daß sich aus diesem Grunde kein günstigeres Verhältnis von Vollerwerbs- zu Grenzbetrieben bei Aussiedlungen als im Landesdurchschnitt ergeben müßte.

Dies wird auch dadurch bekräftigt, daß die Anzahl der Grenzbetriebe mit oder ohne Zu- oder Nebenerwerb der einzelnen Aussiedlungsjahrgänge der Gesamtanzahl der Aussiedlungen pro Jahrgang parallel verlaufen, d.h. der Anteil Grenzbetriebe pro Jahrgang ist im Jahre 1966 in etwa gleich.

Aussiedlungs- Jahrgänge	1953- 1956	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	Summe
nur Grenzbetriebe 1966	20	100	70	70	104	108	160	85	82	96	55	950
Grenzbetriebe mit Zu- und Nebener- werb 1966	3	34	25	29	35	30	48	31	16	24	10	286
alle Grenzbetriebe	23	134	95	100	139	138	208	116	98	120	65	1236
alle Aussiedler	35	371	271	294	379	367	553	288	323	368	215	3464
Grenzbetriebe in v. H. der Aus- siedler	66	36	35	34	36	38	38	40	30	35	30	36

Bei den Vollerwerbsbetrieben stimmt der Anteil der Betriebe mit außerlandwirtschaftlichen Einkommen von 4,7 % mit dem Landesdurchschnitt von 5,2 % in etwa überein; bei den Grenzbetrieben beträgt das Verhältnis 8,3 % bei Aussiedlungen zu 12,7 % im Landesdurchschnitt. Im letzteren Falle müßten zu den Aussiedlungen auch noch Teile der "fehlenden Betriebe" eingeordnet werden, wodurch sich auch hier die Anteilswerte angleichen würden. Über ein Viertel aller Grenzbetriebe der Aussiedlungen leben nur von der Landwirtschaft und sind deshalb bezüglich ihren weiteren Aufstockungsmöglichkeiten als wenig erfolgreich einzuschätzen.

Der Vergleich der Verteilung in den Regierungsbezirken zeigt zwar einige größere Differenzen, aber im großen und ganzen kann festgestellt werden, daß das regionale sozialökonomische Grundmuster erhalten blieb. Wie Tabelle 7 und die Karten 13 und 14 zeigen, hebt sich die Anzahl der Vollerwerbsbetriebe bei den Aussiedlern in Unterfranken von dem Durchschnittswert aller Betriebe positiv ab mit 70 % zu 53 %. Dieser größere Anteil ist auf das relativ starke Betriebsgrößenwachstum der Aussiedlerbetriebe in Unterfranken zurückzuführen. (In jenem Kapitel wurde auch schon auf Gründe hingewiesen außerlandwirtschaftliches Einkommen anzustreben.) Analog liegen die Anteilswerte für Vollerwerbsbetriebe bei den Aussiedlerbetrieben in den einzelnen Landkreisen etwas höher als die Werte aller Betriebe, so z.B. in den Landkreisen Obernburg, Mellrichstadt, Gerolzhofen, Bad Kissingen und Marktheidenfeld.

Die regionalen Unterschiede selbst, insbesondere auch die jeweiligen Anteile an Zu- und Nebenerwerbsbetrieben bei den Aussiedlerbetrieben, sind auf der Basis der entsprechenden Anteilswerte aller Betriebe zu sehen. Diese stellen das sozialökonomische, regional verschiedene Grundmuster dar, dem sich die Aussiedler angepaßt haben, bzw. stellt jenes Verhalten dar, von dem im Durchschnitt die Aussiedler stark geprägt worden sind. Der herausfallend hohe Anteil an Zu- und Nebenerwerb bei einigen Aussiedlerbetrieben soll im Ver-

gleich mit dem Anteilswert aller Betriebe aufgezeigt werden: im Landkreis Ebern finden sich bei den Aussiedlerbetrieben 50 % Vollerwerbsbetriebe, 50 % Grenzbetriebe, davon 35 % mit Zuerwerb, die Durchschnittswerte aller Betriebe betragen in gleicher Reihenfolge 42 %, 58 % und 25 %; Hammelburg 65 %, 30 % und 18 % zu 37 %, 63 % und 29 %, und Gemünden mit 56 %, 40 % und 15 % zu 42 %, 50 % und 17 %.

An Hand der 103 untersuchten Aussiedlungen¹⁾ wird der sozial-ökonomische Status der Aussiedler im Jahre 1967 untersucht, sowie eine Überprüfung der verwendeten Kriterien vorgenommen. Von den 43 in Unterfranken untersuchten Aussiedlungen waren laut Rahmenplanung 37 in Vollerwerbs- und 5 in Grenzbetriebe einzuordnen. Die weitere Einordnung in Zu- und Nebenerwerbsbetriebe war fast mit dem Sachverhalt 1967 identisch, wo drei Aussiedlerbetriebe mit außerlandwirtschaftlichem Einkommen gefunden wurden. Der Zuerwerb betrifft einmal einen Vollerwerbsbetrieb, welcher durch Einheirat und Beibehaltung des außerlandwirtschaftlichen Berufes fast eine doppelte Mindestbetriebsgröße aufweist. In den beiden anderen Fällen war einmal ein Weinbaubetrieb mit einem gutgehenden Hotel, zum zweiten ein Weinbaubetrieb mit einer beruflichen Tätigkeit des Hoferben verbunden. In letztem Falle bestand die Absicht, den Grenzbetrieb durch Zukauf von Rebland aufzustocken. In allen anderen Fällen war als Begründung für die fehlende außerlandwirtschaftliche Tätigkeit Arbeitskräftemangel, bzw. fehlende Arbeitszeit angegeben, sowie andererseits die Möglichkeit allein durch den Erfolg in der Landwirtschaft aufzustocken zu können. Selbst Nebenverdienst durch Zimmervermietung wäre, sofern möglich, kaum ausgeführt worden.

Die 37 Vollerwerbsbetriebe hatten überwiegend schon vor der Aussiedlung eine Betriebsfläche, welche die Mindestbetriebs-

1) Es werden im folgenden drei Gruppen unterteilt (vgl. auch Karte 1): Aussiedlungen in Unterfranken, in Mittelgebirgslagen und in Oberbayern.

größe überschritt, im übrigen wurde teils lebhaftere Aufstockung besonders durch Pacht und etwas durch Kauf vorgenommen. Von den 5 als Grenzbetriebe eingestuften Aussiedlungen gehörten 1967 zwei nicht mehr dazu, von den übrigen drei wird einer durch Erbschaft in Kürze genügend Land zu bewirtschaften haben, die beiden anderen Fälle sind oben geschildert.

Der manchmal außerordentlich hohe Anteil der Grenzbetriebe bei den Aussiedlerbetrieben in Oberfranken, Mittelfranken und in der Oberpfalz - die durchschnittlichen Anteile bei den Aussiedlern pro Regierungsbezirk sind fast gleich den Durchschnittswerten für alle Betriebe Bayerns (vgl. Tabelle 7) - hängt direkt mit dem schon geschilderten geringen Betriebsgrößenwachstum in diesen Gebieten zusammen. Der in einigen Landkreisen überdurchschnittlich hohe Anteil von Grenzbetrieben mit Zu- und Nebenerwerb entspricht dem Grundmuster, bzw. dem allgemeinen Verhalten. Einige vergleichende Werte sollen diesen Zusammenhang unterstreichen: im Landkreis Ebermannstadt bestehen die Aussiedlerbetriebe zu 71 % aus Grenzbetrieben, davon haben 11 % Zu- oder Nebenerwerb, die Anteilswerte für alle Betriebe betragen analog 78 % und 24 %, für Bamberg 62 % und 20 %, zu 75 % und 28 %, für Münchberg 68 % und 0 % zu 62 % und 4 %, für Stadtsteinach 63 % und 3 %, zu 55 % und 11 %, für Neunburg vorm Wald etwa 50 % und 17 %, zu 58 % und 16 %, für Neumarkt 62 % und 30 %, zu 62 % und 31 % und für Dinkelsbühl 63 % und 23 %, zu 67 % und 22 %.

In der zweiten Gruppe der untersuchten Aussiedler waren 36 Betriebe in Mittelgebirgslage zusammengefaßt. Von den 36 Betrieben gehörten 20 in die Klasse der Vollerwerbsbetriebe. Die Befragung ergab, daß 1967 die Mindestbetriebsgröße 18 mal zum Teil erheblich übertroffen wurde, aber in zwei Fällen die Angabe des Vollerwerbsbetriebes nicht mehr zutraf. Im ersten Falle wurde bewußt eine Verminderung der LN durch Aufgabe von Pachtland vorgenommen, weil die Söhne andere Berufe ausübten und die Töchter noch in der Ausbildung standen, sowie durch Zimmervermietung an Sommer- und Winterur-

lauber zusätzliches Einkommen erworben wurde. Im zweiten Falle machte die Wahl zum 1. Bürgermeister eine Reduzierung der Pachtflächen nötig, aber durch Umstellung der arbeitsintensiveren Schweinemast auf Milchviehhaltung mit Silagefütterung und Futterzukauf war kein nennenswerter Einkommensverlust zu verzeichnen.

In allen 20 Fällen der Vollerwerbsbetriebe war in der Rahmenplanung kein Zu- oder Nebenerwerb angegeben, weil nur Zu- oder Nebenerwerb des Bauern bzw. des Hoferben und nicht der übrigen Familienmitglieder in die Beurteilung miteinbezogen werden sollte. Da im Falle der Aussiedlung aber alle Familienmitglieder zusammenhelfen, wie durch die Befragung bestätigt wurde, muß diese Prämisse hier fallengelassen werden. Es konnte nur in wenigen Fällen festgestellt werden, welches außerlandwirtschaftliche familiäre Einkommen nicht in die "Aussiedlung fließt". Somit muß für Aussiedlungen in diesen oder ähnlich schlecht strukturierten Lagen die Anzahl von Zu- oder Nebenerwerbsbetrieben größer angenommen werden, wie dies im folgenden gezeigt wird.

Hier wurde, wenn auch in einigen Fällen zeitlich nur etwa auf eine Saison beschränkt, von den 20 Vollerwerbsbetrieben 12 mal Zu- oder Nebenerwerb festgestellt, und zwar überwiegend beim Aussiedler und Hoferben selbst, bzw. deren Ehefrauen. Als Zuerwerb wurden mehrjährige Arbeiten bei der gleichzeitig stattfindenden Flurbereinigung zur Entlastung des eigenen Beitrags ausgeführt oder saisonale Bauhilfsarbeiten angenommen. In einigen Fällen lagen die Aussiedler im Einzugsbereich einer neuerstellten Firma,¹⁾ wurden per Firmenbus abgeholt und konnten durch Ausnützen von Spät- und Nachtschichten Zeit für Arbeiten tagsüber auf dem Hof gewinnen. Zweck dieser Doppelbelastung war die Finanzierung der

1) Es handelt sich um die Firma Kunert in Seebach bei Deggendorf. Ein ähnlicher Einfluß geht auch von einer holzverarbeitenden Fabrik in Elsenthal bei Grafenau aus.

sog. inneren Aufstockung und der Landzukäufe. Als Nebengewerbe wurde ausnahmslos Zimmervermietung besonders während des Sommers und weniger im Winter durch die weiblichen Familienmitglieder betrieben. Die Übernachtungszahlen schwankten zwischen 30 und 600, die Kapazität war meist bei weitem nicht ausgelastet.

In den 8 Fällen von Vollerwerbsbetrieben ohne Zu- und Nebenerwerb wurde als Begründung festgestellt, daß einmal außergewöhnliche berufliche Qualitäten, einschließlich vorhandener anderer Berufsausbildungen (ohne Ausübung allerdings), in anderen Fällen die Betriebsgröße (welche die doppelte Mindestbetriebsgröße erreichte), zum dritten der geringe Arbeitskräftebesatz und in einem Falle ein guter Landverkauf an die Stadt den Zu- oder Nebenerwerb entweder überflüssig, nicht erwünscht oder nicht ausfahrbar erscheinen ließen.

In die Klassifizierung Grenzbetriebe waren in der Rahmenplanung 16 Aussiedlungen eingestuft, wobei keinmal Zu- oder Nebenerwerb vorhanden war. Dies traf, an Hand der obigen Feststellung, nur 3mal zu. Auf die Mindestbetriebsgröße bezogen sind 3 Betriebe Ende 1967 als Vollerwerbsbetriebe einzuordnen, welche mit Hilfe von außerlandwirtschaftlichem Einkommen Landzukauf vornehmen konnten. Ein Betrieb ist wegen fehlendem Kindernachwuchs als auslaufend anzusehen, die übrigen Grenzbetriebe waren auch schon vor der Aussiedlung Grenzbetriebe. Bezüglich des Zuerwerbes wurden ebenfalls Doppelberufe auf sich genommen, und in einigen Fällen Arbeitswege während des Winterhalbjahres wöchentlich bis München durchgeführt. Die fehlenden Arbeitsplätze dürften wohl nach der Rezession wieder vorhanden sein. Als Nebengewerbe war natürlich Zimmervermietung mit einer Übernachtungszahl von 80 bis 380 Gästen vorherrschend. Der Ertrag der arbeitsmäßigen Doppelbelastung, sowie die Zuschüsse der berufstätigen Kinder dienten der inneren und äußeren Aufstockung. Im Falle der drei Grenzbetriebe ohne Zu- oder Nebenerwerb konnte auf Grund der Zuschüsse der Kinder, die in anderen Berufen tätig waren,

auf außerlandwirtschaftliches Einkommen verzichtet werden, auch deshalb, weil eine Aufstockung höchstens durch Pacht geplant war.

In den beiden übrigen Regierungsbezirken haben die Aussiedlerbetriebe in einigen Landkreisen als Folge einer relativ starken Flächenzunahme einen höheren Anteil an Vollerwerbsbetrieben aufzuweisen, als der Durchschnittswert für alle Betriebe aufzeigt, z.B. in Dillingen und Nördlingen. Die Übereinstimmung mit dem sozialökonomischen Grundmuster ist auch hier vorhanden (bis auf den Wert für den Landkreis Wasserburg) wie z.B. in den Landkreisen Sonthofen, Kempten, Wolfershausen und Rosenheim.

Von den 24 untersuchten Aussiedlungen waren 17 als Vollerwerbs- und 7 als Grenzbetriebe, alle ohne Zu- und Nebenerwerb, eingestuft. Bezüglich der Vollerwerbsbetriebe ist festzustellen, daß sie überwiegend schon vor der Aussiedlung genügend große Betriebsflächen zu bewirtschaften hatten. Dies traf insbesondere auf die Aussiedlungen in Ismaning zu. Diese großen Ackerbaubetriebe, sowie die größeren Grünlandbetriebe wiesen keinen Zu- und Nebenerwerb auf, aus denselben Gründen wie die Aussiedlungen in Unterfranken. Dennoch wurde 1967 viermal bei Vollerwerbsbetrieben Zu- Nebenerwerb gefunden, davon dreimal Zimmervermietung mit Übernachtungszahlen bis zu 300 und einmal gleichzeitige Tätigkeit in einer Molkerei.

Von den 7 Grenzbetrieben sind 1967 fünf zu Vollerwerbsbetrieben zu zählen, was ausnahmslos durch außerlandwirtschaftliches Einkommen des Aussiedlers, bzw. Hoferben ermöglicht wurde. Ein Grenzbetrieb wird sicher durch Zuerwerb in München noch aufstocken, der zweite, eine Aussiedlung von 1956 muß als auslaufend betrachtet werden. Insgesamt gesehen ist bei Aussiedlungen, die dieser Gruppe in etwa entsprechen, wiederum ein größerer Prozentsatz von Zu- und Nebenerwerb als in der Rahmenplanung angegeben, anzunehmen.

Abschließend soll darauf hingewiesen werden, daß Zu- oder Nebengewerbe an sich nichts "Negatives" selbst bei Vollerwerbsbetrieben darstellt. Dieser Sachverhalt wurde unter dem Blickwinkel der Ziele der Aussiedlung, Schaffung bäuerlicher Familienbetriebe ohne Arbeitsüberlastung und mit angemessenen Einkommen, gesehen, wodurch Zu- oder Nebenerwerb insbesondere bei Grenzbetrieben eine Situation kennzeichnet, welche als Nichterreichen jener Ziele bezeichnet werden muß.

E. PROBLEME BEI DER STANDORTWAHL

I. Problematik und Überblick über die Verteilung der Standorte der Aussiedlungen in Bayern

Im allgemeinen kann für einen landwirtschaftlichen Betrieb (außer bei Sonderkulturbetrieben) ein wichtiges Charakteristikum darin gesehen werden, daß die Produktion erheblichen Raum, bzw. große Flächen beansprucht, die von einem Zentrum aus, dem Hof, bearbeitet und gestaltet werden. Die Beziehung Hof und Felder, welche auch als effektive Reichweite der bäuerlichen Familie bezeichnet werden kann,¹⁾ stellt eine Reihe von Problemen bei der Standortwahl, und OTREMBAS²⁾ spricht davon, daß der Landwirt zugleich ein Verkehrsunternehmer wider Willen ist. Bei jedem Standort sind zunächst einmal die Vor- und Nachteile der inneren und äußeren Verkehrslage abzuschätzen. Erstere wird durch den Betriebstyp, die Betriebsgröße, Zahl und Lage der Felder, letztere durch die betrieblich-verkehrsmäßige Verflechtung mit der Umwelt durch Einkauf und Absatz bestimmt.

Ein zweiter Bereich von Überlegungen, welche einen Standort mitbestimmen, liegt in den Interessen und Forderungen, welche die Gemeinde an den Aussiedlerbetrieb heranträgt, sowie in der sozialen Verflechtung der Aussiedlerfamilie mit der Gemeinde. Auch hinsichtlich dieser sozialen Verflechtung kann von einer Reichweite der Beziehungen gesprochen werden. Diese wirken meist zentripetal, im Gegensatz zu jenen Standortanforderungen, welche durch eine Optimierung der inneren

1) Vgl. Ruppert, K., Die gruppentypische Reaktionsweite, a.a.O., insbes. S. 174 und 175.

2) Otremba, E., Allgemeine Agrar- und Industriegeographie, 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 21.

Verkehrslage (d.h. der bestmöglichen Arrondierung) entstehen. Aus der Sicht der Gemeinde sind die funktionalen Vorstellungen der Gestaltung des Lebensraumes der Gemeinde, siedlungsgeographische Probleme und Aspekte der Planung (wie im Falle der Bauleitplanung) als standortgestaltende Forderungen zu beachten. So stellt die einzelne getroffene Standortwahl immer einen Kompromiß dar.

Als nächstes sind die verschiedenen Standorttypen kurz aufzuzählen. Natürlich gibt es Übergänge zwischen den einzelnen Typen. Sowohl die Entfernung vom Ort als auch die Zahl der Aussiedler können graduell zunehmen. Weiterhin wird die Einstellung der einzelnen Aussiedler, ab welcher Entfernung z.B. Ortsferne beginnt, verschieden sein. Dennoch ist es unumgänglich, die einzelnen "Punkte" im Raum als "Standorte zu klassifizieren", die aber zunächst mehr als Schemata und Anhaltspunkte zu sehen sind und erst im Einzelfall mit Aufgaben und Forderungen verbunden werden.

In den Richtlinien wurden bis Ende 1966 folgende Standorttypen unterschieden: Ortsrandlage, Reihenlage, Streulage und Gemarkungsrandlage.¹⁾ Um der heutigen Erfahrungen gerecht zu werden, wird verschiedentlich vorgeschlagen, unter Orts-

-
- 1) "1. Ortsrandlage. Der Standort grenzt mit mindestens einer Seite der Hofffläche unmittelbar an ein zur Ortslage gehörendes Grundstück (als Grundstück in diesem Sinne gelten auch Gärten, Viehausläufe usw.)
2. Reihenlage. Die Standorte werden in aufgelockerter Reihe an einem vom Dorf in die Feldmark führenden Weg entwickelt.
3. Streulage. Die Standorte befinden sich in der Feldmark in lockerer Streusiedlung zwischen Ortsrand und Gemarkungsgrenze bzw. Wirtschaftsgrenze.
4. Gemarkungsrandlage. Der Standort wird in weiträumiger Entfernung von der Ortslage innerhalb von Wirtschaftsflächen gewählt, die sich bis an die Gemarkungsgrenze der Gemeinde erstrecken."
- In: Richtlinien für die Standortwahl, a.a.O.

rand die "in überschaubarer Zeit voraussichtlich erreichbare Bebauungsgrenze"¹⁾ zu verstehen. Die Kriterien Entfernung vom Ort und Anzahl der Aussiedlungen haben sich insbesondere in der statistischen Verarbeitung durchgesetzt, so daß im folgenden neben der ortsnahen oder am Ortsrand gelegenen Aussiedlung (welche eine oder mehrere Aussiedlungen umfassen kann), die ortsferne Einzelaussiedlung und die ortsferne Gruppенаussiedlung (ab zwei Aussiedlungen²⁾) unterschieden wird.

Um die Vorstellungen über den "richtigen" Standort in der Praxis wirkungsvoll zur Geltung zu bringen, wurden in den Richtlinien die standortbildenden Faktoren klassifiziert und in einem hierarchischen Schema als "Entscheidungsrahmen" präsentiert.³⁾ Die Meinung, daß nach Möglichkeit der ortsferne

1) Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl bei der Aussiedlung, 2. Aufl., Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Sonderdruck 34, Münster 1968, S. 13 und 14.

2) Für die finanzielle und rechtliche Definition beginnt die Gruppенаussiedlung ab 3 Aussiedlungen in Weilerform.

3) Die Hierarchie der Forderungen lautet:

Forderung 1. Ordnung:

- a) Eignung des Standortes nach Umfang und Geländegestaltung.
- b) Eignung des Standortes nach Verkehrslage und Erschließungsmöglichkeiten.

Forderung 2. Ordnung:

- a) Eignung des Standortes für ein sinnvolles Betriebssystem.
- b) Eignung des Standortes in Bezug auf die innere Verkehrslage.
- c) Eignung des Standortes in Bezug auf die Möglichkeit der Arrondierung.

Forderung 3. Ordnung:

- a) Eignung des Standortes in Bezug auf die äußere Verkehrslage.
- b) Übereinstimmung des Standortes mit dem Standorttyp, der für den Gemeindetyp zu bevorzugen ist.
- c) Auswirkungen des Standortes auf die Dorf- und Flurlage, sowie auf die Art und Intensität der Bodennutzung einer Gemeinde.

Standort wegen der überragenden Bedeutung der betriebswirtschaftlichen Vorteile zu wählen sei, die verwendeten Kriterien und die Nichtberücksichtigung der Verschiebungen in ihren Bewertungen sind im folgenden der Kritik zu unterziehen.

Die Entwicklung der Standorte der Aussiedlungen ist in Schaubild 1, die Verteilung der Standorte in Bayern auf Karte 15 dargestellt. Gemäß der bisherigen Konzeption, die in den letzten Jahren aufgegeben wurde (vgl. Fußnote S. 39) überwiegt im Durchschnitt in Bayern der ortsferne Standort. Der Anteil von etwa 20 %¹⁾ ortsnahen Aussiedlungen blieb in den Jahren 1964 bis 66 ziemlich konstant. Rheinland-Pfalz weist mit 22 % ortsnahen Aussiedlungen im Jahre 1966 einen ähnlichen Prozentsatz auf, während in Baden-Württemberg z.B. von Anfang an die ortsferne Aussiedlung, insbesondere die Weileraussiedlung angestrebt wurde, so daß 1966 nur 4 % ortsnahe Aussiedlungen zu verzeichnen waren.

In einigen Gebieten Bayerns dominieren fast die ortsnahen Aussiedlungen, so in Unter- und Mittelfranken, wo die Verhältniswerte der drei Standorttypen (ortsnah, ortsfern und Weileraussiedlung) 37 : 41 : 17 und 45 : 45 : 5 betragen, im Gegensatz zu Oberbayern und Schwaben mit 28 : 61 : 7 und 22 : 66 : 9. In Unter- und Mittelfranken haben die Sonderkulturen, die Dorfformen in Hanglage (z.B. im Maintal), sowie die Haufendörfer meist mit großer nicht "zersiedelter Flur", sowie das traditionelle Verhalten der bäuerlichen Bevölkerung den Anlaß für den relativ oft gewählten ortsnahen Standort gegeben. In Unterfranken wurde die Gruppennaussiedlung, insbesondere im Zusammenhang mit der Flurbereinigung sehr gefördert. In den oberbayerischen und schwäbischen Gebieten, sowie in den bayerischen Mittelgebirgslagen ist die ortsferne Aussiedlung wesentlich häufiger zu finden. Neben dem schon erwähnten Leitbild sind als Ursachen noch

1) Quelle dieser Zahlen: eigene Berechnungen, für die anderen Bundesländer: Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl, a.a.O., S. 16-23.

aufzuzählen: die aufgelockrtere Siedlungsform (öfters fanden Aussiedlungen in bestehenden Weilern statt), die Tatsache, daß mehr Grünlandbetriebe aussiedelten, welche nicht direkt den Ortsrand als Standort beanspruchen und die größere psychologische Bereitschaft, z.B. ortsferne Standorte zu akzeptieren, da eine größere Streuung der Siedlungen schon immer vorhanden war (wie z.B. bei vielen Aussiedlungen im Bayerischen Wald).

II. Standortwahl und betriebliche Aspekte

Bevor einige betriebswirtschaftliche Überlegungen zur Standortwahl gebracht werden, soll kurz auf das tatsächliche Betriebsgrößenwachstum von Aussiedlerbetrieben mit verschiedenen Standorten eingegangen werden.

Die durchschnittliche Betriebsgröße derjenigen Aussiedlungen, die innerhalb der Flurbereinigung vollzogen wurden und die ortsnahen Standort haben, liegt sowohl vor der Aussiedlung, als auch 1966 unter dem vergleichswisen gesamten Durchschnitt in den Regierungsbezirken Oberbayern und Unterfranken (vgl. Tabelle 8). Bei geringem absoluten Wachstum von 1,4 ha, bzw. 1,9 ha fand eine Besitzkonsolidierung (Übergang von Pachtland in Eigenland) statt.

Die Tatsache des geringen Wachstums für ortsnahen Aussiedlungen ist darauf zurückzuführen, daß nach vollzogener Flurbereinigung durch die Felderneuverteilung die Bodenmobilität sehr unelastisch ist. Die Grundstücke um den Ort sollten ja vorwiegend der nebenberuflichen Landwirtschaft vorbehalten sein und diese ist in der Regel ebenfalls mehr aufstockungs- als abgabewillig. Außerdem wird in Ortsnähe sehr oft wegen der Baulandspekulation wenig Land abgegeben. Dieser Grund mag neben dem Sicherheitsmotiv zur Besitzkonsolidierung geführt haben. Um ortsferne Felder bewerben sich Bauern, die dort schon Grundstücke bewirtschaften.

Tabelle 8:

Das Betriebsgrößenwachstum von Aussiedlerbetrieben
mit verschiedenen Standorten

	ortnaher Standort		ortsferner Standort		Weileraus- siedlung	
	LN ¹⁾ vor 1966	LN vor 1966	LN vor 1966	LN vor 1966	LN vor 1966	LN vor 1966
Aussiedlung nur inner- halb der Flurberei- nigung						
in Oberbayern	14,5	15,9	16,4	17,7	11,2	14,0
in Unterfranken	12,7	14,6	15,7	20,6	13,9	15,8
alle Aussiedlungen ²⁾						
Oberbayern	15,1	18,0	16,0	18,0	15,9	17,8
Niederbayern	12,7	14,1	14,5	16,5	12,3	16,0
Oberpfalz	16,3	18,9	15,2	18,1	12,2	13,8
Oberfranken	14,2	16,4	15,0	17,5	15,4	17,2
Mittelfranken	13,6	14,6	14,9	16,7	12,2	14,6
Unterfranken	13,4	16,6	13,8	17,9	12,4	15,6
Schwaben	12,5	15,9	14,4	17,0	13,9	18,7
Bayern	14,0	16,5	15,0	17,5	13,1	15,8

1) LN vor = durchschnittliche landwirtschaftliche Nutz-
fläche vor der Aussiedlung

LN 1966 = durchschnittliche landwirtschaftliche Nutz-
fläche im Jahre 1966

2) Es wurden rund 2.660 der bis Ende 1964 erfolgten Aus-
siedlungen in die Berechnung einbezogen.

Quelle: Bewilligte Anträge zur Aussiedlung, a.a.O.,
und Daten aus der Agrarstrukturellen Rahmen-
planung, a.a.O.

Dagegen liegt das Betriebsgrößenwachstum für die Aussiedlungen innerhalb der Flurbereinigung mit ortsfernem Standort in Oberbayern etwa so hoch wie im Durchschnitt, in Unterfranken weit über dem Durchschnitt. Besonders im letzten Fall zeigt sich die Möglichkeit, durch die von der Flurbereinigung ausgelöste Bodenmobilität bei gleichzeitiger Aussiedlung und bei Annahme ortsferner Grundstücke eine Aufstockung vorzunehmen. Auch nach der Flurbereinigung konnten ortsferne Grundstücke in Unterfranken, die auf Grund der Abwanderung, bzw. Betriebsverkleinerung frei wurden, aufgenommen werden. Prinzipiell erfolgte die Aufstockung durch Zukauf, im Gegensatz zu der in Unterfranken sonst gleich starken Pachtlandzunahme.

Die Aussiedlungen innerhalb der Flurbereinigung mit den Weilern als Standort haben in Oberbayern erstaunlicherweise sowohl vor der Aussiedlung als auch 1966 unter dem Bezirksdurchschnitt liegende Betriebsgrößen bei gleichzeitiger Besitzkonsolidierung, d.h. absoluter und relativer Zunahme von Eigenland z.B. von 9,9 ha auf 12,5 ha. Dies ist die Folge davon, daß für die untereinander um Boden konkurrierenden Weiler eine durch die Flurbereinigung festgelegte Felderverteilung vorhanden ist. Die Ergebnisse in Unterfranken entsprechen dem Durchschnitt bezüglich des Wachstums der Weiler. Im Vergleich mit den ortsfernen Standorten lassen auch sie erkennen, daß Weileraussiedlungen selbst stark um den Boden konkurrieren müssen.

In den Durchschnittswerten für ganz Bayern kommt zum Ausdruck, daß für den ortsnahen und ortsfernen Standort keine größeren Unterschiede hinsichtlich des Betriebsgrößenwachstums gegeben sind. Die oft geäußerte Meinung, der ortsferne Standort wäre geradezu für die nötigen Aufstockungen prädestiniert, stimmt nicht (bis auf das erwähnte Beispiel der Aussiedlungen innerhalb der Flurbereinigung in Unterfranken). Am erstaunlichsten sind die niedrigen Durchschnitts-LN-Werte für die Gruppenaussiedlung. Dies beruht u.a. darauf, daß

die Hälfte dieser berechneten Standorte in Unterfranken liegt und deren niedrige Ausgangswerte, (z.B. im Vergleich zu den Durchschnitts-LN-Werten für den Weiler-Standort in Oberbayern und Schwaben) den gesamten Durchschnittswert für Bayern drücken.

Sehr oft muß das Betriebsgrößenwachstum durch erneute, bzw. weitere Flurzersplitterung erkaufte werden.¹⁾ Außerdem sind die durchschnittlichen Größen der aufgestockten (gekauften oder gepachteten) Flächen relativ klein. Somit gibt es allein aus betriebswirtschaftlichen Gründen eine Aufstockungsgrenze.²⁾

Im folgenden geht es um einen kurzen Vergleich der betrieblichen Vor- und Nachteile des ortsnahen und ortsfernen Standortes. Die Berechnungen gehen vom heutigen Stand der Motorisierung aus und setzen guten Straßenzustand voraus. Da die Betriebstypen und die Betriebsgrößen (einschl. Arrondierungsgrad), sowie die äußeren Verkehrslagen sehr verschieden sein können, sollen nur die Tendenzen der heutigen Beurteilung berücksichtigt werden.

1) Vgl. Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl, a.a.O., S. 34-39, von den Erhebungsbetrieben haben 52 v.H. zugekauft und 80 v.H. zugepachtet, was insbesondere bei den an der Grenze der Vollerwerbstätigkeit liegenden Betrieben mit erhöhtem Landbedarf zu erneuter Zersplitterung führte.

2) In den holländischen Poldern wurde bei der Neusiedlung von einer gleichgroßen Parzellierung von 24 ha Betriebsgröße in den ersten Jahren ausgegangen. Allerdings zeigten sich sehr bald Probleme bei der Hofnachfolge, sowie auf Grund der sozialen Schichtung in ihrer Wirkung auf die Betriebsgröße.

Vgl. Ruppert, K., Kulturgeographische Probleme bei Neusiedlungen in Nordholland, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München, 1956, S. 165-176.

In der Regel erfordert eine gute innere Verkehrslage, d.h. optimale Arrondierung einen Standort, der zunehmend vom Ortsrand entfernt liegt und deshalb die Probleme der äußeren Verkehrslage aufwirft. Der Einfluß der inneren Verkehrslage besteht darin, daß die Bewirtschaftung der Außenflächen zeitlichen Aufwand und Transportkosten verursachen. Arrondierungsgrad, d.h. auch mittlere Feldentfernung und Betriebssystem bestimmen den Gesamttransportweg und -zeitaufwand während eines Bewirtschaftungsjahres. "Bei einer bestimmten Feldentfernung - abhängig vom Wegezustand, Betriebssystem, Intensität, Ertragshöhe, Preiskostenverhältnis und Stand der Technik - wird der Reinertrag gleich Null."¹⁾ (= Wirtschaftlichkeitsgrenze)

So wird in der Regel der sogenannte Einplanhof mit ortsfernem Standort als die betriebswirtschaftlich beste Lösung des innerbetrieblichen Verkehrs gesehen und je nach Betonung der Bedeutung dieses Faktors das Ziel der möglichst besten Arrondierung angestrebt. Die Verhältnisse in der Wirklichkeit haben aber manche Akzentverschiebung bewirkt und das Ziel, existenzfähige Betriebsgrößen zu schaffen, sowie die kommenden Tendenzen der überbetrieblichen Zusammenarbeit, lassen den ortsfernen vollarrondierten Aussiedlerhof zur Seltenheit werden.

SEUSTER hat errechnet, daß je nach Betriebsgröße und Bodennutzungssystem und bei guten Wegen die Fahrzeit für Schlepperzugkraft etwa 15 - 20 v.H. der Fahrzeit bei Pferdeanspannung ausmacht²⁾ und z.B. bei 1000 m mittlerer Feldentfernung und bei einem 25 ha Hackfrucht-Getreidebaubetrieb bei rund 2 - 3 % der gesamten Arbeitszeit liegt.³⁾ (Bei schlechten We-

1) Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl, a.a.O., S. 29.

2) Seuster, H., Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes an die Anlage und den Ausbau des Wirtschaftsweernetzes, Heft 32 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Lengerich 1961, S. 23.

3) Ebd., S. 10.

gen und größeren mittleren Feldentfernungen steigt dieser Prozentsatz sehr schnell bis zum Zehnfachen an.) Bei einer mittleren Feldentfernung von 200 bis 400 m hat SEUSTER etwa 20 Stunden Wegezeit festgestellt, im Gegensatz zu 80 Stunden im Falle von 1000 m mittlere Feldentfernung.

Eine Faustzahl von OPPERMANN¹⁾ bestimmt (unter entsprechendem Grad der Motorisierung) bei einer Entfernungsänderung von je 100 m eine Wegezeitänderung von 1 - 2 Stunden je ha und Jahr und Betriebssystem. Das heißt, daß ein 20 ha Betrieb, der etwa 500 m mittlere Feldentfernung mehr aufweist, weil sein Standort näher am Ortsrand liegt, etwa 50 bis 100 Stunden Wegezeiten mehr im Wirtschaftsjahr benötigt.²⁾

Unter äußerer Verkehrslage ist die Transportentfernung vom Gehöft zum Ort für den Absatz und den Bezug der betrieblichen Erzeugnisse, bzw. Bezug der notwendigen Betriebsmittel zu verstehen. Der Umfang der Außenfahrten hängt einmal von der Entfernung und dem Wegezustand zwischen dem Gehöft und den Orten der Bezugs- und Absatzeinrichtungen ab, zum zweiten von der Betriebsform. Die Wege zur Molkerei, Milchsammel-, bzw. Abholstelle, zur Genossenschaft, Bahnstation, zu Handelsstellen und Reparaturwerkstätten sind sehr oft verschieden, und je nach Standort ist der eine Weg länger und der andere kürzer. Die Entfernungen sind manchmal recht beträchtlich.

1) Oppermann, E., Weitere Untersuchungen über wirtschaftliche Auswirkungen, a.a.O., S. 64.

2) Burberg ist insbesondere unter Bezug auf die Untersuchungen von Meimberg der Meinung, daß die Wirtschaftlichkeitsgrenze bei zunehmender Entfernung schneller erreicht wird. Er errechnet bei 200 m mittlerer Feldentfernung 62,5 Stunden Wegezeit (bei einem 25 ha Hackfrucht-Getreidebaubetrieb) und bei 1000 m 312,5 Stunden Wegezeitaufwand. In: Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl, a.a.O., S. 32.
Meimberg, P., Betriebs- und arbeitswirtschaftliche Vorteile der Aussiedlung, in: Mitteilungen der DLG, Jg. 77, 1962, S. 1672-1683.

Für die Aussiedlungen in Mittelgebirgslagen konnten Wege zwischen 2 und 6 km festgestellt werden.¹⁾

In den Befragungen der 103 Aussiedler gab es unterschiedliche Urteile über den Vergleich der Vorteile einer Arrondierung und entfernteren Lage und einer ortsnahen Aussiedlung, verbunden mit einer günstigen äußeren Verkehrslage. Aber mit dem Hinweis der Neuersplitterung, sowie der sozialen Beziehungen mit dem Dorf, wurde sehr oft zugegeben, daß ein ortsnäherer Standort bevorzugt worden wäre. Einige Berechnungen über den Wegezeitaufwand der äußeren Verkehrslage seien zitiert. BURBERG gibt an, daß bei 2.000 m Entfernung zur Molkeerei für die tägliche Milchabfuhr etwa sechsmal soviel Arbeitszeit wie für die innerbetrieblichen Wege aufzuwenden sind.²⁾ Er errechnet für beide Transportwege für verschiedene Standorte fast die gleichen Gesamtsummen an Wegezeiten. Bezieht man die weiteren betrieblichen Außenverflechtungen mit ein, so ergeben sich allein betriebswirtschaftlich gesehen, keine nennenswerten Vorteile eines ortsfernen Standortes. Die Alternative Betriebsgrößenwachstum und Neuersplitterung, oder Stagnation und relativ gute Arrondierung (wie z.B. im Falle der Weileraussiedlung nachgewiesen) unterstützt die Argumente zugunsten eines nicht ortsfernen Standortes. Die effektive Reichweite einer Aussiedlerfamilie ist nicht nur auf die Beziehung Hof-Felder beschränkt (die sich mit zunehmender Betriebsgröße erweitert), sondern muß auch die tatsächlichen anderen Beziehungen zur Umwelt mitbetrachten. Die

1) Die Betonung der betriebswirtschaftlichen Vorteile bei Gemarkungsrandaussiedlungen und die geringere Beachtung der äußeren Verkehrslage und der sozialen Komponenten (jedoch mit dem Hinweis der möglichen Trennung der Funktionen Arbeiten und Wohnen bei reinen Ackerbaubetrieben) kommt in folgendem Beitrag zum Ausdruck: Gamperl, H., Das Problem Aussiedlung, in: BLS Landessiedlerdienst, Mitteilungen der Bayerischen Landessiedlung GmbH, München, Jg. 1969, H. 1, S. 8-14.

2) Burberg, P.H., Probleme der Standortwahl, a.a.O., S. 45 und 46.

Summe dieser Beziehungen weist überwiegend auf einen orts-nahen Standort hin.¹⁾

In diesem Zusammenhang muß noch auf eine Art der Standortdiskussion hingewiesen werden, in welcher die Wegezeitvorteile des Aussiedlers und die der übrigen Bauern (die im Falle einer Gemarkungsrandaussiedlung entstehen) in Geld bewertet werden.²⁾ Die errechneten Vorteile eines ortsfernen Standortes werden dann meist den erhöhten Erschließungskosten gegenübergestellt. Diese Berechnungen haben den Nachteil, daß sie eine bestehende Arrondierung eines Aussiedlers, sowie die bestehende Feldverteilung der übrigen Bauern, für immer gleichbleibend ansetzen (auf Grund der Anwendung der sog. Rentenformel). Schon nach wenigen Jahren hat sich aber das Flurbild geändert. Nur in flächenmäßig kleineren Gemeinden wird durch eine Gruppenaussiedlung an den Gemarkungsrand der betriebswirtschaftlich verkehrsmäßige Vorteil für die übrigen Bauern so spürbar sein, daß dieser Standort in Erwägung gezogen werden kann. Aber gerade in kleinen Gemeinden wird im allgemeinen der ortsnahe Standort bevorzugt (es sei denn, diese Gemeinde hat bezüglich ihrer Ausdehnung einen ausgesprochen dynamischen Charakter).

Bis in jüngste Zeit wurde häufig die Ansicht vertreten, daß der Einfluß des Betriebstyps auf die Standortwahl sehr gering sei (ausgenommen bei Sonderkulturbetrieben). Diese Meinung hat heute einer differenzierteren Betrachtung Platz gemacht.

-
- 1) Auf die notwendige stärkere Betonung der "Außenbeziehungen" eines Betriebes und das Zurückstellen der betriebswirtschaftlich-geodätischen Gesichtspunkte hat Oppermann 1965 ausdrücklich hingewiesen: Oppermann, E., Die Standortwahl für "vereinfachte" Betriebe, in: Innere Kolonisation, Jg. 1965, S. 104-108.
 - 2) Vgl. Naurath, B., Die Aussiedlung im Flurbereinigungsverfahren, Heft 19 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Stuttgart 1958, bzw. auch als Dissertation Bonn 1957, vgl. dort insbes. die Seiten 105 ff.
Binz, R., Zur Finanzierung der Erschließungskosten bei Aussiedlungen in der Flurbereinigung, in: Innere Kolonisation, a.a.O., Jg. 1965, S. 295-299.

Für Ackerbaubetriebe ohne Viehhaltung ist der Zustand der Zufahrtswege mit fester Decke und die Größe der zu bewirtschaftenden Flächen arbeitstechnisch und kostenmäßig von größerer Bedeutung als der Wegezeitaufwand durch entsprechende Entfernung. Oft werden die Erntefrüchte direkt vom Feld durch Aufladen auf entsprechende Transportfahrzeuge zur Verwertung transportiert. Tägliche Futterwege fallen nicht an und nur in Monaten mit saisonalen Arbeitsspitzen hat der Anfahrtsweg Bedeutung. Ein weiterer Aspekt beschäftigt sich mit der wohl zukünftig wichtigeren Frage, ob Wohngebäude und Wirtschaftsgebäude (Lager- und Maschinenhallen) vereint sein müssen. Eine Trennung kann durchaus sinnvoll sein oder braucht zumindest einer rationellen Betriebsführung nicht im Wege stehen, wenn z.B. der Bauer mit dem Pkw hinaus aufs Feld zur Lager- und Maschinenhalle fährt. Es sind auch keine Felder unmittelbar am Hof zur Betriebsführung nötig. Somit stellt der ortsnahe Standort keinen Nachteil dar und kann, wenn die Höhe der Erschließungskosten und andere Gründe (Schulbus, Bepflanzungsplan usw.) dafür sprechen, als zweckmäßig bezeichnet werden.¹⁾

Andere Überlegungen sind auf den reinen Grünlandbetrieb anzuwenden, welcher meist mit einer intensiven Mähweidewirtschaft verbunden ist. Die Grünfuttermittelgewinnung, die Jungviehaufzucht und u.U. der Weidebetrieb lassen es sinnvoll erscheinen, daß wenigstens einige Flächen direkt am Hof zu liegen kommen. Im allgemeinen ist damit eine gewisse Entfernung vom Ortsrand verbunden, jedoch auf keinen Fall die Gemarkungsrandaussiedlung zwingend vorgeschrieben. Ein Teil der untersuchten Grünlandbetriebe gab an, daß sie mit ihrem Standort, etwa 300 m bis 500 m vom Ortsrand entfernt, hinsichtlich ihres Betriebssystems vollauf zufrieden sind. Entfernungen dieser Art können noch als ortsnah bezeichnet werden, im Ge-

1) Auf ein Beispiel der Trennung der Funktionen Arbeiten und Wohnen sei im Falle von zwei Aussiedlungen in der Gemeinde Kleinochsenfurt (im Landkreis Ochsenfurt) hingewiesen, in der 1969 für zwei Schweinemastbetriebe die Wirtschaftsgebäude in der Feldmark errichtet werden und die Wohngebäude im Ort bleiben.

gensatz zur offiziellen Bezeichnung im Antrag zur Aussiedlung, die in diesen Fällen den Standort als ortsfern einschätzte (wohl um den Richtlinien Genüge zu tun). Hier wird klar, daß die Standorteinschätzungen recht relativ sind und nur im konkreten Einzelfall entschieden werden kann, ab welcher Entfernung z.B. der ortsferne Standort beginnt.

III. Standortwahl und Aspekte der Gemeinde

Eingangs soll auf standortbildende Forderungen eingegangen werden, die in der sozialen Gemeinschaft zwischen Aussiedler und Dorf bestehen. Die zentralen Einrichtungen des Dorfes, die Schule, die Kirche, die Einkaufsstätten und die sonstigen Dienstleistungen, sowie der direkte Nachbarschaftskontakt und die Aufrechterhaltung bestehender Gruppenbeziehungen sind wesentliche Bestandteile der Beziehung Aussiedler und Umwelt. Auf Grund der Reichweite dieser Beziehungen sind im allgemeinen die ortsnahen Standorte zu bevorzugen. Ein Teil der befragten Gruppenaussiedler in Unterfranken gab an, daß sie mit dem ausgesiedelten Nachbarn keinen besonderen Kontakt hätten (meistens auf Grund der Aufstockungsbemühungen und der Konkurrenz um freiwerdende Felder), und daß sie aus diesem Grunde lieber einen ortsnäheren Standort bevorzugen würden. Öfters wurden auch der längere Schulweg der Kinder, die längeren Kirch- und Einkaufswege als schwerwiegender Nachteil empfunden und ein Standort in einigen hundert Meter Entfernung vom Ortsrand gewünscht. Aus der Sicht der Gemeinde, welche als Zentrum für diese Dienstleistungen dient und ihr Angebot entsprechend der Nachfrage einzurichten hat, sind ebenfalls Gemarkungsrandaussiedlungen abzulehnen. Die Annahme, daß mit Gruppenaussiedlungen die nachbarlichen Beziehungen und ein "Teil der Dorfatmosphäre" mit ausgesiedelt und aufrecht erhalten werden können, konnte in den untersuchten Weileraussiedlungen nicht bestätigt werden. Gerade hier war die Zusammenarbeit nur auf das Nö-

tigste beschränkt und ansonsten wurden die bisherigen Gruppenbeziehungen gepflegt. Allerdings haben etliche Jungbauern und Aussiedler in Unterfranken und in den Mittelgebirgslagen angegeben, daß sie im Gegensatz zu ihren Eltern mit dem ortsfernen Standort wegen der betriebswirtschaftlichen Vorteile zufrieden sind. Selbst in der Versorgung mit Dienstleistungen sahen sie wenig Schwierigkeiten.

Als ein wesentlicher Bestandteil einer richtigen Standortwahl ist die Einschätzung der Gemeindeentwicklung anzusehen. Die in den Richtlinien vorgelegten Kriterien der "Gemeindetypisierung" sind zu wenig dynamisch ausgerichtet und erfassen nicht die wichtigsten sozioökonomischen Strukturmerkmale einer Gemeinde. Es handelt sich um die bisherigen Kriterien: Siedlungsform, Einwohnerzahl, Feststellung, ob die Flurbereinigung schon durchgeführt wurde oder nicht, sowie um die Anteile der Arbeiter und Bauern an der Bevölkerung.

Eine Typisierung der Gemeinden mit Aussiedlungen muß die Sozialgruppen und die Merkmale einer Gemeinde erfassen, welche die räumliche Ausdehnung der Gemeinde bewirken und Prognosen erlauben. Damit muß eine räumlich funktionale Betrachtung verbunden sein, wie sie in der Bauleitplanung verwirklicht werden soll. Die Reichweite der "Handlungen der Gemeinde" sollen vor einer Aussiedlung festgelegt werden, so daß sich die Fälle, in denen Aussiedlungen innerhalb des (späteren) Bebauungsplanes ihren neuen Standort zugewiesen bekommen, nicht mehr wiederholen können. Damit soll auch die Planung der zentralen Dienste der Gemeinde verbunden werden. Die Versorgung der Aussiedlung mit den notwendigen Dienstleistungen muß gesichert sein und bei der Standortwahl stärkere Berücksichtigung finden. Gemarkungsrandaussiedlungen sind aus dieser Sicht nicht mehr zu billigen. Man kann u.a. an bestehende Erfahrungen aus anderen Ländern anknüpfen, welche einen Konzentrationsprozeß des Dienstleistungsangebotes auf

größere Orte feststellen.¹⁾

Ein Versuch in dieser Hinsicht stellt die Festlegung von Aussiedlungsräumen für Gruppennaussiedlungen dar (vgl. Karte 16). Allerdings haben Gruppennaussiedlungen nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn die Aussiedlerbetriebe von vornherein mit genügend Land ausgestattet werden. Karte 17 bringt die Verteilung der Gemeinden mit Bebauungs- und Flächennutzungsplan und Karte 18 zeigt, wie komplex Planungen werden, wenn sie mehrere Sachverhalte in einer Planung erfassen wollen. Gerade in Hinsicht der Standortplanung darf keine reine Fachplanung erfolgen, sondern es sollten die einzelnen Planungsträger der Kommune und anderer Behörden zusammenarbeiten.²⁾³⁾

-
- 1) So berichtet Fischer über die Neusiedlung in holländischen Poldern: "Lebensfähige Siedlungen mit angemessener Grundaus-rüstung sind bei 'agrari schen Reinkulturen' nicht mög-lich: die Agrar-Modellgebiete der holländischen Polder haben gezeigt, inwieweit die überkommenen Siedlungsstruk-turen der Agrargesellschaft modifiziert werden müssen." Fischer, H., Landwirtschaftliche Gehöfte im Siedlungs-gefüge, in: Der Landkreis, Organ des Deutschen Landkrei-stages, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, H. 3, März 1969, S. 90-93, Zitat S. 90.
 - 2) Als ein geglücktes Beispiel erscheint in diesem Zusammen-hang nach der Besichtigung und nach einem Gespräch mit dem Leiter des Verfahrens das Flurbereinigungs-, Aus-siedlungs- und Dorfsanierungsverfahren Oberaltertheim, Unteraltertheim und Steinbach, veröffentlicht in: Die Verbesserung der Agrarstruktur 1963/64, a.a.O., S. 71-75.
 - 3) Auf den Wandel in den Aufgaben für ein Flurbereinigungs-verfahren sei hingewiesen, denn die Flurbereinigung wird in Zukunft als ein Planungsträger gesehen. Vgl. Koordi-nierung der Flurbereinigung mit anderen Planungen zur Neuordnung des ländlichen Raumes, Ergebnis zweier Fach-tagungen, Heft 43 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Berlin - Bonn 1967.
Das methodische Werkzeug der Analyse und Gestaltung der Gemeinde hat u.a. Schmitter, E.P., zusammengestellt: Schmitter, E.P., Die ländliche Gemeinde. Planung und Gestaltung, München - Basel - Wien 1965.

F. ERFOLG DER AUSSIEDLUNGEN -

POSITIVE UND NEGATIVE PERSPEKTIVEN

Im folgenden soll von der im allgemeinen akzeptierten Tatsache ausgegangen werden, daß zwischen Betriebsgröße und Betriebseinkommen ein enger Zusammenhang besteht.¹⁾ Weiterhin soll nicht bestritten werden, daß in Zukunft die Notwendigkeit zu immer größeren Betriebseinheiten besteht.²⁾ Die durchschnittlichen Betriebsgrößen der Aussiedlungen in Bayern im Jahre 1966 mit 17,1 ha sind somit als viel zu klein zu bezeichnen. Abgesehen von den regionalen Differenzierungen (wie in Unterfranken, Schwaben und Oberbayern und einigen wenigen herausragenden Aussiedlungen in den Mittelgebirgslagen), kann davon gesprochen werden, daß ein Großteil der Aussiedlungen mit zu geringer Flächenausstattung in die Zukunft geht.

Von den Ursachen seien die Vorstellungen über die Mindestbetriebsgrößen noch einmal aufgegriffen. In eine Frage gekleidet, heißt das Problem: Gesucht wird die Fläche, "die bei

- 1) Priebe betont sehr stark die Wirkung des dispositiven Faktors, der Betriebsführung auf das Einkommen, eine Tatsache, die auch anhand der Aussiedlungen eindeutig ersichtlich ist. Er kommt auf Grund der Ergebnisse einer Untersuchung, in welcher große Streuungen des Reinertrages innerhalb bestimmter Betriebsgrößenklassen festgestellt wurden, zu dem Schluß: "Diese Einkommensstreuungen zeigen, daß in der Landwirtschaft kein fester kausaler Zusammenhang zwischen Betriebsgrößen, Produktivität und Einkommen besteht, sofern bestimmte Mindestbetriebsgrößen erreicht sind." Priebe, H., Zur strukturpolitischen Diskussion, in: Innere Kolonisation, a.a.O., Jg. 1968, S. 161-168, Zitat S. 163.
- 2) Ein agrarpolitisches Beispiel, welches die Tendenz aufzeigt, sind die Vorschläge der EWG-Kommission, welche folgende "Mindestgrößen" nannte: Betriebe mit Getreide und Hackfrucht 80 - 120 ha, mit Milchproduktion 40 - 60 Kühe, mit Fleischproduktion 150 - 200 Rinder u.a. In: Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der EWG, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 18.12.1968 (vervielf.).

verschiedenen Ertragsbedingungen und Anbaumöglichkeiten erforderlich ist, um zusammen mit dem unterstellten Arbeitspotential und Kapital ein für den bäuerlichen Familienbetrieb zu forderndes Einkommen nachhaltig zu erwirtschaften."¹⁾

In der Beantwortung dieser Frage fehlte die dynamische Betrachtung, das Betriebseinkommen wurde zu niedrig eingesetzt und die Beziehung Ertrag und Fläche zu unelastisch gehandhabt. Die Anwendung des Einreihungswertes für die Mindestbetriebsgrößenbestimmung²⁾ bei Aussiedlerbetrieben wurde

1) Maurer, R. und Behnke, H.J., Fünf Jahre Richtgrößen für bäuerliche Familienbetriebe in Rheinland-Pfalz, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. 46, 1968, H. 3, S. 401-418, Zitat S. 403.

2) Die Berechnung der Mindestbetriebsgrößen kann auf drei Wegen erfolgen, mit Hilfe der Ertragsmeßzahl, des Rohertrages und der individuellen Betriebsplanung. Die beiden ersten Methoden beziehen Durchschnittswerte einer Gemeinde mit ein.

Im ersten Falle wird von der natürlichen Ertragsfähigkeit des Bodens ausgegangen, wie sie in den bereinigten Ertragsmeßzahlen der Bodenschätzung festgestellt sind. Auf Grund der empirischen Beziehung zwischen Einkommen und Bodenklimazahl (BKZ) wird entweder durch tabellarische Gegenüberstellung oder durch Anwendung einer Formel die Mindestbetriebsgröße gefunden. Bei diesem problematischen Verfahren wurde für Aussiedlungen z.B. folgende Beziehung aufgestellt: BKZ über 60, Mindestbetriebsgröße (M) = 10-12; BKZ 50-60, M = 13; BKZ 40-50, M = 15; BKZ 30-40, M = 17; BKZ unter 30, M = 20; in: Ministerialentscheid vom 16.12.1963, Nr. III 05/3-6222/135 des Bayer. Staatsministeriums für E.L.F. In der Agrarstrukturellen Rahmenplanung wurde die Formel verwendet: 600 : durchschnittliche bereinigte Ertragsmeßzahl = Mindestbetriebsgröße, in: Runderlaß Nr. III 05/3-5141/126 vom 6.4.1965.

Im zweiten Falle der Mindestbetriebsgrößenbestimmung wird von den Roherträgen ausgegangen. Da nachgewiesenermaßen eine feste Beziehung zwischen den Roherträgen und dem Betriebseinkommen besteht, kann auch die Beziehung Betriebsgröße und Einkommen für die Beziehung Betriebsgröße und Roherträge verwendet werden. Im Vergleich der beiden methodischen Ansätze kann nach Spitzer festgestellt werden, daß die Betriebsgrößenbestimmung nach der Ertragsmeßzahl im allgemeinen zu zu kleinen Werten führt. Es wird eine Überbewertung der ertragsarmen und eine Unterbewertung der ertragsreichen Lagen vorgenommen.

Spitzer, H., Die Richtbetriebsgrößen nach der Ertragsmeßzahl und nach dem Rohertrag, in: Innere Kolonisation, a.a.O., Jg. 17, H. 1, 1968, S. 2-5.

(Fortsetzung)

ab 1963 durch die Verwendung der Bodenklimazahl "abgelöst", wobei auf Grund von Erfahrungswerten bestimmten Bodenklimazahlen entsprechende Betriebsgrößen gegenübergestellt wurden. In den Richtlinien vom 8.12.1966 wurde die Geltung der Leitbilder wiederum für verbindlich erklärt und in den Ausführungsbestimmungen vom 10.4.1967 darauf hingewiesen, daß "ein dem heutigen Vergleichseinkommen entsprechendes Arbeitseinkommen zugrunde zu legen ist".¹⁾ Verschiedentlich wurden in praxi durch die Anwendung des Betriebsentwicklungsplanes andere Elemente der Betriebsgrößenbestimmung zur Geltung gebracht.

An Hand der folgenden Tabelle soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die Mindestbetriebsgrößen für Aussiedler im Verhältnis zu anderen Mindestbetriebsgrößenbestimmungen zu klein angesetzt wurden.

(Fortsetzung)

...Im dritten Falle werden an Hand des individuellen Betriebsplanes (Betriebsentwicklungsplanes) nicht nur die eben genannten Faktoren in die Betriebsgrößenbestimmung mit einbezogen, sondern auch die Betriebsorganisation, einschließlich Gebäudeverhältnisse und AK, sowie zukünftige Änderungen des Betriebszieles.

1) Ausführungsbestimmungen zu den Richtlinien vom 8.12.1966, IV B 1 - 4310, 1 - 282/66 vom 10.4.1967

Mindestbetriebsgrößen in ha:

Beispiels- gemeinden	Einrei- hungs- wert	durch- schnitt- lich be- reinigte Ertrags- meßzahl	Mindestbetriebsgrößen		
			für die Aus- sied- lung	agr. Rah- men- pla- nung	nach der Roher- trags- methode
Ismaning (Landkreis München)	1058-1323	50	8-10	12	15
Münsing (Landkreis Wolfrats- hausen)	983	42	12	14	20-25
Windisch- bergerdorf (Cham)	752	40	12	15	25-30
Grafenhütt (Grafenau)	560	33	11	18	30-40
Grassers- dorf (Wald- münchen)	780	33	14	18	20-30
Zeilitzheim (Gerols- hofen)	1330-1630	48-60	8-10	10-14	12-14

Viele Aussiedlerbetriebe sind also nicht in der Lage, aus dem wirtschaftlichen Erfolg heraus, auf Grund der Selbstfinanzierung, das Betriebsgrößenwachstum zu forcieren. Als weitere Ursachen sind die geringe Bodenmobilität und die hohen Kaufpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen zu nennen. Nur in stark industrialisierten Gebieten konnte ein überdurchschnittlicher Anteil an Pachtland bei den Aussiedlerbetrieben festgestellt werden; im übrigen wurde die Aufstockung zum großen Teil aus dem Besitz der Verwandtschaft vorgenommen. Es konnten Zonen für Kaufpreise landwirtschaftlicher Nutzflächen festgestellt werden, in denen eindeutig die Nachfrage des Bodens zu nichtlandwirtschaftlicher Nutzung die Preise bestimmten, und in denen der Zukauf (als

ein Weg der Aufstockung) ökonomisch nicht mehr vertretbar war, es sei denn, der Boden diene als Vermögensanlage für spätere Verkäufe. Dennoch haben viele Aussiedlungen in Unterfranken bewiesen, daß sie, absolut gesehen, mit mehr Eigenland als mit Pachtland aufstockten. Auch in vielen Aussiedlungen der Mittelgebirgslagen wurde der Drang zum Eigenbesitz ersichtlich, allerdings hier verbunden meist mit einer Stagnation des Betriebsgrößenwachstums. Gerade in den landwirtschaftlichen Problemgebieten verhindert die zu geringe Pachtlandmobilität das notwendige Betriebsgrößenwachstum. Somit bietet oft nur das außerlandwirtschaftliche Einkommen die Möglichkeit Ersparnisse für die innere und äußere Aufstockung zurückzulegen. Der Anteil von 40 % **Grenzbetriebe** (verbunden mit einem entsprechenden Anteil von Betrieben mit Zu- und Nebenerwerb) gibt eine negative Antwort auf den Erfolg der Aussiedlungen.

Im übrigen konnte eine erstaunliche Übereinstimmung des sozialökonomischen Grundmusters der Vollerwerbs- und Grenzbetriebe mit Zu- und Nebenerwerb, sowie sehr oft bezüglich des Anteiles Eigenland an der LN in regionaler Differenzierung festgestellt werden. Die Aussiedler haben sich somit nicht als überdurchschnittlich erfolgreiche Betriebsleiter gezeigt. Das sozialökonomische Leitbild, bäuerliche Familienbetriebe zu schaffen, welche nur aus der landwirtschaftlichen Tätigkeit leben können, wurde von einem Teil der Aussiedler nicht verwirklicht. Da selbst in Mittelgebirgslagen erfolgreiche Aussiedlungen angetroffen wurden, geführt von gut ausgebildeten und dynamischen Persönlichkeiten, muß als Ursache wohl auch die zu kritiklose Auswahl der Betriebsleiter gesehen werden. In Zukunft muß eine landwirtschaftliche Fachausbildung zur Voraussetzung einer Aussiedlung gehören.

Die Tatsache, daß auch bei den bestehenden Aussiedlungen eine gebäudemäßige Veralterung, bzw. frühzeitig eine nötige Erweiterung auftritt, läßt für zukünftige Aussiedlungen an eine Form denken, bei welcher ohne erheblichen Aufwand Gemein-

schaftsgebäude erweitert oder in der Nutzung besser umgestellt werden können. Unter den in der Rahmenplanung aufgeführten Aussiedlerbetrieben befindet sich ein 8 - 10 %iger Anteil von Betrieben, die Gebäudeverbesserungen bis zu 80.000.- DM vornehmen müssen. Es handelt sich überwiegend um Aussiedlungen, die vor 1961 durchgeführt wurden. In Gesprächen wurde erkenntlich, daß etwa jeder vierte bis fünfte Aussiedler Investitionen in Höhe von 20.000.- DM bis 50.000.- DM vornehmen möchte. In Zukunft werden wohl die verschiedenen Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit einen Lösungsweg anbieten, welcher sowohl die betriebliche Expansion, als auch die Zusammenarbeit von haupt- und nebenberuflichen Landwirten ermöglicht.

Hier ist die Frage interessant, inwieweit die bisherigen Aussiedlungen überhaupt kooperativ zusammenarbeiten, ohne auf eine Darstellung der verschiedenen Formen der überbetrieblichen Zusammenarbeit im einzelnen einzugehen. In den Zielen der Aussiedlungen war bis Ende 1960 in dieser Hinsicht leider noch kein Ansatz vorhanden. Die bisherige Auffassung über die Aussiedlung widerspricht diesem Ziel. Selbst bei Weileraussiedlungen wurde letzten Endes die vollkommene Selbständigkeit des einzelnen Aussiedlers erstrebt. Dies hängt natürlich auch mit dem Anteil der Eigenfinanzierung zusammen. Auch nach der Aussiedlung soll alles, was nach Meinung des Aussiedlers oder des Dorfes nach Unselbständigkeit aussieht, vermieden werden. Zusammenarbeit wird als Unselbständigkeit und diese oft mit geringem Erfolg in der Aussiedlung identifiziert.¹⁾

1) Die ablehnende Haltung zur überbetrieblichen Zusammenarbeit wird z.B. auch in folgender Untersuchung festgestellt: "Die Hälfte aller befragten Betriebsinhaber sehen in einer Zusammenarbeit mit anderen landwirtschaftlichen Betrieben ein notwendiges Übel, 20 v.H. lehnen diese strikt ab. Die Bildung von Betriebsgemeinschaften wurde von allen befragten Landwirten abgelehnt."
In: Nachuntersuchungen..., a.a.O., AVA 31. Sonderheft, S. 83.

Aber die Änderungen in den Produktionsgrundlagen und die Tatsache der kommenden überbetrieblichen Zusammenarbeit, läßt in Zukunft Einzelaussiedlungen wenig sinnvoll erscheinen, und Gemeinschaftsbauten, insbesondere bezüglich der Wirtschaftsgebäude in den Vordergrund rücken (es sei denn, der Aussiedler finanzierte überwiegend den Neubau selbst und hat damit das Recht der vollkommenen selbständigen Betriebsgestaltung). Von diesem Aspekt her gesehen und auf Grund der stärkeren Berücksichtigung des Betriebstypes, sowie der Notwendigkeit zur Aufstockung und der Standortforderungen der Gemeinde, sind die Probleme der Standortwahl in Zukunft zu diskutieren. Es werden die Ansprüche aus der Sicht der Gemeinde und die soziale Verflechtung des Aussiedlers in der Standortdiskussion im Gegensatz zu bisher den ortsnahen Standort in den Mittelpunkt stellen.¹⁾

Die 1966 geschätzten Kosten der Verbesserungsmaßnahmen für die bäuerlichen Gehöfte, für Althofsanierungen und für die notwendig gehaltenen Aussiedlungen sind in den Karten 19 und 20 dargestellt. Es wird gewiß nur ein geringer Teil zur Ausführung gelangen. Aber angesichts der derzeitigen Überschußsituation auf den EWG-Agrarmarkt ist es nicht vertretbar, Kosten in der bisherigen Höhe für ein strukturverbesserndes Programm aufzubringen, welches nur zum Teil den Aussiedlern zu einer angemessenen Einkommenslage verhilft. Zusätzlich hat es zu einem noch wesentlich geringeren Teil Vorteile für die Öffentlichkeit gebracht, z.B. im Rahmen einer Dorfsanierung. Ein strukturverbessernder Effekt der eingesetzten öffentlichen Gelder in Form der Aussiedlungen muß wesentlich

1) In einer Ergänzung der Durchführungsbestimmungen für die Aussiedlung vom 17. Februar 1969 sowie einer Note des Bayerischen Staatsministeriums für ELF vom 2.12.1969 wurde die Änderung in der Standortkonzeption niedergelegt:

"Die hohen Erschließungskosten und Folgelasten einer Aussiedlung sowie soziologische Gründe geben der Ortsrandsiedlung den Vorzug vor der Vollarrondierung."

In: Note des Bayer. Staatsministeriums für ELF vom 2.12.1969, Nr. III S/3 - 6222/1608.

besser geplant werden und wird in Zukunft nur mit integrierten dorfverbessernden Maßnahmen oder der Stadtsanierung zu erfolgen haben.¹⁾

Die zunehmende Komplexität und das Ineinandergreifen aller Planungsarten soll sich nicht in negativer, d.h. sich gegenseitig hindernder Art auswirken, sondern in positiver Hinsicht den Einsatz des öffentlichen und privaten Kapitals bei agrarstrukturverbessernden Maßnahmen unterstützen. Die Anzahl zukünftiger Aussiedlungen wird auch auf Grund dieser Notwendigkeiten sehr beschränkt werden und insgesamt mit den Aufgaben der Althofsanierung abgewogen werden müssen. Die optimistische Beurteilung der Aussiedlungen zu Beginn des Programms konnte durch die tatsächlichen Verhältnisse nicht bestätigt werden.

1) "Aussiedlungen dürfen - auch im Rahmen der Flurbereinigung - nur mehr gefördert werden, wenn ein öffentliches Interesse daran besteht."
In: Note des Bayer. Staatsministeriums für ELF, Nr. III S/3 - 6222/1608, vom 2.12.1969.

LITERATURVERZEICHNIS

- Alonso, W. A theory of the urban land market, in: Papers and Proceedings of the Regional Science Association, Washington D.C., Vol. VI, 1960
- Arndt, A. Ein- oder Mehrplangestaltung bei der Flurbereinigung, Diss. Bonn 1958
- Bergmann, Th. Wandlungen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur in Schweden - Tendenzen und agrarpolitische Maßnahmen, Diss. Stuttgart-Hohenheim 1955
- Binz, R. Zur Finanzierung der Erschließungskosten bei Aussiedlungen in der Flurbereinigung, in: Innere Kolonisation, Jg. 1965, S. 295-299
- Blanckenburg, P.v. Die Persönlichkeit des landwirtschaftlichen Betriebsleiters in der ökonomischen Theorie und der sozialen Wirklichkeit, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. XXXV, 1957, H. 2, S. 308-336
- Bouczech, W. Bodenwirtschaft und Bodenordnung im Städtebau, in: Zeitschrift für Vermessungswesen, 1960, S. 9
- Borcherdt, Chr. Das Acker-Grünland-Verhältnis in Bayern. Wandlungen im Laufe eines Jahrhunderts, Münchner Geographische Hefte, H. 12, 1957
- Borcherdt, Chr. Die Innovation als agrargeographische Regelererscheinung, in: Arbeiten aus dem geographischen Institut der Universität des Saarlandes, Bd. VI, 1961, S. 13-51
- Brandkamp, F. Struktur und Preisniveau des landwirtschaftlichen Pachtwesens, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Jg. 1965, H. 1, S. 55-83
- Brünger, W. Einführung in die Siedlungsgeographie, Heidelberg 1961

- Buchardi, H. Die Buchführungs-dichte in der Landwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. XLVII, 1964, H. 2, S. 374-384
- Burberg, P.H. Probleme der Standortwahl bei der Aussiedlung, 2. Aufl., Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Sonderdruck 34, Münster 1968
- Deenen, B.v.
Mrohs, E. Die Landwirtschaft unter den neuen Bedingungen der Standorte und Märkte, in: Bd. 175 der Schriftenreihe der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1967, S. 177-199
- Deenen, B.v.
Mrohs, E. Die Aussagekraft einer Gemeindetypisierung für regionale und agrarstrukturelle Entwicklungsmaßnahmen, in: Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1964 - 65, hrsg. vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, S. 24-30 sowie in: Die Verbesserung der Agrarstruktur, 1965-66, S. 125-135
- Eisenmann, H. Für Hof und Garten, Sendung des Bayerischen Rundfunks im Studienprogramm vom 17.6.1969, Manuskript
- Faigle, H. Die Zunahme des Dauergrünlandes in Württemberg und Hohenzollern, Wandel agrar- und sozialgeographischer Verhältnisse während der letzten Jahrzehnte, Tübinger Geographische Studien, H. 7, 1963
- Fischer, H. Landwirtschaftliche Gehöfte im Siedlungsgefüge, in: Der Landkreis, Organ des Deutschen Landkreistages, Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung, H. 3, März 1969, S. 90-93
- o.Verf.
Die Flurbereinigung in Bayern, Bayerischer Landwirtschaftsverlag, München 1951

- Förderung bäuerlicher Selbsthilfe bei der Verbesserung der Agrarstruktur, Forschungsstelle für bäuerliche Familienwirtschaft, Frankfurt/Main
von Heft 1: 1956, bis Heft 9: 1965
- Gamperl, H. Das Problem Aussiedlung, in: BLS Landessiedlerdienst, Mitteilungen der Bayerischen Landessiedlung GmbH, München Jg. 1969, H. 1, S. 8-14
- Glauner, E. Betriebsaufstockung - Zukauf oder Pacht?, in: Innere Kolonisation, Jg. 1965, S. 103-107
- Griesbach, H. Der Einfluß des technischen Fortschritts auf die Preise landwirtschaftlich genutzten Bodens in Industrieländern, in: Volkswirtschaftliche Schriften, H. 104, 1966
- Handbuch der Landwirtschaft, Roemer - Scheibe - Schmidt - Woermann, Berlin - Hamburg 1954
- Hartke, W. Ländliche Neusiedlung als geographisches Problem, in: Erdkunde, Bd. I, Bonn 1947, S. 90-106
- Hartke, W. Gedanken über die Bestimmung von Räumen gleichen sozialgeographischen Verhaltens, in: Erdkunde, Bd. XIII, 1959, S. 426-436
- Höcherl, H. Das Agrarprogramm der Bundesregierung 1968, in: Innere Kolonisation, Jg. 1968, S. 158-159
- Innere Kolonisation, Zeitschrift für Ordnung des ländlichen Raumes, Verbesserung der Agrarstruktur, Flurbereinigung und Siedlung, Berlin - Bonn
von Jg. 1957 bis Jg. 1969
sowie die Sonderdrucke zu Heft 8/1966
und zu Heft 12/1966
- Jügesheim, ein Rechenschaftsbericht, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e.V., AVA, H. 11, Wiesbaden 1960
- Koordinierung der Flurbereinigung mit anderen Planungen zur Neuordnung des ländlichen Raumes, Ergebnis zweier Fachtagungen, H. 43 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Berlin - Bonn 1967

- Maurer, R.
Behnke, H.J. Fünf Jahre Richtgrößen für bäuerliche Familienbetriebe in Rheinland-Pfalz, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Bd. 46, 1968, H. 3, S. 401-418
- Meimberg, P. Betriebs- und arbeitswirtschaftliche Vorteile der Aussiedlung, in: Mitteilungen der DLG, Jg. 77, 1962, S. 1672-1683
- Memorandum zur Reform der Landwirtschaft in der EWG, Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 18.12.1968, vervielfältigt
- Mikus, W. Flurbereinigung, Aussiedlung und landwirtschaftliche Neusiedlung in Westfalen. Beispiele für siedlungs- und agrargeographische Strukturwandlungen nach 1945, hrsg. vom Landesamt Westfalen für Flurbereinigung und Siedlung in Münster, 1957
- Nachuntersuchung zur Agrarstrukturverbesserung im Limburger Becken, AVA - Arbeitsgemeinschaft zur Verbesserung der Agrarstruktur in Hessen e.V., Sonderheft 31, Wiesbaden 1968
- Naurath, B. Die Aussiedlung im Flurbereinigungsverfahren, H. 19 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Stuttgart 1958, bzw. als Dissertation Bonn 1957
- Oppermann, E. Weitere Untersuchungen über wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung, H. 29 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Stuttgart 1960
- Oppermann, E. Die Standortwahl für "vereinfachte" Betriebe, in: Innere Kolonisation, Jg. 1965, S. 104-108
- Otremba, E. Das Problem der Ackernahrung untersucht an ausgewählten Beispielen des nördlichen Rhein-Main-Gebietes, in: Rhein-Mainische Forschungen, H. 19, Frankfurt 1938
- Otremba, E. Allgemeine Agrar- und Industriegeographie, 2. Aufl., Stuttgart 1960

- Pagenstecher, E. Grundstücksverkehr und Bodenmobilität in Rheinland-Pfalz, in: Innere Kolonisation, Jg. 1967, S. 110-111
- Partzsch, D. Zum Begriff der Funktionsgesellschaft, in: Mitteilungen des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung, 1964, H. IV, S.3-10
- Plendl, E. Stand und Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe in ausgewählten Naturräumen Bayerns, Bd. 184 der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1967
- Polensky, Th. Die regionale Differenzierung der Grundstückspreise im Stadtgebiet München, Diplomarbeit 1967 im Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität München
- Priebe, H. Die nachhaltige Kapitaldienstgrenze, in: Innere Kolonisation, Jg. 1959, S. 51-54
- Priebe, H. Zur strukturpolitischen Diskussion, in: Innere Kolonisation, Jg. 1968, S. 161-168
- Randow, F.W. v. Der landwirtschaftliche Grundstücksverkehr, Grundstücks- und Pachtpreise, Bd. 138 der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1961
- Randow, F.W. v. Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Grundstücke in Industrieländern, in: Innere Kolonisation, Jg. 1955, S. 290-294
- Rullmann, A. Familienbetriebe und Erzeugergemeinschaften technologisch gesehen, in: Innere Kolonisation, Jg. 1966, S. 219 ff.
- Ruppert, K. Kulturgeographische Probleme bei Neusiedlungen in Nordholland, in: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München, 1956, S. 165-176

- Ruppert, K. Die Bedeutung des Weinbaues und seiner Nachfolgekulturen für die sozialgeographische Differenzierung der Agrarlandschaft in Bayern, Münchner Geographische Hefte, H. 19, Kallmünz/Regensburg 1960
- Ruppert, K. Das Tegernseer Tal - sozialgeographische Studien im oberbayerischen Fremdenverkehrsgebiet, Münchner Geographische Hefte, H. 23, Kallmünz/Regensburg 1962
- Ruppert, K. Der Lebensunterhalt der bayerischen Bevölkerung. Eine wirtschaftsgeographische Planungsgrundlage, in: Erdkunde, Bd. XIX, 1965, S. 285-292
- Ruppert, K. Die gruppentypische Reaktionsweite - Gedanken zu einer sozialgeographischen Arbeitshypothese, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 4, Kallmünz/Regensburg 1968
- Ruppert, K.
Schaffer, F. Zur Konzeption der Sozialgeographie, in: Geographische Rundschau, 21. Jg., H. 6, Juni 1969, S. 205-214
- Schaffer, F. Prozeßhafte Perspektiven sozialgeographischer Stadtforschung, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Bd. 4, Kallmünz/Regensburg 1968, S. 185-207
- Schall, S. Zur Wirtschaftlichkeit der Parzellenpacht, in: Bayerisches Landwirtschaftliches Jahrbuch, 46. Jg., 1969, H. 4, S. 434-445
- Schmitter, E.P. Die ländliche Gemeinde. Planung und Gestaltung, München - Basel - Wien 1965
- Schneider, E. Einführung in die Wirtschaftstheorie, Zweiter Teil: Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 8. Aufl., Tübingen 1963
- Schwarz, G. Allgemeine Siedlungsgeographie, 3. Aufl., Berlin 1966

- Seuster, H. Anforderungen des landwirtschaftlichen Betriebes an die Anlage und den Ausbau des Wirtschaftswegenetzes, H. 32 der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Lengerich 1961
- Spitzer, H. Die Richtbetriebsgrößen nach der Ertragsmeßzahl und nach dem Rohertrag, in: Innere Kolonisation, Jg. 17, H. 1, 1968, S. 2-5
- Die Verbesserung der Agrarstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Berlin - Bonn, Jg. 1963 - 64, 1964 - 65, 1965 - 66, 1966 - 67, 1967 - 68
- de Vries-Reilingh, H.D. Gedanken über die Konsistenz in der Sozialgeographie, in: Zum Standort der Sozialgeographie, Münchner Studien zur Sozial- und Wirtschaftsgeographie, Kallmünz/Regensburg 1968
- Wiese, L.v. Sozialer Zwang, Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. IX, Göttingen 1965, S. 417-419

VERZEICHNIS DER KARTEN

- | | |
|----------|--|
| Karte 1 | Verteilung der untersuchten Aussiedlungen und Landkreise in Bayern |
| Karte 2 | Die Verteilung der Aussiedlungen von 1953 bis 1966 in den Gemeinden Bayerns |
| Karte 3 | Die Verteilung der in Bayern im Jahre 1966 noch für nötig gehaltenen Aussiedlungen |
| Karte 4 | Die Gehöftverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns 1966 |
| Karte 5 | Die Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse der Aussiedlungen in Bayern von 1953 bis 1966 |
| Karte 6 | Betriebsgrößen und Besitzverhältnisse der Aussiedlungen, der Vollerwerbsbetriebe, sowie aller landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns 1966 |
| Karte 7 | Die Wachstumsraten der landwirtschaftlichen Nutzflächen der Aussiedlerbetriebe vor der Aussiedlung bis 1966 |
| Karte 8 | Die Änderungstendenzen der Besitzstrukturen der Aussiedlerbetriebe vor der Aussiedlung bis 1966 |
| Karte 9 | Die Kaufpreise der landwirtschaftlichen Nutzflächen 1965/66 in den Gemeinden Bayerns |
| Karte 10 | Die Differenzen zwischen niedrigsten und höchsten Kaufpreisen landwirtschaftlicher Nutzflächen 1965/66 in den Gemeinden Bayerns |
| Karte 11 | Die Pachtpreise der landwirtschaftlichen Nutzflächen 1965/66 in den Gemeinden Bayerns |
| Karte 12 | Die bereinigten durchschnittlichen Ertragsmeßzahlen 1966 in den Gemeinden Bayerns |
| Karte 13 | Die Verteilung der Aussiedlungen in Bayern von 1953 bis 1966 auf Vollerwerbs- und Grenzbetriebe im Jahre 1966 |
| Karte 14 | Die Aufteilung der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns 1966 in Vollerwerbs- und Grenzbetriebe, sowie in Zu- und Nebenerwerbsbetriebe |
| Karte 15 | Die Verteilung der Standorte der Aussiedlungen in Bayern von 1953 bis 1966 |

- Karte 16 Verteilung und Größe geplanter Aussiedlungsräume für Gruppенаussiedlungen und Stand der Flurbereinigung in Bayern 1966
- Karte 17 Die Verteilung der Gemeinden mit Bebauungs- und Flächennutzungsplan in Bayern 1966
- Karte 18 Die Verteilung der Gemeinden mit Aussiedlungsräumen, Flurbereinigung, Bebauungs- und Flächennutzungsplan in Bayern 1966
- Karte 19 Die Verteilung und die Kosten der 1966 für nötig gehaltenen Aussiedlungen in Bayern
- Karte 20 Die Verteilung der 1966 für nötig gehaltenen Kosten der Althofsanierungen in Bayern
-

VERZEICHNIS DER SCHAUBILDER

	Seite
Schaubild 1 Die Altersgruppierung von 800 Aussiedlerfamilien zur Zeit der Aussiedlung	26
Schaubild 2 Die jährliche Entwicklung der Aussiedlungen und ihrer Standorte in Bayern von 1953 bis 1966	40
Schaubild 3 Die Betriebsgrößen der einzelnen Aussiedlungsjahrgänge von 1953 bis 1966 vor der Aussiedlung und 1966 in den Regierungsbezirken Bayerns	71
Schaubild 4a Aufstockung durch Kauf oder Pacht in Abhängigkeit von Kaufpreis, Finanzierungskondition und Pachtpreis	92
Schaubild 4b Die Entstehung des Baulandwertes	92
Schaubild 5 Die Entwicklung der veranschlagten Kosten und der Finanzierung der Aussiedlungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns von 1957 bis 1966	100
Schaubild 6 Die Entwicklung der Kostenarten und Eigenleistungen der Aussiedlungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns von 1957 bis 1966	101
Schaubild 7 Der Einfluß der Betriebsgrößenklassen auf die Kosten und die gesamten Eigenleistungen in verschiedenen Landkreisgruppen Bayerns	102

VERZEICHNIS DER TABELLEN

	Seite
Tabelle 1 Die Entwicklung der Aussiedlungen in Bayern und in der BRD bis 1966	39
Tabelle 2 Die Verteilung der Gemeinden mit Aussiedlungen in Bayern auf Gemeindetypen in v.H.	43
Tabelle 3 Die Gehöftverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben Bayerns im Jahre 1966	47
Tabelle 4 Betriebsgrößen und Besitzstrukturen der Aussiedlungen vor der Aussiedlung und 1966 nach Betriebsgrößenklassen in v.H., Regierungsbezirken und Gemeindetypen der "Aussiedlungsgemeinden"	60
Tabelle 5 Betriebsgrößen und Besitzstruktur von Aussiedlerbetrieben im regionalen Vergleich mit den übrigen landwirtschaftlichen Betrieben	65
Tabelle 6 a Durchschnittlicher Nutzviehbestand in G.V.E. und Arbeitskräftebesatz in Aussiedlerbetrieben vor der Aussiedlung und 1967	106
Tabelle 6 b Rotherträge, Betriebseinkommen und Reinerträge in 7 Aussiedlerbetrieben (A) und Vergleichsbetrieben (V) 1967/68	107
Tabelle 7 Die Verteilung der Aussiedlungen Bayerns auf Vollerwerbs- und Grenzbetriebe, Zu- und Nebenerwerbsbetriebe 1966, dazu die Verteilung aller landwirtschaftlichen Betriebe 1966	114
Tabelle 8 Das Betriebsgrößenwachstum von Aussiedlerbetrieben mit verschiedenen Standorten	128

Lebenslauf

Als zweites Kind meiner Eltern, des Vermessungstechnikers Paul Speiser und seiner Ehefrau Else Speiser, geb. Seibert, wurde ich am 18.7.1939 in Deggendorf geboren.

Vom 6. bis zum 10. Lebensjahr besuchte ich die Volksschule in Deggendorf, dann bis zum 13. Lebensjahr die dortige Oberrealschule und bis zum 16. Lebensjahr das Humanistische Gymnasium in Niederaltaich. Bedingt durch den Wohnungswechsel meines Vaters besuchte ich anschließend das Realgymnasium in Regensburg. Die letzten zwei Jahre verbrachte ich an der Oberrealschule in Neuburg/Donau und legte dort 1959 die Reifeprüfung ab.

Nach dem Abitur diente ich ein Jahr in der Bundeswehr und begann im Herbst 1960 mein Studium an der Universität München. Im Februar 1966 beendete ich mit gutem Erfolg das Studium der Betriebswirtschaftslehre.

Im Frühjahr 1966 begann ich mit meiner Dissertation bei Herrn Professor Dr. Karl Ruppert am Institut für Wirtschaftsgeographie der Universität München.

Haus Speiser



